
**Bericht zur Lage der
Tiroler Land- und Forstwirtschaft
1999/2000**

**Grundverkehr
in Tirol
2000**

Bericht
über die Lage der
Tiroler Land- und Forstwirtschaft
1999/2000

gemäß § 11 des Tiroler Landwirtschaftsgesetzes, LGBl. Nr. 3/1975
gemäß § 72 der Tiroler Waldordnung, LGBl. Nr. 29/1979

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Land Tirol, Amt der Tiroler Landesregierung,
Gruppe Agrartechnik und Agrarförderung, 6010 Innsbruck

Telefon: 0512/508 - 3902, FAX: 0512/508 - 3905, E-mail: gr.agrar@tirol.gv.at

Internet: www.tirol.gv.at/gruener-bericht

Druck: Landeskanzleidirektion

Inhaltsverzeichnis

1.	EINLEITUNG.....	1
2.	KURZSTATISTIK DER TIROLER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT	3
3.	KURZBERICHT	5
4.	DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE DER TIROLER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT	9
4.1	PRODUKTIONSLEISTUNG DER TIROLER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT 1999	9
4.2	DIE LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIONS- UND ABSATZVERHÄLTNISSE	9
4.2.1	<i>Pflanzenbauliche Produktionsverhältnisse</i>	9
4.2.2	<i>Die tierischen Produktions- und Absatzverhältnisse</i>	13
4.2.3	<i>Gesundheitszustand der Haustierbestände in Tirol</i>	17
4.2.4	<i>Milchwirtschaft</i>	19
4.3	DIE PREIS-KOSTEN-ENTWICKLUNG	19
4.4	DER ÖSTERREICHISCHE AUBENHANDEL MIT AGRARPRODUKTEN	21
4.5	DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE DER TIROLER FORSTWIRTSCHAFT 1999 UND 2000	23
4.5.1	<i>Holzernte und Holzmarkt</i>	23
4.5.2	<i>Forstpflanzenerzeugung</i>	24
4.5.3	<i>Waldbauliche Maßnahmen</i>	24
4.5.4	<i>Forstplanung-Waldwirtschaft</i>	25
4.5.5	<i>Forstliches Bringungswesen</i>	26
4.5.6	<i>Waldschäden</i>	27
4.5.7	<i>Schutzwaldverbesserung und Hochlagenaufforstung in Tirol</i>	28
5.	DIE EINKOMMENSLAGE IN DER TIROLER LANDWIRTSCHAFT	29
5.1	UNTERNEHMENSERTRAG	29
5.2	UNTERNEHMENSAUFWAND	31
5.3	EINKÜNFTE AUS LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT JE FAMILIENARBEITSKRAFT	33
5.4	EINKOMMENVERGLEICH	35
5.5	EINKOMMENSERGEBNISSE JE BETRIEB	35
5.6	ÖFFENTLICHE GELDER	36
5.7	DIE ZUSAMMENSETZUNG DES GESAMTEINKOMMENS JE BETRIEB	37
5.8	VERMÖGENSRENTE	38
5.9	DIE VERSCHULDUNG IN DER LANDWIRTSCHAFT	39
5.10	EIGENKAPITALBILDUNG UND VERBRAUCH	40
6.	DIE SOZIALE LAGE DER TIROLER LANDWIRTSCHAFT	42
6.1	DIE TÄTIGKEIT DER SOZIALVERSICHERUNGSANSTALT DER BAUERN (SVB) 1999	42
6.2	GESETZLICHE ÄNDERUNGEN 2000	43
7.	DIE LAGE DER DIENSTNEHMER IN DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT	46
7.1	ANZAHL DER DIENSTNEHMER	46
7.2	DURCHSCHNITTSVERDIENSTE 1999	47
7.3	LOHN- UND ARBEITSRECHTLICHE VERBESSERUNGEN 1999 UND 2000.....	47

7.4	BERUFLICHE AUS- UND WEITERBILDUNG	47
7.5	SOZIALPOLITISCHE FÖRDERUNGSMABNAHMEN FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTLICHE DIENSTNEHMER	48
7.6	AKTUELLE PROBLEME.....	49
8.	DIE FÖRDERUNG DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT	50
8.1	DAS LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTLICHE SCHULWESEN	52
8.2	BERUFSBILDUNG	53
8.3	LANDWIRTSCHAFTLICHER BODENSCHUTZ	54
8.4	AMTLICHER PFLANZENSCHUTZDIENST	55
8.5	LANDWIRTSCHAFTLICHES VERSUCHSWESEN.....	55
8.6	LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTSINSPEKTION	57
8.7	AGRARMARKETING TIROL	58
8.8.	DIE BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE FÖRDERUNG UND BERATUNG	59
8.8.1	<i>Pflanzenbau</i>	59
8.8.2	<i>Gemüse-, Obst- und Gartenbau</i>	61
8.8.3	<i>Biologischer Landbau</i>	65
8.8.4	<i>Tierzucht</i>	66
8.8.5	<i>Maschinenwesen und Landtechnik</i>	69
8.8.6	<i>Urlaub am Bauernhof</i>	71
8.8.7	<i>Direktvermarktung</i>	71
8.9	INVESTITIONSFÖRDERUNG	74
8.9.1	<i>Wegebau 1999/2000</i>	74
8.9.2	<i>Landwirtschaftlicher Hochbau</i>	75
8.9.3	<i>Investitionsförderung - Förderungsabwicklungsstelle Landeslandwirtschaftskammer</i>	77
8.9.4	<i>Agrarische Operationen - Aufgaben und Ziele</i>	78
8.9.5	<i>Alm- und Weidewirtschaft</i>	84
8.10	5B-FÖRDERUNG - LÄNDLICHE ENTWICKLUNG	85
8.11	LANDWIRTSCHAFTLICHER WASSERBAU.....	86
8.12	WILDBACH- UND LAWINENVERBAUUNG	86
9.	DIREKTZAHLUNGEN AN DIE TIROLER LANDWIRTSCHAFT	93
9.1	MARKTORDNUNGSPRÄMIEN	93
9.2	ERSCHWERNISABGELTUNG - AUSGLEICHSZULAGE.....	94
9.3	FÖRDERUNG EINER UMWELTGERECHTEN LANDBEWIRTSCHAFTUNG.....	96
10.	ANFORDERUNGEN AN DIE ZUKÜNFTIGE AGRARPOLITIK.....	98

BERICHT ZUR LAGE DES GRUNDVERKEHRS

1. Einleitung

Der vorliegende Bericht erfüllt den Auftrag des Tiroler Landwirtschaftsgesetzes und der Tiroler Waldordnung, jährlich einen Bericht über die Lage der Tiroler Land- und Forstwirtschaft vorzulegen.

Die land- und forstwirtschaftlichen Einkünfte der buchführenden Betriebe in Tirol sind im Jahr 1999 im Durchschnitt gleich hoch wie im Vorjahr. Höhere Unternehmererlöse stehen gleichzeitig einem höheren Unternehmensaufwand gegenüber. Die Darstellung der Einkommensdaten für das Jahr 2000 auf Basis von Buchführungsdaten ist noch nicht möglich, da diese Daten erst im Herbst 2001 zur Verfügung stehen.

Für das Jahr 2000 wurden vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung auf Basis der Volkseinkommensrechnung im April 2000 Schätzungen für das Agrareinkommen bekanntgegeben. Diese Ergebnisse sind nicht unmittelbar mit jenen der Buchführungsbetriebe, wie sie in diesem Bericht detailliert dargestellt sind, vergleichbar. Nach diesen Aussagen haben sich im Jahr 2000 die Agrareinkommen erstmals wieder positiv entwickelt. Ausschlaggebend dafür waren die Erhöhung der Marktordnungsprämien und die Umsatzsteuergesetz-Novelle im Rahmen der Steuerreform, welche eine Erhöhung des pauschalen Vorsteuerabzuges von bisher 10 % auf 12 % mit Wirksamkeit ab 1.1.2000 ermöglicht hat. Trotz der Dürreschäden im Jahr 2000, steigender Energiepreise und Eiweißfutterpreise sowie einer weiteren Öffnung der "Preisschere" zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft konnten sich die Agrareinkommen positiv entwickeln.

Im Rahmen der Verhandlungen um die Agenda 2000 und der damit verbundenen EU-Agrarreform sind in Summe für die Landwirtschaft zufriedenstellende Ergebnisse erzielt worden. Die ursprünglich vorgesehenen Preissenkungen konnten bei Rindfleisch von 30 % auf 20 % und bei Getreide von 20 % auf 15 % vermindert werden. Eine heftig diskutierte Frage ist die Milchquotenregelung. Gerade für die Berggebiete mit Grünlandwirtschaft und kleinstrukturierten Betriebsformen stellt eine geregelte Milchquote eine Absicherung des landwirtschaftlichen Einkommens und damit der Existenz der Betriebe dar. Im Jahr 2003 soll ein Zwischenbericht von der Europäischen Kommission zu diesem Thema erstellt werden. Die Abschaffung der Milchquotenregelung wurde mit dem Beschluss der Agenda vorerst auf das Jahr 2006 verschoben. Der letzte Trend zeigt, dass sich immer mehr Mitgliedsländer für eine Abschaffung der Milchquotenregelung aussprechen. Positiv zu vermerken ist, dass die Umwandlung von 150.000 t Milchdirektvermarktungsquote in Molkereianlieferungsquote erreicht wurde. Die Umsetzung dieser Reformschritte wird auch für die Tiroler Landwirtschaft unter den erschwerten Produktions- und Wettbewerbsbedingungen, speziell im Hinblick auf die fortschreitende Liberalisierung der Märkte, eine große Herausforderung.

Im Bereich Vieh und Fleisch sind im Rahmen der Marktordnung die Prämien für männliche Rinder, Mutterkühe und Mutterschafe sowie die Mutterkuhprämie für Kalbinnen und die Kalbinnenprämie für Milchrasen für die Betriebe im Berggebiet von großer Bedeutung. Wesentlich wirkt sich auch die Extensivierungsprämie und die neue Extensivierungsprämie für Milchkühe aus. Als marktregulierende Prämie kommt auch die Schlachtprämie für Rinder und Kälber neu hinzu. Mit diesen Mechanismen wird in der laufenden Programmperiode versucht, die Produktpreissenkungen zu kompensieren.

Als wichtige Säule ist das im Juli 2000 von der Europäischen Kommission genehmigte Österreichische Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums zu sehen. Dieses Programm beinhaltet wichtige Maßnahmen, die zur Einkommensabsicherung der Landwirte in den Berggebieten beitragen. Dabei wird das Agrarumweltprogramm ÖPUL ab dem Jahr 2001 als ÖPUL 2000 mit einem breiten Maßnahmenspektrum weitergeführt. Die für die Tiroler Bauern bedeutende Erschwernisabgeltung in Form der Ausgleichszulage stellte in den vergangenen Jahren ein wichtiges Instrument dar, das künftig mit der Einführung eines Sockelbetrages noch bessere Möglichkeiten bietet, die Einkommensverluste auszugleichen.

Weiters beinhaltet das Programm "Ländliche Entwicklung" eine Reihe von Maßnahmen, die zur Strukturverbesserung im ländlichen Raum beitragen sollen. Dabei wurden die Investitionsbeihilfen und die Niederlassungsprämie auch für Nebenerwerbslandwirte ermöglicht. Weitere Schwerpunkte stellen die horizontalen Förderungsmöglichkeiten von innovativen Kooperationsprojekten der Landwirtschaft mit anderen Wirtschaftssektoren und die Berufsbildung dar.

Generell ist zu beobachten, dass in besonders schwer zu bewirtschaftenden Regionen die Produktion einen immer kleineren Anteil zum Einkommen beiträgt und die Pflege der Landschaft mit den damit verbundenen direkten Leistungsabgeltungen an Bedeutung gewinnt.

Unter Beibehaltung der agrarpolitischen Ziele, wie weitgehende Erhaltung der flächendeckenden Bewirtschaftung, Erhaltung und Verbesserung der Schutzfunktion des Waldes, naturnahe Bewirtschaftung in regionalen Kreisläufen, qualitätsorientierte Produktion und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse etc. gilt es, diese Ziele durch die bestmögliche Nutzung der angebotenen Maßnahmen konsequent zu verfolgen.

Für die erfolgreiche Umsetzung dieser Maßnahmen ist die optimale Nutzung der EU - kofinanzierten Fördergelder eine wichtige Voraussetzung. Dazu ist es notwendig, die entsprechenden anteiligen Landesmittel bereitzustellen. Das Land ist in diese gemeinsame Finanzierung im Rahmen des Landwirtschaftsgesetzes eingebunden und mitverantwortlich dafür, dass diese Förderungsmaßnahmen überhaupt zur Wirkung kommen.

Abschließend kann festgehalten werden, dass der vorliegende Bericht eine zufriedenstellende Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 1999 und 2000 aufzeigt. Die derzeit brennend aktuellen Probleme der rinderhaltenden Betriebe (Maul- und Klauenseuche, BSE) sind allerdings auf Grund der noch nicht vorliegenden Detaildaten in diesem Bericht nicht berücksichtigt.

2. Kurzstatistik der Tiroler Land- und Forstwirtschaft

Die statistischen Erhebungen in der Land- und Forstwirtschaft finden in unterschiedlichen Zeitabständen statt. Bei den Darstellungen wird auf die jeweils aktuellsten verfügbaren Zahlen zurückgegriffen. Vollerhebungen wie die Agrarstrukturhebung bzw. Betriebszählung finden grundsätzlich alle 10 Jahre statt. Viehzählungen finden in kürzeren Intervallen statt. Einige Zählungen bzw. Erhebungen stehen derzeit in Diskussion, da etwa über Meldesysteme im Zusammenhang mit Förderungen bereits Daten vorliegen und es teilweise zu Überschneidungen kommt.

Anzahl der Betriebe nach Erschwerniszonen - Agrarstrukturhebung 1999

(Quelle: Statistik Austria)

Bezirk	Gesamt	Erschwerniszone				
		Talbetriebe	Zone I	Zone II	Zone III	Zone IV
Ibk-Stadt	197	172	17	3	5	0
Imst	1.978	519	450	265	468	276
Ibk-Land	3.163	1.207	349	603	446	558
Kitzbühel	2.175	589	450	488	587	61
Kufstein	2.444	1.093	396	272	517	166
Landeck	2.009	269	46	165	820	709
Lienz	2.758	965	160	237	749	647
Reutte	1.205	306	199	375	218	107
Schwaz	2.309	905	264	184	594	362
TIROL	18.238	6.025	2.331	2.592	4.404	2.886
%	100	33,1	12,8	14,2	24,1	15,8

Mit dem EU-Beitritt wurde die Erhebungssystematik umgestellt, die Gruppen Voll- und Zuerwerbsbetriebe wurden zur neuen Klassifizierung "Haupterwerbsbetriebe" zusammengefaßt. Daher sind die neuen Statistiken nicht voll mit den bisherigen Erhebungen vergleichbar. Grundsätzlich zeigt sich jedoch die weitere Verschiebung vom Haupt- zum Nebenerwerb sehr deutlich.

Sozioökonomische Verteilung - Agrarstrukturhebung 1995 und 1999

(Quelle: Statistik Austria)

Bezirk	Betriebe gesamt		Haupterwerbsbetriebe		Nebenerwerbsbetriebe		Betriebe jur. Personen	
	1999	1995	1999	1995	1999	1995	1999	1995
Ibk-Stadt	197	317	44	55	132	233	21	29
Imst	1.978	2.223	303	318	1.491	1.704	184	201
Ibk-Land	3.163	3.657	887	997	2.018	2.387	258	273
Kitzbühel	2.175	2.416	811	867	1.195	1.368	169	181
Kufstein	2.444	2.784	1.039	1.031	1.217	1.518	188	235
Landeck	2.009	2.229	166	204	1.724	1.902	119	123
Lienz	2.758	3.127	667	709	1.646	1.891	445	527
Reutte	1.205	1.396	110	116	924	1.105	171	175
Schwaz	2.309	2.572	902	1.005	1.169	1.309	238	258
TIROL	18.238	20.721	4.929	5.302	11.516	13.417	1.793	2.002
%	100	100	27,03	25,59	63,14	64,75	9,83	9,66

Flächennutzung in Tirol in ha - Agrarstrukturerhebung 1999 (Quelle: Statistik Austria)

Bezirk	Acker	Gartenland	Obstanlagen	Wiesen	Weiden	Almen	nicht genutztes Grünland	landwirtschaftliche Nutzfläche	forstwirtschaftliche Nutzfläche	unproduktiv	gesamt
Ibk-Stadt	281	5	8	466	52	3.389	28	4.229	3.759	5.511	13.499
Imst	1.425	8	50	7.264	2.476	49.686	745	61.654	62.917	122.932	247.503
Ibk-Land	4.367	18	64	13.081	5.100	33.098	2.236	57.964	66.615	24.640	149.219
Kitzbüchel	146	30	11	16.198	3.328	28.518	189	48.420	52.539	8.441	109.400
Kufstein	1.620	32	29	16.456	1.649	22.585	44	42.415	55.610	33.544	131.569
Landeck	329	9	30	7.181	6.514	47.747	2.067	63.877	33.673	27.804	125.354
Lienz	2.008	27	28	10.239	7.550	55.423	4.288	79.563	56.173	40.289	176.025
Reutte	6	6	0	6.384	2.844	15.459	3.414	28.113	43.427	22.012	93.552
Schwaz	1.853	28	22	11.020	2.342	46.626	187	62.078	60.150	19.983	142.211
Tirol 1999	12.035	163	242	88.289	31.855	302.531	13.198	448.313	434.863	305.156	1.188.332

Nutztierhaltung in Tirol 1995 und 1999, Allgemeine Viehzählung

(Quelle: Statistik Österreich, Heft 1.356, Nutztierhaltung in Österreich 1999)

Bezirk	Rinder		Pferde		Schweine		Schafe		Ziegen		Hühner		
	Betriebe	Anzahl	Betriebe	Anzahl	Betriebe	Anzahl	Betriebe	Anzahl	Betriebe	Anzahl	Betriebe	Anzahl	
I	1995	94	1.542	37	151	57	1.585	64	1.432	32	177	50	1.397
	1999	76	1.293	28	124	44	1.278	57	1.339	31	167	44	2.491
IM	1995	1.344	13.703	246	693	956	4.846	816	23.123	286	1.555	524	30.995
	1999	1.208	12.740	289	915	745	3.891	740	19.904	277	1.515	488	15.341
IL	1995	2.082	32.575	421	1.426	1.371	8.940	899	24.202	610	3.073	1.172	51.870
	1999	1.922	30.440	464	1.801	1.081	5.544	862	21.590	604	3.694	1.076	60.838
KB	1995	1.523	33.568	277	994	774	3.487	230	4.361	338	1.191	852	24.199
	1999	1.444	31.980	281	1.203	581	2.628	209	4.091	320	1.163	822	19.502
KU	1995	1.730	39.513	315	1.041	913	6.854	261	4.423	320	1.209	838	28.345
	1999	1.644	37.409	306	1.188	716	4.494	242	3.945	304	1.167	834	27.498
LA	1995	1.580	12.283	195	543	1.140	2.526	451	8.843	276	965	518	11.324
	1999	1.470	11.477	240	688	901	2.021	398	7.392	243	863	469	9.890
LZ	1995	1.739	23.092	291	723	1.274	5.406	443	16.318	310	1.605	949	20.494
	1999	1.660	22.845	300	758	1.066	4.061	442	16.682	324	1.559	856	16.688
RE	1995	624	6.413	148	522	189	623	261	5.374	85	353	284	6.385
	1999	581	6.063	164	643	136	423	241	4.956	91	393	234	5.862
SZ	1995	1.659	33.891	230	879	878	9.515	319	6.980	361	1.661	775	19.203
	1999	1.554	32.378	164	643	701	7.056	317	6.131	374	1.793	689	13.963
Tirol	1995	12.375	196.580	2.160	6.972	7.552	43.782	3.744	95.056	2.618	11.789	5.962	194.212
	1999	11.559	186.625	2.325	8.291	5.971	31.396	3.508	86.030	2.568	12.314	5.512	172.073

Bezirke: **I**= Innsbruck Stadt, **IM** = Imst, **IL** = Innsbruck Land, **KB** = Kitzbühel, **KU** = Kufstein, **LA** = Landeck, **LZ** = Lienz, **RE** = Reutte, **SZ** = Schwaz

Tirol 2000: 189.672 Rinder und 11.476 Rinderhalter (Kombination aus Stichprobe der Statistik Austria, Auswertung der Rinderdatenbank und Angaben aus INVEKOS)

3. Kurzbericht

Die landwirtschaftliche Produktionsleistung

Der land- und forstwirtschaftliche Produktionswert hat 1999 um 0,7 % abgenommen. Der landwirtschaftliche Nettoproduktionswert stieg geringfügig von S 2,514 Mrd. (€ 182,70 Mio.) im Jahr 1998 auf S 2,546 Mrd. (€ 185,03 Mio.) an. Der wesentlichste Grund für diese Steigerung ist die Verbesserung der Erträge in den Sparten Rinder und Milch. Einbußen waren in der Schweinehaltung und im Obstbau zu verzeichnen. Der forstwirtschaftliche Produktionswert 1999 ist mit S 1,125 Mrd. (€ 81,76 Mio.) um S 57 Mio. (€ 4,14 Mio.) geringer als im Vorjahr.

Produktions- und Absatzverhältnisse

Im pflanzenbaulichen Bereich wurden im Jahr 1999 gute Erträge im Grünland erzielt, wobei die Ernte des zweiten Schnittes durch schlechte Wetterbedingungen erschwert wurde. Die Erträge bei Mais, Kartoffel und Getreide waren unterdurchschnittlich.

Bei den Absatzverhältnissen im tierischen Sektor konnten im Jahr 2000 im Rinderbereich die Durchschnittspreise des Vorjahres gehalten bzw. erhöht werden. Der Schweinemarkt stabilisierte sich nach den schlechten Jahren 1998 und 1999 im Jahr 2000 wieder zunehmend, sodass mit den erzielten Erlösen die Produktionskosten wieder abgedeckt werden konnten.

Preis-Kosten-Entwicklung

Nach einer stark negativen Preisentwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Jahr 1998 folgte ein weiterer Rückgang im Jahr 1999. Dieser war auf Rückgänge der Betriebseinnahmen bei der Schweineproduktion und bei der Gemüseproduktion zurückzuführen. Im Jahr 2000 entwickelte sich der Index für landwirtschaftliche Erzeugnisse wieder positiv und erreichte wieder den Wert der Jahre 1996 und 1997. Deutlich angestiegen ist der Index für die Betriebseinnahmen aus der Schweineproduktion. Die Auswirkungen der BSE-Krise am Ende des Jahres 2000 kommen im Jahresindex 2000 noch nicht zum Ausdruck.

Auf der Kostenseite haben sich im Jahr 2000 die Preise für Betriebsmittel wie Futtermittel und Energie deutlich erhöht. Ebenso ergaben sich Steigerungen bei den Kosten für Gebäudeerhaltung, Geräteerhaltung und Maschinen. Insgesamt führte dies zu einem Anstieg des Jahresdurchschnitts gegenüber den Jahren 1994 bis 1999.

Agraraußenhandel

Die seit dem EU-Beitritt sich ständig erhöhenden Handelsaktivitäten zwischen Österreich und den EU-Partnern setzten sich auch im Jahr 1999 weiter fort. Die negative Bilanz verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr, da die Exporte stärker angestiegen sind als die Importe.

Die wirtschaftliche Lage der Tiroler Forstwirtschaft

Der Holzeinschlag ist auf Grund der schlechten Holzpreise in den Jahren 1999 und 2000 stark zurückgenommen worden.

Das Preisniveau lag 2000 mit S 954,-- (€ 69,33) /efm deutlich unter dem des Jahres 1999 mit S 1.167,-- (€ 84,81) /efm). Schwerpunkte bei der forstlichen Förderung waren Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsanierung sowie die Waldsanierung in Einzugsgebieten von Wildbächen und Lawinen. Zur Bewältigung dieser wichtigen Aufgaben im Rahmen der Vorbeugung von Naturgefahren ist die Erhaltung und der Ausbau des Wegenetzes von grundlegender Bedeutung. Nur unter diesen Voraussetzungen ist ein ständiger Zugang für Aufforstungs-, Pflege- und Erntemaßnahmen gewährleistet.

Die Einkommenslage der Tiroler Land- und Forstwirtschaft

Die wirtschaftlichen Kennzahlen haben sich 1999 im Durchschnitt der Tiroler Buchführungsergebnisse nur unwesentlich verändert. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich eine Zunahme des Betriebsaufwandes und eine Zunahme des Unternehmensertrages.

Unternehmensertrag und -aufwand

Der Unternehmensertrag (beinhaltet auch die öffentlichen Transferzahlungen) ist bei den Buchführungsbetrieben im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 % und im Vergleich zum Jahr 1995 um 10 % gestiegen. Die Talbetriebe weisen gegenüber 1995 immer noch einen Rückgang um 9 % auf. Im Durchschnitt aller Tiroler Buchführungsbetriebe ist der Unternehmensaufwand gegenüber 1998 um 4,4 % und gegenüber 1995 um 26 % gestiegen.

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft

Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft enthalten neben den unmittelbaren Erlösen aus der Produktion auch die Einkünfte aus Tätigkeiten am Betrieb (z.B. Urlaub am Bauernhof) und aus landwirtschaftsnahen Leistungen (z.B. überbetrieblicher Maschineneinsatz, kommunale Dienste,...). Damit wird die Einkommenssituation am Bauernhof abgerundet dargestellt.

	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft je FAK 1999 in S	Änderung gegenüber 1998	im Vergleich zu den Talbetrieben
Talbetriebe	189.361	+ 9 %	100 %
Zone I	177.301	+ 15 %	94 %
Zone II	155.946	+ 2 %	82 %
Zone III	135.162	- 13 %	71 %
Zone IV	102.740	- 4 %	54 %
Tirol	148.452 (€ 10.788)	0 %	78 %

Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft je Familienarbeitskraft sind im Landesdurchschnitt 1999 im Vergleich zum Vorjahr gleich geblieben und betragen S 148.452,- (€ 10.788). Anstiege der Einkünfte bei den Talbetrieben und den Betrieben der Zone I und Zone II standen Rückgänge der Einkünfte je Familienarbeitskraft in den Zonen III und IV gegenüber.

Öffentliche Gelder

Bei den mit dem EU-Beitritt stark angestiegenen öffentlichen Gelder sind im Berichtsjahr als Schwerpunkte die Ausgleichszulage, das ÖPUL und die Marktordnungsprämien zu nennen. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich im Durchschnitt der Tiroler Buchführungsbetriebe eine weitere Abnahme der öffentlichen Gelder um zwei Prozentpunkte, welche jetzt 20 % des Unternehmensertrages ausmachen (bei den Betrieben der Zone IV sind dies 33 %).

Die soziale Lage der Tiroler Bauern

Die Sozialversicherungsanstalt der Bauern reagiert auf den Strukturwandel in der Landwirtschaft (Rückgang der Beschäftigten) mit laufenden Rationalisierungen im Bürobetrieb und der Verringerung ihrer Mitarbeiter. Nach dem starken Anstieg bei Krankenversicherten im Jahr 1998 auf Grund der Pflichtversicherung für beide Ehegatten gab es im Jahr 1999 wieder leichte Rückgänge. Bei der Pensions- und Unfallversicherung werden im Tätigkeitsbericht 1999 ebenfalls leichte Rückgänge ausgewiesen. Bei der Anzahl der Beitragspflichtigen nach dem Betriebshilfegesetz ergab sich auch im Jahr 1999 wieder ein Rückgang um minus 21 %. Ab dem Jahr 2000 tritt eine Mehrfachversicherung in der Krankenversicherung bei gleichzeitigem Ausüben einer landwirtschaftlichen und einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit ein. Kindererziehungszeiten werden neu bewertet und dürften sich auf die Pensionshöhe der Bäuerinnen positiv auswirken.

Die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft

Im Sommer 2000 standen mit 3.851 land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmern um rund 0,41 % weniger Personen in einem land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis als im Jahr 1999. Die Durchschnittsverdienste des Jahres 1999 sind gegenüber 1998 bei den Arbeitnehmern um 0,27 % und bei den Angestellten um 1,84 % gestiegen.

Die Förderung der Land- und Forstwirtschaft

Schule, Beratung und Ausbildung

Die land- und forstwirtschaftlichen Fach- und Berufsschulen verzeichneten bis zum Schuljahr 1999/2000 mit ca. 1.500 Schülern konstante Schülerzahlen. Im Schuljahr 2000/2001 ist ein Rückgang zu verzeichnen, welcher in den vermehrten Lehrstellen und der wachsenden Konkurrenz anderer Schulen begründet ist. Künftig sollen in den landwirtschaftlichen Schulen bei der Ausbildung über die Landwirtschaft hinaus weiter verstärkt Aufgaben und Aktivitäten im Zusammenhang mit dem ländlichen Raum (Sozial- und Pflegeaufgaben, Verknüpfung mit Gastgewerbe, spezielle Tierhaltung) berücksichtigt werden.

Technische Förderung der Landwirtschaft

Wegbau: In den Jahren 1999 und 2000 wurden 38 bzw. 30 Höfe mit LKW-befahrbaren Wegen an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen.

Landwirtschaftliche Hochbauförderung: Im Jahr 1999 wurden für insgesamt 738 Förderungsvorhaben im landwirtschaftlichen Hochbau mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund S 597 Mio. (€ 43,39 Mio.) Investitionszuschüsse in Höhe von S 102,5 Mio. (€ 7,45 Mio.) zur Verfügung gestellt. Im Bereich des landwirtschaftlichen Wohnbaus und der Althausanierung wurden 532 Vorhaben (2000: 598 Vorhaben) mit den Förderungsmaßnahmen der Wohnbauförderung und der Wohnhausanierung bedient. Im Jahr 2000 wurden für 228 Förderungsvorhaben Investitionszuschüsse in der Höhe von S 31,3 Mio. (€ 2,27) zur Verfügung gestellt.

Agrarische Operationen: 1999 und 2000 waren 62 Zusammenlegungs- und Flurbereinigungsverfahren mit einem Flächenausmaß von ca. 8.019 ha Nutzfläche und 6.821 beteiligten Grundeigentümern in Bearbeitung.

Almwirtschaft: Für almwirtschaftliche Förderungsmaßnahmen konnten 1999 für 161 Förderanträge rund S 13,8 Mio. (€ 1,00 Mio) an EU-, Bundes- und Landesmittel und 2000 für 196 Förderanträge S 25,1 Mio. (€ 1,82 Mio.) bereitgestellt werden. Für Förderanträge im Jahr 2000 wurden zusätzlich S 2,8 Mio (€ 0,20 Mio.) an Landesmitteln ausbezahlt.

5b-Förderung

Im fünften Jahr des laufenden Programmes waren von den bewilligten Förderungen bereits 85 % ausgezahlt. Die geplanten öffentlichen verfügbaren Gesamtmittel betragen S 521 Mio. (€ 37,86 Mio.) Damit liegt der derzeitige Stand der Umsetzung des Programmes so, dass eine zeitgerechte und vollständige Umsetzung des Ziel 5b- Programmes erreicht werden kann.

Direktzahlungen an die Landwirtschaft

Die Marktordnungsprämien sind überwiegend produkt- bzw. flächenbezogen und sind beständige Fördermaßnahmen, welche gänzlich durch die EU finanziert werden. Da diese Prämien vorwiegend großen und produktionsstarken Betrieben zugute kommen, ist der Anteil Tirols an dieser Maßnahme (hauptsächlich Tierprämien) eher gering.

Die Ausgleichszulage ist die EU-konforme Erschwernisabgeltung und dient dem Ausgleich für die ständigen natürlichen Erschwernisse im Berggebiet. Aufgrund des hohen Förderungsniveaus vor dem EU-Beitritt wird in einer 10-jährigen Übergangsfrist diese höhere Förderung in Form einer nationalen Beihilfe weiter bezahlt. Diese Übergangsregelung wirkt speziell bei kleineren Betrieben im Berggebiet.

Das österreichische Förderungsprogramm für umweltschonende Bewirtschaftungsweisen ÖPUL erreichte bereits im ersten Jahr eine sehr hohe Akzeptanz. Mit dem ab 1998 neu angebotenen modifizierten Programm (ÖPUL 98) wurde ein Neueinstieg für noch nicht teilnehmende Landwirte für fünf Jahre ermöglicht und damit das Fördervolumen vergrößert. Mit Beginn des Jahres 2001 startet das ÖPUL 2000 im Rahmen des Programmes „Ländliche Entwicklung“.

Direktzahlungen - Überblick

Maßnahmenbereich	Förderungsvolumen in Mio. S			
	2000 *)	1999	1998	1997
Degressive Preisausgleiche	-	36,7	94	141
Marktordnungsprämien (Flächen- und Tierprämien)	98,0	129	129	131
Sonderzahlungen (BSE, Hartwährung)	-	-	-	45
Ausgleichszulage	427,7	439	443	446
ÖPUL	600,6	640	639	612
Frühvermarktung	-	-	14	12

*) AMA Ausgleichszahlungen, Stand 31.03.2001

Die Daten für das Jahr 2000 liegen noch nicht vollständig vor, da noch Nachberechnungen und Nachzahlungen durchgeführt werden.

4. Die wirtschaftliche Lage der Tiroler Land- und Forstwirtschaft

4.1 Produktionsleistung der Tiroler Land- und Forstwirtschaft 1999

	Produktionsleistung in Mio. Schilling					
	1980	1990	1995	1997	1998	1999
Rinder	791	1.003	627	459	510	598
Schweine	242	210	132	108	102	72
Geflügel und Eier	107	73	46	35	31	31
Kuhmilch	932	1.462	1.138	1.159	1.119	1.239
sonst. tier. Produkte	146	168	215	209	235	244
Summe tierische Produkte	2.218	2.916	2.158	1.970	2.077	2.175
Feldfrüchte	58	100	46	63	61	48
Feldgemüse	121	160	258	256	259	91
Obst	87	148	99	88	117	90
Summe pflanzl. Produkte	266	408	403	407	437	371
landw. Nettoproduktionswert	2.484	3.324	2.561	2.377	2.514	2.546
forstw. Produktionswert	1.101	1.166	985	1.164	1.182	1.125

(Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, WIFO Monatsberichte 7/2000)

Die Endproduktion der Tiroler Land- und Forstwirtschaft (ohne Subventionen) sank gegenüber 1998 um 0,7 % auf S 3.671 Mio. (€ 268,5 Mio.). Der landwirtschaftliche Nettoproduktionswert hat in Tirol im Vergleich zum Vorjahr geringfügig auf S 2.546 Mio. (€ 185,0 Mio.) zugenommen. Einbußen im Obstbau, in der Schweinehaltung und in der Forstwirtschaft wurden durch Zuwächse in den bedeutenden Sparten Milch und Rinder in etwa ausgeglichen.

4.2 Die landwirtschaftlichen Produktions- und Absatzverhältnisse

4.2.1 Pflanzenbauliche Produktionsverhältnisse

Grünland

1999: Die Grünlandbestände entwickelten sich in den Tallagen sehr gut, in den höheren Lagen hingegen etwas zeitverzögert. Die Mengenerträge lagen über dem Durchschnitt. Schlechte Wetterbedingungen Ende August erschwerten die Heuernte. Die Nachweide im Herbst auf trockenen Böden verursachte keine Trittschäden.

Mais

1999: Der Anbau konnte im Mai abgeschlossen werden und bei rascher Bodenerwärmung und genügend Feuchtigkeit ging die Entwicklung der Bestände rasch voran. Nach niedrigen Temperaturen Ende Mai ging die Entwicklung bei sehr guten Verhältnissen Anfang Juli sehr gut weiter. Hohe Feuchtigkeit Ende Juli brachten schlechte Befruchtungsergebnisse. Die Grünmasseerträge waren eher als niedrig zu beurteilen.

Getreide

1999: Das Wintergetreide konnte zeitgerecht bestellt werden. Die Frühjahrsentwicklung war zufriedenstellend und verlief zügig. Die weitere Entwicklung bis zum Erntebeginn in der 2. Woche war gut und die Erträge waren durchschnittlich. Der Anbau des Sommergetreides begann Ende

März. Die Bestockung verlief gut. Durch die schlechte Witterung verzögerte sich die Ernte und brachte nur unterdurchschnittliche Erträge.

Kartoffel

1999: Die Lagerkartoffel waren bis Anfang Mai angebaut. Durch das teilweise Auftreten der Krautfäule kam es zu Ertragsausfällen. Bei guten Erntebedingungen im Herbst konnten nur geringe Mengen mit teils stark geminderter Qualität geerntet werden. Im Jahr 2000 waren sehr gute Erträge mit sehr guten Qualitäten zu verzeichnen.

Saatgutproduktion

Das Saatgutgesetz 1997 sieht vor, dass ab dem Jahre 1999 die Anerkennung von Saat- und Pflanzgut vom Bundesamt für Agrarbiologie in Linz durchgeführt wird, wobei die organisatorische Abwicklung und die Feldbesichtigung der Vermehrungsbestände weiterhin von der Abteilung Pflanzenbau-Landtechnik der Landwirtschaftskammer wahrgenommen wird

Kartoffel	75,75 ha Gesamtfläche	davon 93 % anerkannt (Feld)
Getreide	39,20 ha Gesamtfläche	davon 77 % anerkannt

Erzeugerpreise 1999/2000

Kartoffel: Direktvermarktung S 4 bis S 6,--/kg, Großhandel: 1999: S 2,50/kg; 2000: S 2,20/kg

Futterrüben: Die Ab-Hof-Preise lagen bei ca. 80 Groschen pro Kilogramm.

Heu: durchschnittlich S 2,50 -2,70/kg, Bioheu: um ca. S 0,30 bis S 0,50/kg mehr

Düngung

Das mit dem EU-Beitritt in Österreich eingeführte Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL) hat zum Ziel, den Mineraldünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz zu verringern. Die hohe Beteiligung an diesem Programm in Tirol führte seither zu einer deutlichen Reduktion von Zukaufsdüngemitteln. Die Statistiken des Bundesberichtes zeigen die Entwicklung beim Düngemiteleinsatz (Angaben in Tonnen Reinnährstoff).

Jahr	Stickstoff (N)	Phosphor (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)
1994	877 to	484 to	587 to
1997	611 to	294 to	422 to
1998	660 to	341 to	429 to
1999	500 to	300 to	300 to

Die Aufstellung zeigt, dass sich der Mineraldüngereinsatz im Jahr 1999 bei allen drei Reinnährstoffen deutlich rückgängig war.

Gemüsebau

Von den etwa 100 Tiroler Gemüsebau-Vollerwerbsbetriebe wird eine Fläche von 400 ha mit einer Vielzahl von Kulturen bewirtschaftet. Durch Mehrfachnutzung der Felder ergibt sich eine Gemüse-Anbaufläche von jährlich beinahe 1.000 ha. Der erwirtschaftete Produktionswert beträgt 220 bis 240 Millionen Schilling.

Etwa 75% der Produktion wird von den Bauern direkt über Handelsketten vermarktet. Zunehmende Konzentration auf Seite des Handels, sowie steigende Ansprüche hinsichtlich Aufbereitung und Verpackung der Ware zwingen den Tiroler Gemüsebau zum Umdenken: eine gemein-

same Vermarktungsorganisation wurde gegründet, um den Gemüsebau in Tirol langfristig zu sichern.

Die Absatzlage wird im Gemüsebau immer schwieriger und ist gekennzeichnet durch eine ganzjährige Sättigung des Marktes, sowie eine Preisstagnation auf niedrigem Niveau.

Die Wetter im Jahr 2000 brachte warmes, wüchsiges Frühjahrswetter und einen regenreichen Sommer. Im Sommer führte dies zu starkem Befall durch Pilz- und Bakterienkrankheiten und nachfolgenden Qualitätsproblemen. Im Juni und Juli traf schwerer Hagelschlag die Gemüsebaugebiete. Besonders stark betroffen war die Region Kematen/Ranggen, wo Erdbeeren, Salat und andere Gemüsekulturen zerstört wurden. Der Herbst blieb lange Zeit ohne stärkere Fröste, so dass beim Lagergemüse eine qualitativ und quantitativ gute Ernte erfolgen konnte.

Obstbau

Ein sehr warmes Frühjahr 2000 führte zum Teil zu Trockenschäden aber auch zu einer Verfrühung der Ernte bei Kern-, Stein und Beerenobst um ca. zwei Wochen. Dies machte manchen Produzenten in späterer Folge bei der Lagerung Probleme, da die Früchte teilweise überreif wurden. Der Sommer war sehr nass, was zu einem erhöhten Pilzdruck in den Anlagen führte. Hagel vernichtete einen Teil der Beerenernte. Vor allem die Erdbeeren waren davon betroffen. Beim Kernobst war der Schaden nur gebietsweise beträchtlich.

Die bereits gute Qualität der Tiroler Äpfel konnte durch intensivere Fruchtregulierung, Sortierung, aber vor allem durch das Schulen des richtigen Schnitts und ein erhöhtes Qualitätsbewusstsein der Anbauer weiter gesteigert werden.

Um die Vermarktungssituation beim Apfel im gesamten Anbaugebiet zu verbessern, wurde in Zusammenarbeit mit der Agrarmarketing Tirol und den Produzenten eine Qualitätsmarke für Tiroler Äpfel mit den dazu gehörigen Richtlinien geschaffen.

Der Anteil an Tafelzwetschken war heuer zu gering und der Anteil an Verarbeitungsware zu hoch. Grund dafür war Hagelschlag, der auch bei der Apfel- und Beerenobsternte zu sehr starken Qualitätseinbußen führte. Durch genaueres Beachten der Fruchtqualitäten bei Neuanlagen von Zwetschken wird jedoch der Anteil an Tafelzwetschken in Zukunft dem Markt eher entsprechen können.

Zierpflanzenbau

Die Tiroler Gärtner bewirtschaften im Jahr 2000 knapp 60 ha im Freiland und unter Glas über 20 ha. Die ca. 120 Betriebe erreichen im Zierpflanzenbau jährlich einen Produktionswert von etwa S 230 Mio (€ 16,7 Mio.). Aus den Pro-Kopf-Ausgaben der Tiroler Bevölkerung im Zierpflanzenbau, die jährlichen mit ca. S 1.220,- (€ 88,7) im österreichischen Spitzenfeld liegen, ergibt sich ein Marktpotential auf Verbraucherstufe von rund S 900 Mio. (€ 65,4 Mio.) im Jahr. Dieses Potential schöpft der heimische Anbau zu etwa 55 % aus.

Die Stärke der heimischen Gärtnereien, die ihre Erzeugnisse in erster Linie über die Direktvermarktung an ihre Kunden absetzen, ist die Kundennähe und die hohe fachliche Qualifikation. Aufgrund des starken Preisdrucks von Importware und veränderter Kundenansprüche bedarf es nach wie vor große Anstrengungen, die Marktposition zu halten.

Im Jahr 2000 lagen die wichtigen Absatztermine Ostern, Muttertag und Verkauf der Balkonware sehr eng zusammen, was erhebliche Belastungen für das Verkaufspersonal brachte. Die Umsatzzahlen der letzten Jahre konnten gehalten oder leicht verbessert werden. Durch die starke Verteuerung der Energieträger, sowie durch die Verkehrserschließungsabgabe ist jedoch in vielen Betrieben der Gewinn deutlich zurückgegangen. Einige Betriebe schränken die Produktion vor allem in Winterhalbjahr stark ein.

Im Laufe des Sommers waren einige Hagelschläge zu verzeichnen, meist blieben die Schäden gering. Im Juli traf ein Unwetter den Raum Kitzbühel und zog drei Gärtnereien teilweise schwer in Mitleidenschaft, eine davon war nicht hagelversichert.

Der Verband „Die Tiroler Gärtner“ (Erwerbsgartenbauverband Tirol) hatte Ende des Jahres 105 ordentliche Mitglieder. Die Ziele des Verbandes sind die berufsständische Vertretung, die Koordination und Durchführung von Werbemaßnahmen, die Förderung des Zusammenhaltes unter den Gärtnern und deren Weiterbildung.

Pflanzenschutz

Im Jahr 2000 hat sich die Pflanzenseuche Feuerbrand wieder massiv ausgebreitet. So war erstmals auch der Erwerbssobstbau stark betroffen. In 13 Erwerbssobstanlagen mussten 711 Bäume gerodet und 12.000 Bäume ausgeschnitten werden. Gerade diese Ausschnittarbeiten waren für die betroffenen Betriebe eine enorme physische und finanzielle Belastung. Die erstellten Merkblätter über Feuerbrand trugen wieder viel zur Aufklärung der Bevölkerung bei wie auch laufende Schulungen auf Ortsebene, die von den Mitarbeitern der Abteilung Obst- und Gartenbau durchgeführt wurden. In einigen Gemeinden wurde mit Präventivrodungen von Feuerbrand-Wirtspflanzen begonnen.

Über die Obst- und Gartenbauvereine wurden zahlreiche Informationsveranstaltungen abgehalten, um die Bevölkerung, insbesondere aber die Gartenbesitzer zu sensibilisieren und sie auf die Gefahren dieser Pflanzenseuche aufmerksam zu machen. Der Verband der Obst- und Gartenbauvereine hat auf Empfehlung der Landeslandwirtschaftskammer im Frühjahr einen Aufruf getätigt, um Präventivrodungen bei Cotoneaster vorbeugend zu tätigen. Dies hat den Vorteil, dass durchsuchtes Pflanzenmaterial gerodet wird und zum anderen kann nicht verseuchtes Material kostengünstig entfernt werden. Mehr als 50 Gemeinden haben diesem Aufruf Folge geleistet.

Ein Absatzproblem ergab sich in fünf Tiroler Baumschulen durch das Auspflanz- und Verkaufsverbot für Feuerbrandwirtspflanzen, das Anfang März in Kraft trat. Lagernde Ware im Wert von S 1,5 Mio. (€ 109.009) war nicht mehr absetzbar. In Zusammenarbeit mit der Landesregierung konnten die betroffenen Betriebe letztlich für die Vernichtung dieser Pflanzen eine Regelung gefunden werden.

Eigene Warndienstbetreuer wurden mit laufenden Beobachtungen bezüglich dem Auftreten von Krankheiten und Schädlingen beauftragt. Die dazu notwendigen Hilfsinstrumente wurden zur Verfügung gestellt. Die gesammelten Informationen werden für die Warndienstverlautbarungen im Zusammenhang mit dem Frühwarnsystem über verschiedene Medien dem interessierten Publikum zugänglich gemacht.

Für den Tiroler Pflanzenschutzwarndienst sind die Wetterstationen eine wichtige Einrichtung. Die ermittelten Warndienstwerte werden über einen eigens eingerichteten Telefonbanddienst

den Obstbauern zur Verfügung gestellt. Bei starken Infektionsbedingungen bezüglich Schorf, Mehltau oder Feuerbrand können die Obstbauern somit rasch reagieren und gegebenenfalls geeignete Abwehrmaßnahmen setzen.

Beim Pflanzenschutz im Gemüsebau ermöglicht der wöchentlich per Fax verschickte Warndienst den Gemüsebauern die gezielte Durchführung von Gegenmaßnahmen. Für den Warndienst sind umfangreiche Arbeiten erforderlich: Auszählung von Schädlingsfallen, Beobachtung von Musterbeständen, Ermittlung von Schadschwellen, Auswertung von Wetterdaten u.s.w.. Monitoring und schadschwellenorientierter Pflanzenschutz haben manche chemische Maßnahme eingespart. Eine Vielzahl von Pflanzenschutzproblemen konnte einzelbetrieblich gelöst werden. Neue Schaderreger wurden festgestellt und bekannt gemacht. Zur Diagnose von Schaderregern werden jede Saison 50-60 Proben mikroskopisch untersucht und bei Bedarf an Untersuchungsanstalten weitergeleitet.

Im Zierpflanzenbau stellte der Verkauf von Nützlingen gegen Schädlinge in Gärtnereien an den Endverkaufskunden einen Schwerpunkt dar. Im Rahmen von Schulungen und Beratungen wird verstärkt auf die Möglichkeiten des biologischen Pflanzenschutzes hingewiesen. Bei Versuchen, Nützlinge und biologische Pflanzenschutzmittel kombiniert im Anbau von Schnittblumen einzusetzen, wurden gute Erfolge erzielt.

4.2.2 Die tierischen Produktions- und Absatzverhältnisse

Eines der großen Ziele der heimischen Agrarpolitik ist die flächendeckende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen. Dies ist bei einem Anteil von 96 % Grünland verständlicherweise nur über Rauhfutterverzehr möglich. Trotz empfindlicher Preisrückgänge ab dem EU-Beitritt, welche teilweise durch Direktzahlungen ausgeglichen werden, kommen auf die landwirtschaftliche Endproduktion weiterhin über 80 % aus den Viehställen.

Rinderhaltung

Der Bereich Rinder- und Milchwirtschaft bringt mehr als 2/3 der landwirtschaftlichen Produktion und für einen Großteil der Tiroler Bauern ist dies die einzige Einnahmequelle ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit. Die mit Ende des Jahres 2000 eskalierte BSE-Krise zeigt deutlich, welche wirtschaftlichen Gefahren für die Tiroler Bauern damit verbunden sind. Das sehr sensible Kaufverhalten der Konsumenten wirkt sich auf das Image der gesamten Rinderproduktion aus. In dem derzeit vorliegenden Zahlenmaterial kommt die tatsächliche Auswirkung auf die Tiroler Produktions- und Absatzverhältnisse noch nicht zum Ausdruck.

Der laut Viehzählung 1999 ausgewiesene Bestand von 186.625 Stück ist seit der letzten Zahlung im Jahr 1995 um 9.955 Stück bzw. 5,1 % zurückgegangen. Nur geringe Änderungen hat es in der organisierten Rinderzucht gegeben. In den 6 Rinderzuchtverbänden sind seit 1999 in 573 (+3) regionalen Vereinen 8.874 Züchter mit 61.668 Kontrollkühen (Stand 2000) angeschlossen. Der Anteil der Herdebuchzucht ist mit 76,8 % (+ 2,6 %) der rinderhaltenden Betriebe weiterhin sehr hoch. Im Natursprung sind im Jahr 2000 noch 362 Stiere im Deckeinsatz.

Zuchtrinderversteigerungen

Insgesamt wurden im Jahr 1999 11.669 Stück und im Jahr 2000 10.807 Stück bei den Großvieh- und Einstellerversteigerungen in Imst, Rotholz, Lienz und Maishofen versteigert.

Kategorie	1 9 9 9		2 0 0 0		Diff. 1999/2000	
	Stück	Preis	Stück	Preis	Stück	Preis
Herdebuchstiere	122	27.570,--	105	32.449,--	- 17	+ 4.879,--
Kühe	3.268	15.609,--	2.931	16.142,--	- 377	+ 533,--
Kalbinnen	4.725	16.904,--	4.089	17.637,--	- 636	+ 733,--
Jungkalbinnen	162	10.762,--	165	10.829,--	+ 3	+ 67,--
Zuchtkälber	813	5.352,--	820	5.747	+ 7	+ 395,--
männl. Einsteller	1.267	30,37/kg	1.287	32,24/kg	+ 20	+ 1,87/kg
weibl. Einsteller	116	26,57/kg	118	27,98/kg	+ 2	+ 1,41kg
Nutzkälber	80	55,30/kg	106	53,72/kg	+ 26	- 1,58/kg
weibl. NutZRinder	1.116	10.908,--	1.186	11.243,--	+ 25	+ 335,--

Die Durchschnittspreise des Jahres 2000 haben gegenüber dem Jahr 1999 bis auf die Kategorie Nutzkälber durchwegs zugenommen bzw. haben das Preisniveau gehalten.

Pferdehaltung

Weiterhin steigend ist das Interesse für die Pferdezucht und den Reit- und Fahrsport. Dies zeigt sich auch bei den zahlreichen Pferdeveranstaltungen in unserem Land. Im Jahr 1999 feierten die Noriker in St. Johann 100 Jahre Norikerzucht und die Haflingervereine Oberes Gericht, Reith/Umgebung und Wipptal/Stubaital ihre runden Bestandesjubiläen. Die Warmblutpferdezüchter hielten im Jahr 2000 eine Landesausstellung ab.

In den Zuchtorganisationen ergaben sich deutliche Änderungen bei der Anzahl der Zuchtbetriebe als auch den eingetragenen Stuten. Waren im Jahr 1998 nach einem langjährigen stetigen Ansteigen der Mitgliederzahl 2.082 Zuchtbetriebe und im Jahr 1999 ein leichter Rückgang auf 2.043 Zuchtbetriebe zu verzeichnen, so stieg diese Zahl im Jahr 2000 auf 2.217 an.

Die Zahl der eingetragenen Stuten stieg im Jahr 1999 um 136 (+ 5,4 %) und im Jahr 2000 wiederum um 804 Stück (+ 30,2 5) auf nunmehr 3.468 an.

Ab Herbst 2000 werden alle Abstammungsnachweise in Form eines Pferdepasses ausgestellt. Für Nutz- und Schlachtpferde wurde in Zusammenarbeit mit der Landesveterinärverwaltung ein sogenannter Lieferschein (Transportbescheinigung) ausgearbeitet, der den Pferdepass ersetzt.

Erfreulich verlief die Haflingerfohlenversteigerung 2000 in Ebbs, bei der 208 verkaufte Stutfohlen einen Durchschnittspreis von S 30.200,-- (€ 2.195) erzielten. Im Jahr 1999 wurden 205 Fohlen mit einem Durchschnittspreis von S 28.084,-- (€ 2.041) versteigert.

Bei den Norikerversteigerungen konnten 1999 die guten Preise des Vorjahres noch weitgehend erreicht werden, im Jahr 2000 mussten hingegen Preisrückgänge hingenommen werden.

Schweinehaltung

Nach den beiden schlechten Jahren 1998 und 1999 stabilisierte sich der Markt zunehmend und die erzielten Preise deckten die Produktionskosten wieder ab. Die Produktion an Ferkeln als

auch an Zuchtsauen ist rückläufig. Die positive Marktsituation sollte einen weiteren Rückgang verhindern.

Dem Tiroler Schweinezuchtverband waren im Jahr 2000 in 16 Herdebuchbetrieben (1999:17) 188 Herdebuchtiere (1999: 217) angeschlossen. Die Zahl der Ferkelringbetriebe war rückläufig und verringerte sich im Jahr 2000 auf 180 Betriebe (1999: 208).

Auch bei den gehaltenen Muttersauen war 2000 ein Rückgang bei einem Stand von 940 Tieren zu verzeichnen. Im Jahr 1999 waren es noch 1.223 Muttersauen.

Einen weiteren starken Rückgang hat es bei den Besamungen gegeben. Waren es 1998 noch 4.250 so verringerte sich diese Anzahl 1999 auf 3.558 und im Jahr 2000 auf 2.663 Besamungen.

Bei den Zuchtschweinepreisen mussten im Jahr 1999 bei den Ebern, belegten Zuchtsauen und den Jungsauen Preiseinbußen hingenommen werden. Die 45 (-21) Eber erzielten einen Durchschnittspreis von S 6.718,-- (€ 488,22) (- S 967,--), die 170 (-2) belegten Sauen einen solchen von S 5.523,-- (€ 401,37) (- S 972,--) und die 192 (-39) Jungsauen einen von S 3.252,-- (€ 236,33) (- S 709,--). Der deutliche Rückgang im Jahr 1998 bei den über den Ferkelring abgesetzten Tieren setzte sich weiter fort. So wurden mit 19.840 Stück um 688 bzw. 3,4 % weniger Ferkel zu einem Durchschnittspreis von S 22,12 (- S 4,14 bzw. 15,8 %) vermittelt.

Im Jahr 2000 verbesserte sich die Preissituation wieder geringfügig. Die 36 (-9) Eber erzielten einen geringfügig niedrigeren Durchschnittspreis von S 6.678,-- (€ 1485,31) (- S 40,--) wie im Vorjahr. Die Durchschnittspreise der 98 (-72) belegten Sauen mit S 6.236,-- (€ 475,99) (+ S 712,--) und die der 165 (-27) Jungsauen mit S 3.620,--(€ 263,08) (+ S 368,--) haben sich gegenüber dem schlechten Jahr 1999 verbessert. Die unbefriedigende Preissituation bei den über den Ferkelring abgesetzten Tieren in den Jahren 1998 und 1999 verbesserte sich im Jahr 2000 auf einen Durchschnittspreis von S 30,85 (+ S 8,73 bzw. 39,5 %). Es wurden aber mit 15.599 Stück um 4.241 bzw. 21,4 % weniger Ferkel vermittelt.

Schafhaltung

Die Einführung eines gemeinsamen Zuchtprogrammes ist leider aufgrund unterschiedlicher Auffassungen innerhalb der öster. Verbände noch nicht gelungen.

In der organisierten Schafzucht bestehen im Jahr 2000 mit 123 Vereinen um drei mehr als in den beiden Vorjahren. Die Mitglieder hingegen sind im Jahr 1999 deutlich auf 1.713 (- 428) zurückgegangen. Im Jahr 2000 war wieder ein leichter Anstieg auf 1.728 Mitglieder (+15) zu verzeichnen.

Der Herdebuchbestand bei den weiblichen Tieren ging im Jahr 1999 um 613 (-4,0 %) auf 14.624 und bei den Widdern um 239 (-18,6 %) auf 1.047 zurück. Im Jahr 2000 war bei den weiblichen Tieren ein weiterer Rückgang um 165 (- 1,1 %) und bei den Widdern ein leichter Anstieg um neun Tiere (+0,9 %) zu verzeichnen.

Der Zuchttierabsatz ist zufriedenstellend verlaufen, besonders die Nachfrage an Lämmer war wesentlich höher als das Angebot. Durch die BSE-Krise wurde dieser Umstand noch verschärft. Der Preis der 270 (-11) Widder im Jahr 2000 erhöhte sich um S 843,-- auf einen neuen Höchst-

wert von S 12.557,-- (€ 912,55) (1999: S 11.714,--) und jener der verkauften 772 (-111) weiblichen Tiere um S 832,-- auf S 4.217,-- (€ 306,46) (1999: S3.385,--).

Ziegenhaltung

Nur geringfügige Änderungen hat es in der organisierten Ziegenzucht gegeben. Im Jahr 2000 waren in den 31 (+1) Vereinen 244 (1999: 261) aktive Züchter erfasst. 1.377 (1999: 1.310) weibliche Zuchtziegen und 124 (1999: 111) Ziegenböcke sind im Herdebuch registriert.

Bei einer deutlichen Zunahme der kontrollierten Ziegen liegt im Jahr 2000 der Verbandsdurchschnitt mit 702 Vollabschlüssen bei 833 kg Milch, 3,48 % Fett und 3,12 % Eiweiß.

Ein recht unterschiedliches Bild ergibt sich bei den Versteigerungen. So erzielten im Jahr 2000 die 32 Böcke mit S 4.413,-- (€ 320,71) einen ähnlich hohen Preis wie im Vorjahr und die 72 weiblichen Ziegen mit S 3.435,-- (€ 249,63) einen deutlich höheren Preis als im Jahr 1999 mit S 2.823,--(€ 205,16) .

Geflügelhaltung

Weiterhin rückläufig ist die Geflügelhaltung. Die Zahl der erzeugten Küken verminderte sich um 11.770 auf 54.000 im Jahr 1999 und um weitere 10.270 Stück auf 11.270 im Jahr 2000. Die Eierproduktion verringerte sich 1999 auf 29,4 Mio. Eier (- 1,76 Mio.) und im Jahr 2000 weiter auf 26,0 Mio. Eier (- 3,4 Mio.). Die Geflügelhalter sehen sich mit dem Käfigverbot, welches ab dem 01.01.2001 Gültigkeit besitzt, konfrontiert.

Bienenhaltung

Dem Landesverband für Bienenzucht in Tirol sind 1999 mit 2.586 Mitgliedern um 64 (- 2,2 %) weniger als ein Jahr zuvor angeschlossen. Die Zahl der Bienenvölker ist um 523 (-1,3 %) auf 39.777 zurückgegangen.

4.2.3 Gesundheitszustand der Haustierbestände in Tirol

Tierseuchenbekämpfung - Periodische Untersuchungen 2000

Aufgrund der günstigen Seuchensituation werden nur noch in 20 % der Tiroler Rinderhaltungsbetriebe bei den Rindern ab zwei Jahren Blutproben zur Untersuchung auf IBR/IPV, Bang und Leukose entnommen. Im Zeitraum von 02. 10. 2000 bis 29. 12. 2000 wurden in 2.427 Betrieben 22.114 Rinder untersucht. Von den untersuchten Rindern reagierten zwei Tiere auf Leukose positiv. Die obgenannten Betriebe wurden nach epidemiologischen Gesichtspunkten ausgewählt. Untersuchungen auf TBC werden im Zuge der Fleischuntersuchung durchgeführt.

BVD/MD-Bekämpfung

Im Zeitraum von Oktober 1999 bis Ende April 2000 wurde nach den von der Landesveterinärdirektion erstellten Richtlinien zum ersten Mal im Bundesland Tirol die Bekämpfung der BVD/MD durchgeführt. In zwei Untersuchungsphasen wurden 98.791 Rinder untersucht. 1.207 Rinder reagierten positiv, was einem Verseuchungsgrad von 1,22 % entspricht. Im Zeitraum von 02. 10. 2000 bis 31. 12. 2000 wurden 57.790 Rinder auf BVD/MD untersucht. Davon zeigten 144 Rinder ein positives Untersuchungsergebnis, was einem Verseuchungsgrad von rd. 0,3% entspricht.

Kennzeichnung von Schafen und Ziegen

Im Jahr 2000 wurde ein besonderes Augenmerk auf die gesetzeskonforme Kennzeichnung von Schafen und Ziegen gelegt.

MKS-Übung

Im Oktober 2000 wurde im Bezirk Reutte grenzübergreifend (Bayern, Baden-Württemberg) unter Mitwirkung des Bundesheeres eine MKS-Übung abgehalten. Sowohl die deutschen Bundesländer als auch das Bundesland Tirol waren Schauplatz der praktischen Durchführung der Übung.

Equidenpass

Gemäß der Entscheidung 2000/68/EG benötigen sämtliche Equiden ab dem 01. 07. 2000 beim Inverkehrbringen einen Pferdepass. Für Schlachtfohlen und Nutzfohlen die für den IGH oder Export bestimmt sind kann der von der Landesveterinärdirektion erstellte Equidenpass (Kurzform) verwendet werden.

Lebensmittelhygiene - Spezifiziertes Risikomaterial SRM

Aufgrund der Entscheidung der Kommission vom 29. 06. 2000 (2000/418/EG) muss das sogenannte SRM ab dem 01. 10. 2000 getrennt von anderen ablieferungspflichtigen tierischen Abfällen eingesammelt und verbrannt werden. Zur Umsetzung in nationales Recht der obgenannten Entscheidung mussten sowohl die Frischfleisch-Hygieneverordnung als auch die Fleischuntersuchungsverordnung geändert werden. Ebenso erfolgte eine Änderung der Verordnung des Landeshauptmannes über die Einsammlung, Abfuhr und Beseitigung tierischer Abfälle. Seitens der

Abteilung Landesveterinärdirektion wurden entsprechende Informationsveranstaltungen abgehalten.

Geflügelhygieneverordnung, BGBl.Nr. 243/2000

Als wesentliche Änderungen der "neuen" mit 01. 08. 2000 in Kraft getretenen Geflügelhygieneverordnung gegenüber der "alten" Verordnung muss die Tatsache angesehen werden, dass es sich nicht nur um eine Verordnung nach dem Fleischuntersuchungsgesetz, sondern auch um eine Verordnung nach dem Tiergesundheitsgesetz handelt. In Hinkunft werden salmonellenpositive Elterntierherden entschädigt.

Fortbildungsveranstaltung für Fleischuntersuchungsorgane

Am 25. und 26. 09. 2000 wurden für die Fleischuntersuchungsorgane am Grillhof in Vill Fortbildungsveranstaltungen abgehalten.

EU-Kommissionsbesuch

Im Oktober 2000 wurde in Tirol seitens einer EU-Kommission eine Kontrolle bezüglich der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften der Wildfleisch-Verordnung durchgeführt.

Tierschutz

Als Schwerpunkt den Tierschutz betreffend, darf die Durchführung von Tiertransportkontrollen an der Mautstelle Schönberg in Zusammenarbeit mit der Gendarmerie angesehen werden. Im Zuge der obgenannten Kontrollen konnten vor allem Mängel die Begleitdokumente betreffend festgestellt werden.

Ausblick auf das Jahr 2001

Das Jahr 2001 wird einerseits vom Vollzug des "neuen" BSE-Überwachungsprogrammes, andererseits vom Aufbau eines Tiergesundheitsüberwachungsdienstes geprägt sein.

4.2.4 Milchwirtschaft

Milchmenge

Die Bundesanstalt Statistik Österreich weist 1999 für Tirol eine Gesamtproduktionsmenge von 371,2 Mio. t (1998: 362,7 Mio. t), das sind 11,08 % der österreichischen Milchproduktion, aus. Davon wurden rund 254.181 t an Be- und Verarbeitungsbetriebe angeliefert. Der Rest entfällt auf den Milchkonsum auf den Betrieben und auf die Verwendung der Milch zur Verfütterung.

Milchreferenzmengen

Im Zwölf-Monatszeitraum 1999/2000 (1.4. bis 31.3.) verfügten in Tirol 10.169 Milchlieferanten über eine Gesamtquote von 296.830 t. Darin enthalten sind 31.130 t D-Quoten zum direkten Verkauf von Milch.

Erzeugermilchpreis

Bereits vor dem EU-Beitritt wurde die Preisregelung für die Erzeugermilchpreise gelockert, seit dem Beitritt ergibt sich der Milchpreis aus dem wirtschaftlichen Erfolg der Be- und Verarbeitungsunternehmen. Die Be- und Verarbeitungsbetriebe haben unterschiedliche Preiskalkulationen und Zuschlagssysteme, ein objektiver Preisvergleich ist daher kaum möglich. Laut Angaben der Statistik Austria lag der durchschnittliche Milchpreis in Tirol im Jahr 2000 bei S 4,16 (€ 0,30) je kg Milch bei 4,1 % Fett und 3,3 % Eiweiß (netto ohne MwSt).

4.3 Die Preis-Kosten-Entwicklung

Die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft ist sowohl von deren vorgelagerten Bereichen (Zukaufpreise für Betriebsmittel) als auch von deren nachgelagerten Bereichen (Verkaufspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse) abhängig. Dabei zeichnet sich ein verstärkter Trend hin zu einer Konzentration von wenigen Anbietern bzw. Nachfragern ab, was eine zunehmende Abhängigkeit der Landwirte mit sich bringt.

Preisentwicklung für die landwirtschaftlichen Betriebseinnahmen (Basisjahr 1986)

Einnahmen	Jahresdurchschnitt				
	1994	1996	1998	1999	2000
Feldbauerzeugnisse	94,3	57,6	54,9	54,7	57,3
Gemüsebauerzeugnisse	143,2	93,2	107,2	99,0	99,7
Obstbauerzeugnisse	124,1	121,3	122,3	139,9	121,7
Index pflanzlicher Produkte	100,6	73,3	73,1	73,5	74,6
Rinderverkauf	101,3	74,6	79,4	77,7	79,7
Schlachtrinder	99,3	72,9	77,9	75,9	77,9
Zuchtkalbinnen	111,4	84,1	85,8	86,9	88,2
Milch	122,5	83,8	86,2	86,0	86,0
Schweine	96,5	88,0	67,7	61,4	78,5
Geflügel und Eier	94,5	84,4	77,1	76,8	81,5
Index tierischer Produkte	105,3	82,3	77,2	74,4	81,2
Index landw. Erzeugnisse	104,2	80,2	76,3	74,1	79,6
Index forstw. Erzeugnisse	91,1	87,4	98,4	99,4	94,0
Index land- und forstw. Erzeugnisse	103,7	80,5	77,2	75,3	80,2

Quelle: LBG - Landwirtschaftlicher Paritätsspiegel

Im Schweinesektor haben sich die massiven Preisrückgänge des Jahres 1998 im Jahr 1999 weiter fortgesetzt. Der Jahresindex 2000 stieg dann wieder auf 78,5 Punkte an und eine Vorausschau auf den Monatswert Jänner 2001 zeigt einen weiteren Anstieg auf das Niveau des Jahresdurchschnitts von 1996. Dieser Anstieg ist durch Auslösung der BSE-Krise und der damit verbundenen verstärkten Nachfrage nach Schweinefleisch bedingt.

Im Rinderbereich lag der Jahresindex der Betriebseinnahmen der Jahre 1999 und 2000 durchwegs im selben Bereich wie im Jahr 1998. Die Auswirkungen der BSE-Krise kommen erst im Monatswert Jänner 2001 deutlich zu Ausdruck, wo der Indexwert gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2000 von 79,7 auf 67,6 Punkte absinkt.

Die hohen Preise bei den Gemüseerzeugnissen im Jahr 1998 sind in den Jahren 1999 und 2000 wieder deutlich zurückgegangen und befinden sich damit wieder annähernd auf dem Niveau von 1986. Ebenso sind die Preise für Obstbauerzeugnisse nach einer Steigerung im Jahr 1999 im Jahr 2000 wieder auf das Niveau der Jahre 1994 bis 1998 abgesunken.

Preisentwicklung für landwirtschaftliche Betriebsmittel und Löhne (Basisjahr 1986)

Ausgaben	Jahresdurchschnitt				
	1994	1996	1998	1999	2000
Saatgut	113,3	110,6	113,1	110,7	109,4
Futtermittel	86,6	75,8	68,8	63,6	72,8
Kosten der Tierhaltung	107,0	111,5	117,2	117,8	117,6
Energiekosten	103,4	113,6	113,2	113,9	126,9
Gebäudeerhaltung	139,3	146,2	152,9	155,8	158,1
Geräteerhaltung	127,1	134,6	138,4	140,5	146,2
Baukosten	134,6	140,1	143,5	144,8	146,2
Maschinenkosten	124,3	129,5	133,3	134,8	137,0
Betriebsausgaben	102,5	97,3	95,4	93,8	100,8
Investitionsausgaben	129,3	134,6	138,2	139,6	141,4
Fremdlöhne	136,8	145,1	150,8	153,4	156,1
Gesamtausgaben	110,9	109,1	108,9	108,2	113,6

Quelle: LBG - Landwirtschaftlicher Paritätsspiegel

Nachdem in den Jahren 1994 bis 1999 mehr oder weniger unveränderte Indizes bei den Gesamtausgaben zu verzeichnen waren, steigt dieser Index im Jahr 2000 auf 113,6 Punkte an.

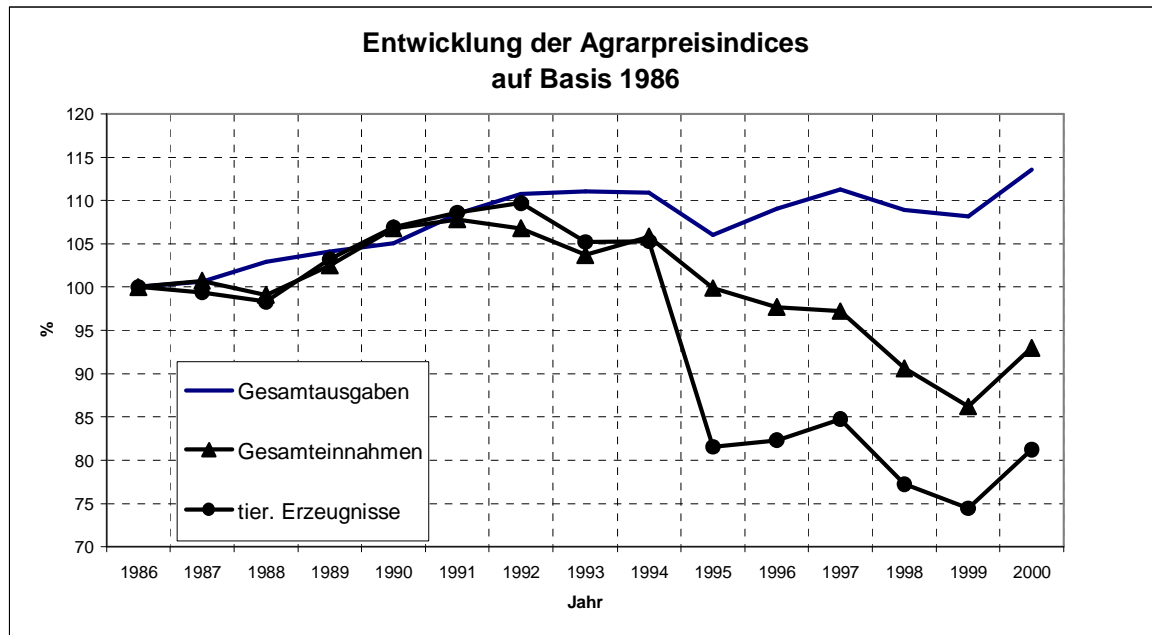
Bei den Kosten der Betriebsmittel in den Bereichen Futtermittel und Energie ergaben sich sehr deutliche Steigerungen. Aber auch in den Bereichen Gebäudeerhaltung, Geräteerhaltung und Maschinenkosten zeigen sich Steigerungen bei den Kosten. Die Kosten in den Bereichen Saatgut und Tierhaltung sind im Beobachtungszeitraum leicht rückgängig bzw. gleichbleibend.

Preis-Kosten-Vergleich

Index	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Gesamtausgaben	110,9	106,0	109,1	111,3	108,9	108,2	113,6
Gesamteinnahmen	105,8	99,9	97,9	97,2	90,6	86,2	93,0
Indextdifferenz	- 5,1	- 6,1	- 11,2	- 14,1	- 18,3	- 22,0	- 20,6

Quelle: LBG - Landwirtschaftlicher Paritätsspiegel

Der Index für die Gesamtausgaben ist im Vergleich zu den Jahren 1994 bis 1999 im Jahr 2000 deutlich auf 113,6 Punkte angestiegen. Nach einem deutlichen Rückgang der Indexpunkte für die Gesamteinnahmen in den Jahren 1998 und 1999, war im Jahr 2000 ein Anstieg auf 93 Indexpunkte zu verzeichnen, was nach einem langjährigen Anstieg der negativen Indexdifferenz erstmals wieder einen leichten Rückgang der Indexdifferenz auf minus 20,6 Indexpunkte bewirkte.

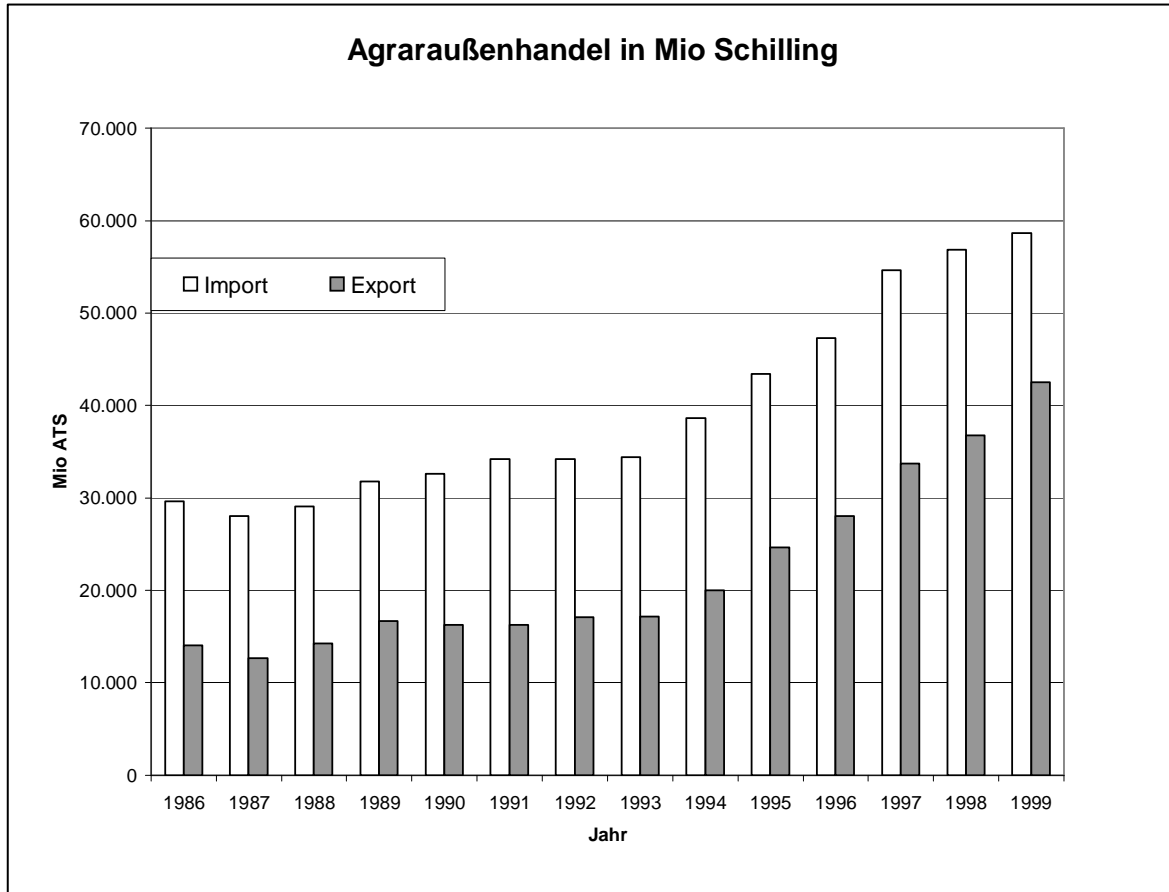


4.4 Der österreichische Außenhandel mit Agrarprodukten

Der österreichische Außenhandel mit agrarischen Produkten zeigt seit der Integration in den europäischen Binnenmarkt eine deutlich steigende Tendenz.

Der Anteil der **Agrarexporte** in die EU betrug vor dem EU-Beitritt 46 % und hat sich im Jahr 1999 auf 71 % erhöht. Insgesamt wurden 1999 Agrarprodukte im Wert von fast S 43 Mrd. (€ 3,13 Mrd.) exportiert, was einer Steigerung gegenüber dem Jahr 1998 von 16% entspricht. Die Hauptabnahmeländer waren wie in den Vorjahren Deutschland (S 14,5 Mrd. (€ 1,05 Mrd.) und Italien (S 8,7 Mrd. (€ 0,63 Mrd.)).

Die **Importe von Agrarerzeugnissen** nahmen 1999 gegenüber dem Vorjahr um 3 % oder S 2 Mrd. auf fast S 59 Mrd. (€ 4,29 Mrd.) zu. Davon stammen Waren im Wert von S 22,8 Mrd. (€ 1,66 Mrd.) aus Deutschland, S 6,7 Mrd. (€ 0,49 Mrd.) aus Italien und S 6,1 Mrd. (€ 0,44 Mrd.) aus den Niederlanden. Die Bilanz ist somit mit minus S 16 Mrd. (€ 1,16 Mrd.) (1998: - S 20 Mrd.) negativ. Insgesamt stammen 77,1 % aller Agrarimporte Österreichs aus Mitgliedstaaten der EU.



Die wichtigsten Exportprodukte sind Milch und Milcherzeugnisse, Fleisch und Fleischwaren sowie Getreide, Zucker, Obst, Gemüse und Getränke. Importseitig dominieren Produkte, die aus klimatischen Gründen in Österreich nicht oder nur zeitweise verfügbar sind wie z.B. Obst, Gemüse oder Südfrüchte und Getreidezubereitungen.

Beim Außenhandel mit Holz stehen Exporte im Wert von S 30,6 Mrd. (€ 2,22 Mrd.), das ist eine Steigerung gegenüber 1998 um 16,2 %, (vornehmlich nach Deutschland, Tschechien, Slowakei und Ungarn) Importen im Wert von S 18,7 Mrd. (€ 1,36 Mrd.) (vornehmlich Schnittholz aus Italien und Deutschland) gegenüber. Die Importe von Holz sind von 1998 auf 1999 um 18,9 % angestiegen.

4.5 Die wirtschaftliche Lage der Tiroler Forstwirtschaft 1999 und 2000

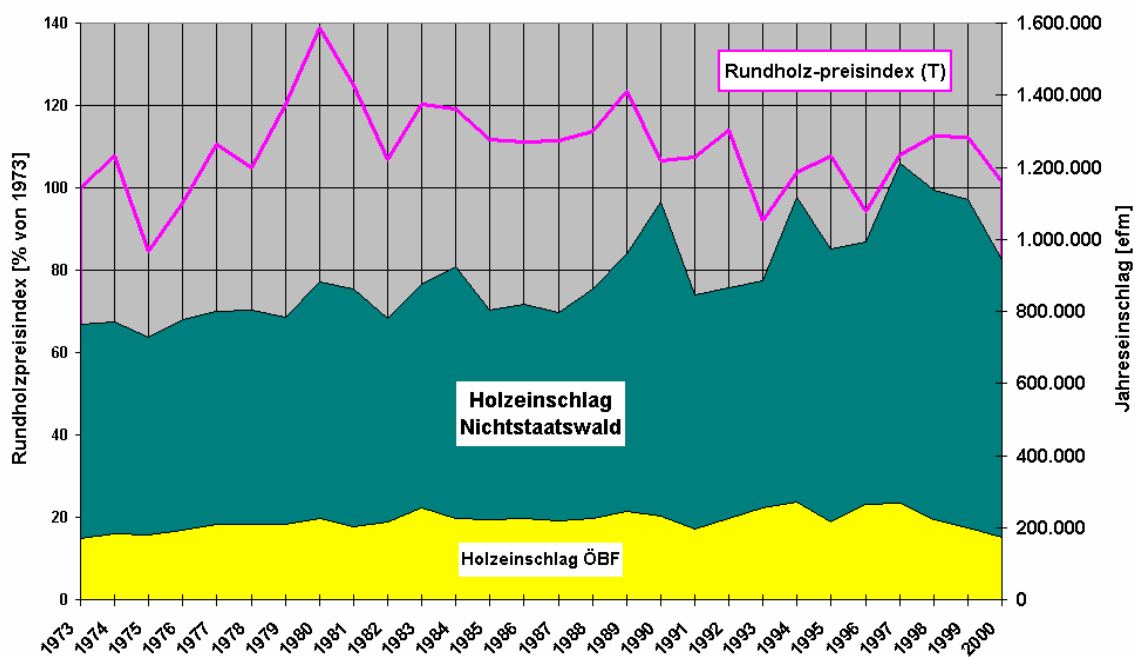
Der Tiroler Wald erbringt sowohl für seine Eigentümer als auch für die gesamte Bevölkerung wertvolle Leistungen. Der Wald ist Arbeitsplatz und Erwerbsquelle, bietet eine umweltgerechte Rohstoffversorgung, Schutz vor Naturgefahren und leistet einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität.

78% des Tiroler Waldes sind im Besitz meist kleiner bäuerlicher Waldbesitzer oder von Gemeinden und Gemeinschaften. Der Holzverkauf verbessert daher auch die Einkommensstruktur der besonders gefährdeten bergbäuerlichen Betriebe. Im Tiroler Nichtstaatswald wurde im Durchschnitt der letzten drei Jahre nur gut die Hälfte des Holzzuwachses genutzt, der jahrzehntelange Trend der Mindernutzung hat sich damit fortgesetzt.

Die Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Waldes kommen der gesamten Bevölkerung und den Tiroler Gästen zugute. Sie müssen für die nachfolgenden Generationen unbedingt erhalten bleiben. Diese landeskulturellen Wirkungen des Waldes können großteils erst dadurch erzielt oder zumindest verbessert werden, dass der Eigentümer seinen Wald nachhaltig bewirtschaftet.

4.5.1 Holzernte und Holzmarkt

Holzpreisbedingt ist der Einschlag sowohl im Nichtstaatswald wie bei den Österreichischen Bundesforsten stark zurückgenommen worden. Einzige Ausnahme bildet Osttirol, hier wurde bedingt durch Sturmschäden mehr Holz aus dem Wald gebracht.



Zusammenstellung Landesforstdirektion

Das Forstwirtschaftsjahr 2000 ist sehr maßgeblich durch die verheerenden Windwürfe Ende 1999 in Frankreich, Schweiz und BRD beeinflusst. Etwa 180 Mio. Festmeter Holz lagen am Boden. Der langfristige Trend zur Einschlagserhöhung wurde durch diese Sturmschäden irritiert und führte zu einem empfindlichen Holzpreisverfall.

1999 wurden im Tiroler Wald insgesamt 1.136.000 efm Holz genutzt, 2000 waren es 942.000 efm. Vom Gesamteinschlag entfielen im Jahr 2000 770.000 efm auf den Nichtstaatswald und 172.000 efm auf den Staatswald.

2000 wurden im Nichtstaatswald 224.000 efm, 1999 248.000 efm Rundholz gemeinsam verkauft, davon über 80% aus dem Gemeinschaftswald. Die gemeinsamen Holzverkäufe erbrachten 2000 einen Erlös von rd. S 164 Mio. (€ 11,9 Mio.) (1999 S 211 Mio., € 15,3 Mio.).

Der Holzpreis im Nichtstaatswald lag 2000 mit S 954-- /efm (€ 69,3, ohne MWSt.) für Blochholz B, Fichte ab Straße, deutlich unter dem Wert des Jahres 1999 mit S 1.167,-- /efm (€ 84,8).

Der Gesamtwert des Holzeinschlages aus dem Tiroler Wald betrug 2000 rd. S 650 Mio. (€ 47,2 Mio.; 1999 rd. S 810 Mio., € 58,9 Mio.). Gegenüber 1999 hat sich somit der Gesamtwert des Holzeinschlages um rd. 20% verringert.

4.5.2 Forstpflanzenerzeugung

Durch die Samenbank der Tiroler Landesforstgärten wird die Produktion an genetisch einwandfreien, den Tiroler klimatischen Verhältnissen angepassten Pflanzen möglich. Dies ist ein wesentlicher Beitrag zu naturnaher Waldwirtschaft und zum Naturschutz. Außerdem bieten die Landesforstgärten in strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze und vermehren zudem das bäuerliche Einkommen, indem Arbeiten an die örtlichen Maschinenringe vergeben werden.

Die Landesforstgärten produzierten 1999 2,038 Mio. Nadel- und 172.000 Laubholzpflanzen, im Jahr 2000 wurden 2,040 Mio. Nadelholz- und 155.000 Stück Laubholzpflanzen vermarktet.

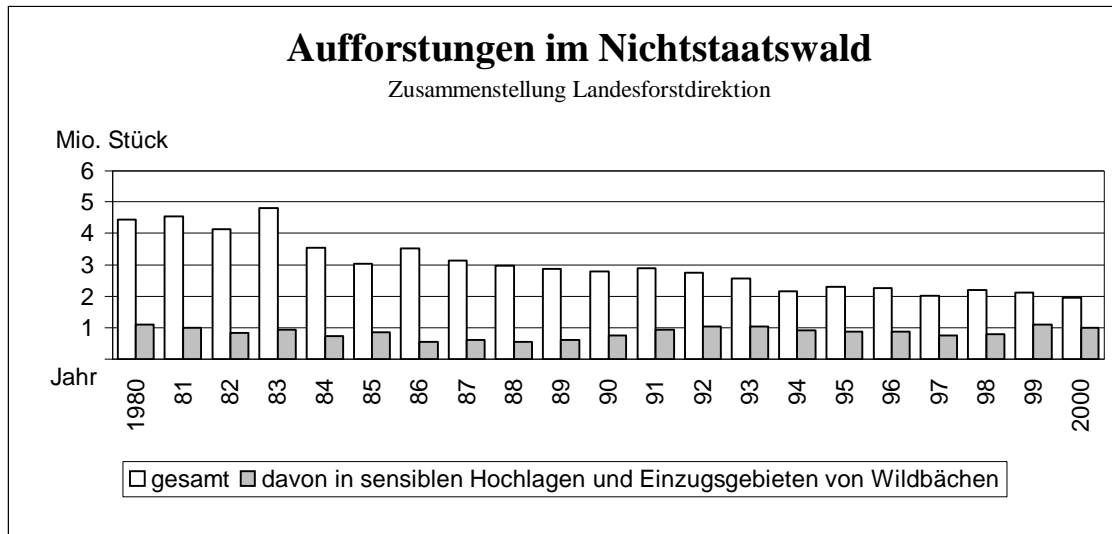
Der Bedarf an Laubholz- und Tannenpflanzen wird praktisch zur Gänze durch die Landesforstgärten abgedeckt.

In 20 überwiegend in agrargemeinschaftlichem Besitz befindlichen Forstgärten wurden 1999 auf einer Anbaufläche von ca. 4,32 ha 629.000 Nadelholzpflanzen, im Jahr 2000 auf einer Fläche von ca. 3,79 ha 447.000 Nadelholzpflanzen produziert.

4.5.3 Waldbauliche Maßnahmen

Im Tiroler Nichtstaatswald wurden 1999 über 2,1 Mio., im Jahr 2000 knapp 2 Mio. Forstpflanzen aufgeforstet. Davon wurden über 50% im Rahmen von Projekten in besonders sensiblen Bereichen angepflanzt (in Hochlagen und Einzugsgebieten von Wildbächen). Die tendenzielle Abnahme der Aufforstungen belegt den Trend zur Naturverjüngung.

1999 wurden knapp 3.000 ha Wald gepflegt, im Jahr 2000 rd. 2.500 ha. Davon wurden 1999 1.700 ha gefördert, 2000 rd. 1.200 ha.



Für die Entwicklung stabiler naturnaher Waldbestände ist die Pflege der Jungbestände überaus wichtig. Im Tiroler Nichtstaatswald wurden 1998 3.140 ha Jungbestände gepflegt.

4.5.4 Forstplanung-Waldwirtschaft

Eine nachhaltige zielorientierte Waldbewirtschaftung gelingt in größeren Waldbesitzungen dann gut, wenn die Vorrats- und Zuwachsverhältnisse der Waldbestände sowie die Besitzverhältnisse bekannt sind.

In Tirol gibt es rd. 450 Forstbetriebe über 50 ha Waldfläche, für die ein Wirtschaftsplan als Grundlage zur nachhaltigen Bewirtschaftung per Gesetz zwingend vorgeschrieben ist (Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1978, §§ 66 und 67). Die einzelnen Bewirtschaftungsmaßnahmen werden unter Berücksichtigung aller ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkte erarbeitet.

Mit der Erstellung des 20 Jahre gültigen Wirtschaftsplanes ist auch die eventuell notwendige Klärung der Besitzverhältnisse verbunden. Die Holzauszeige der örtlichen Forstorgane und damit die Nutzung und rechtzeitige Verjüngung des Waldes entlang von Eigentumsgrenzen unterbleiben, wenn diese Grenzen nicht in der Natur eindeutig bekannt und anerkannt sind.

In den Jahren 1999 und 2000 wurden auf rd. 6.000 ha 9 Detailoperare bearbeitet.

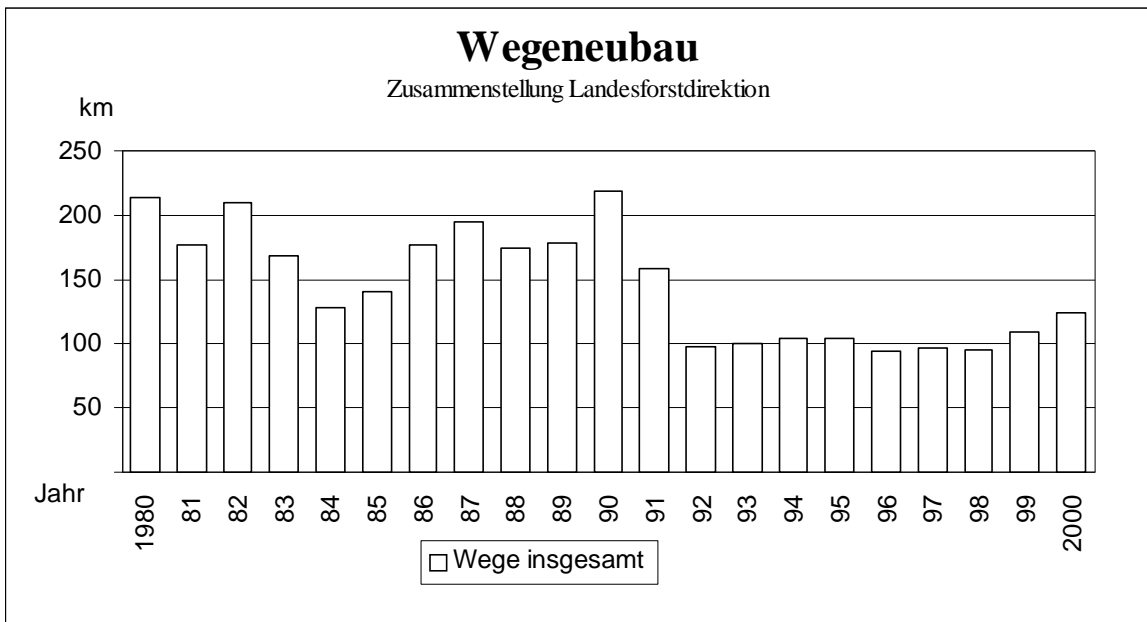
Die Erhebung der Waldwirtschaftspläne kostete die Waldbesitzer rd. S 610.000,- (rd. € 44.000), davon wurden rd. 27% gefördert.

Schwerpunkt der Abteilung Forstplanung waren in den vergangenen Jahren die Waldentwicklungsplanung sowie die Abgrenzung der Waldkategorien und die Entwicklung und Einführung der Walddatenbank mit der Möglichkeit der elektronischen Erfassung und Verwaltung der Holzabmaße. Arbeiten im Bereich Waldwirtschaftsplanung werden zukünftig vermehrt ausgelagert, sobald geeignete Rahmenbedingungen geschaffen sind.

4.5.5 Forstliches Bringungswesen

Forstwege dienen dem Abtransport des Rohstoffes Holz und sichern die zeit- und kostensparende Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes Wald. Erst eine ausreichende Ausstattung mit Forstwegen ermöglicht eine naturnahe und kleinflächige Waldbewirtschaftung, Waldpflege und Forstschutz.

Neben dem Wegeneubau wird dem Umbau bestehender alter Wege, aktuellen Anforderungen entsprechend, vermehrt Augenmerk geschenkt. In Tirol wurden 1999 und 2000 insgesamt 178,0 km geförderte Waldwege neu errichtet und 70,9 km umgebaut. Der heute praktizierte Wegeneubau führt zu einer Erschließung mit Waldwegen, die sich harmonisch in die Landschaft einfügen und Rücksicht nehmen auf die Anliegen des Naturschutzes.



Für eine wald- und landschaftsschonende Holzbringung bietet die Seillieferung entscheidende Vorteile. Grundvoraussetzung für einen arbeitstechnisch und gesamtökonomisch sinnvollen Seilkraneinsatz ist jedoch die Erschließung der Wälder mit einem Grundwegenetz. Der Anteil der Seillieferung betrug in den Berichtsjahren im Tiroler Nichtstaatswald wie in den Jahren zuvor rd. ein Drittel.

WEGEBAU 1999 und 2000	WEGLÄNGE		GESAMTKOSTEN Mio. S (€)
	km		
mit forstlichen Mitteln gefördert (VO 2080/92 und Normalwegneubau programm)	1999	Neubau 49,4 Umbau 13,6	27,5 (2,00)
	2000	Neubau 44,4 Umbau 41,1	34,0 (2,47)
Wege in Schutzwaldverbesserungsprojekten	1999	Neubau 18,9 Umbau 10,7	15,8 (1,15)
	2000	Neubau 31,7 Umbau 5,5	21,1 (1,53)
Wege im Rahmen von 5b-, Interreg- und Leaderprojekten	1999	Neubau 17,9	10,2 (0,74)
	2000	Neubau 15,7	9,7 (0,70)

Zusammenstellung Landesforstdirektion

Nur mit einem flächendeckenden Forstwegenetz ist es dem Waldbesitzer möglich, selbst wirtschaftlich mit eigenen Geräten zu arbeiten.

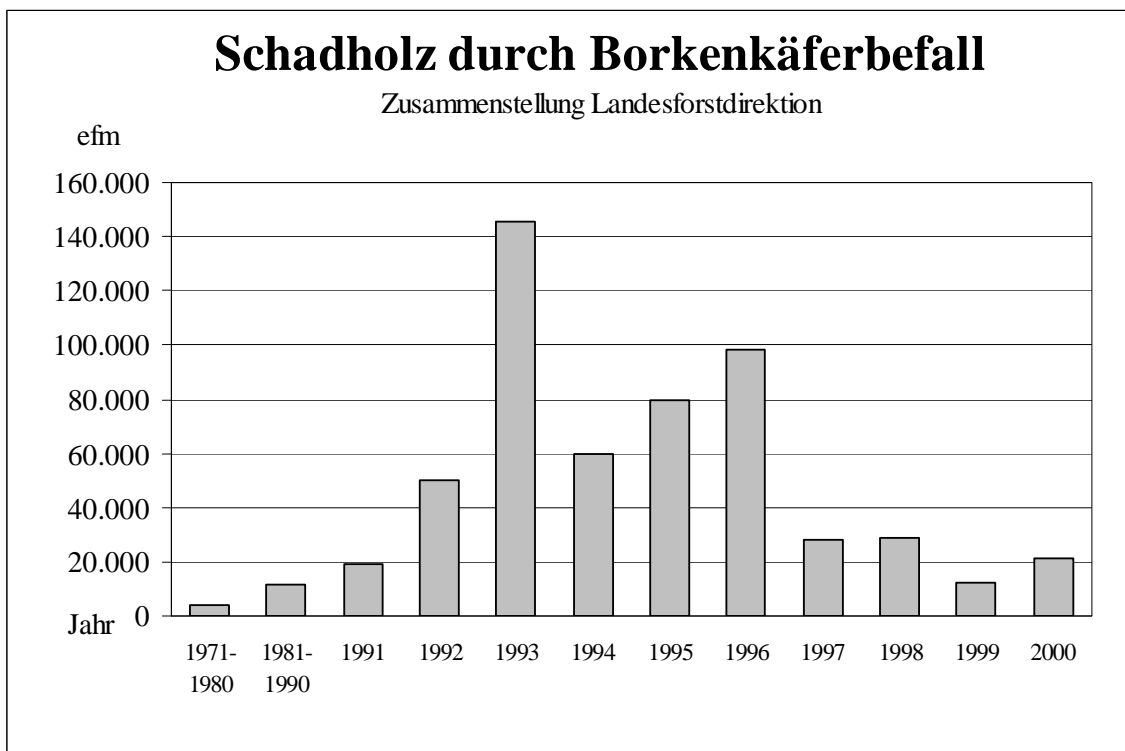
4.5.6 Waldschäden

Die Bewertung des Waldzustandes und die Immissionsmessungen sind im detaillierten Bericht an den Tiroler Landtag 2001, "Zustand der Tiroler Wälder", dargelegt.

Im Jahr 1999 sind insgesamt 176.000 fm Schadholz angefallen, im Jahr 2000 379.000 fm. Das entspricht rd. 14% bzw. 40% des Gesamteinschlages in Tirol. Das Schadholzaufkommen hat somit stark zugenommen.

Im Jahr 2000 haben die Borkenkäferschäden wieder zugenommen. Die Schadholzmenge betrug landesweit im Privat- und Gemeinschaftswald 21.000 fm (1999 12.200 fm). Damit hat sich die Menge der durch Borkenkäfer abgetöteten Bäume gegenüber dem Jahr 1999 um rd. 70% erhöht, im Jahr 2001 wird daher auf die weitere Entwicklung besonders zu achten sein.

Landesweit macht im Jahr 2000 das Käferholz einen Anteil von rd. 3% am Gesamteinschlag und 7% am gesamten Schadholz aus. Das meiste Schadholz durch Borkenkäfer ist im Bezirk Landeck zu verzeichnen, wo insgesamt Bäume im Ausmaß von rd. 6.400 fm abgetötet wurden.



Im Jahr 2000 lagen 37 Gutachten über eine flächenhafte Gefährdung des forstlichen Bewuchses durch Schalenwild vor (1999 33 Gutachten). Die erfasste Waldfläche beträgt 870 ha (1999 344 ha). Weiters wurden im Jahr 1999 in 25 Revieren auf einer Fläche von 1.347 ha waldgefährdende Wildschäden gemeldet, ohne dass dort bereits eine flächenhafte Gefährdung festgestellt wurde. Im Jahr 2000 meldeten die Bezirksforstinspektionen auf 2.242 ha Waldfläche in 62 verschiedenen Revieren starke Wildschäden, die als waldgefährdend im Sinne des Tiroler Jagd-

gesetzes zu bezeichnen sind. Gegenüber dem Jahr 1999 hat somit die Anzahl von Gutachten und die als geschädigt gemeldete Waldfläche deutlich zugenommen.

4.5.7 Schutzwaldverbesserung und Hochlagenaufforstung in Tirol

Der Verlust der schützenden Wirkung des Bergwaldes wäre gleichbedeutend mit der Zerstörung des Lebens- und Wirtschaftsraumes in den Tälern.

Der Zustand des Tiroler Schutzwaldes ist aufgrund seines Verjüngungsdefizites (siehe „Bericht an den Tiroler Landtag 2001“), instabiler Bestandesstrukturen und schadstoffbedingter Schwächung stark verbesserungsbedürftig, rd. 77.000 ha des Tiroler Schutzwaldes sind dringend sanierungsbedürftig (Landesschutzwaldkonzept 2000).

Im Jahr 1999 wurden für Verbesserungsmaßnahmen bei einem Gesamtaufwand von S 87,8 Mio. (€ 6,38 Mio.) rd. S 63,3 Mio. (€ 4,60 Mio.) an Beihilfen bereitgestellt. Im Jahr 2000 waren dies S 88,8 Mio. (€ 6,45 Mio.) an Gesamtaufwendungen bzw. S 65,4 Mio. (€ 4,75 Mio.) an Beihilfen.

Die Tiroler Waldbesitzer leisteten mit ihren Eigenleistungen im Ausmaß von S 24,5 Mio. (€ 1,78 Mio.) im Jahr 1999 bzw. mit S 23,4 Mio. (€ 1,70 Mio.) im Jahr 2000 einen beachtlichen Beitrag zur Verbesserung des Tiroler Schutzwaldes.

Förderungsmittel 1999 und 2000 im Landesforstdienst (in S und €)								
	Bund und EU				Land Tirol			
	1999		2000		1999		2000	
	Schilling	€	Schilling	€	Schilling	€	Schilling	€
Forstaufschließung	11.285.250,--	820.131,--	16.206.177,--	1.177.749,--	2.800.850,--	203.546,--	3.874.470,--	281.569,--
Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsanierung	19.190.950,--	1.394.661,--	18.707.459,--	1.359.524,--	10.726.219,--	779.505,--	8.915.382,--	647.906,--
Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsanierung (FWP)	23.959.409,--	1.741.198,--	25.238.916,--	1.834.184,--	7.556.987,--	549.188,--	7.927.399,--	576.107,--
Forstliche Strukturmaßnahmen	4.424.848,--	321.566,--	1.962.862,--	142.647,--	678.454,--	49.305,--	488.703,--	35.515,--
Maschinen und Geräte	---	---	1.083.600,--	78.748,--	---	---	270.900,--	19.687,--
Forstschutz	674.971,--	49.052,--	653.165,--	47.467,--	342.350,--	24.880,--	270.752,--	19.676,--
Forstliche Fortbildung	348.919,--	25.357,--	549.434,--	39.929,--	153.123,--	11.128,--	70.867,--	5.150,--
Neubewaldung	56.355,--	4.095,--	29.726,--	2.160,--	---	---	---	---
Landschaftsdienst	700.000,--	50.871,--	92.854,--	6.748,--	916.030,--	66.570,--	338.648,--	24.611,--
Mountainbike Modell Tirol	---	---	---	---	2.507.283,--	182.211,--	2.578.127,--	187.360,--
Verein Pro Holz	---	---	1.600.000,--	116.277,--	2.640.000,--	191.856,--	400.000,--	29.069,--
5b-, Interreg- und Leaderprojekte	16.882.420,--	1.226.893,--	12.621.987,--	917.276,--	4.217.580,--	306.503,--	3.939.643,--	286.305,--
Summen	77.523.122,--	5.633.825,--	78.746.180,--	5.722.708,--	32.538.876,--	2.364.692,--	29.074.891,--	2.112.955,--
Gesamtbudget (Bund, EU und Land)	110.061.998,--	7.998.517,--	107.821.071,--	7.835.663,--				

Zusammenstellung Landesforstdirektion

5. Die Einkommenslage in der Tiroler Landwirtschaft

Für die Darstellung der Einkommenslage werden in Tirol die Betriebe des bundesweiten Buchführungsnetzes verwendet, das durch einzelne im Auftrag des Landes betreute Betriebe verdichtet wird. 1999 standen insgesamt 169 (1998: 179) Betriebe in Tirol zur Analyse zur Verfügung. Die ausgewerteten Buchführungsergebnisse der Tiroler Buchführungsbetriebe für das Jahr 2000 stehen erst ab dem Spätsommer zur Verfügung.

Kennzahlen der Tiroler Buchführungsbetriebe 1998 und 1999

Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit wird im durchschnittlichen Standarddeckungsbeitrag ausgedrückt. Dieser entspricht den geldlichen Bruttoleistungen der einzelnen Betriebszweige abzüglich der variablen Spezialkosten und stellt damit jene Ertragskomponente dar, die zur Abdeckung der Fixkosten (z. B. Gebäudeerhaltung, Steuern, Abgaben, etc.) und zur Abdeckung des Lohnanspruches für die eingesetzte Arbeitsleistung dient.

Durchschnittliche Standarddeckungsbeiträge und Flächenanteile

	Jahr	Durchschnittl. Standarddeckungsbeitrag	Kulturfläche in ha	reduzierte landwirtschaftliche Nutzfläche in ha	Wald in ha
Talbetriebe	1998	284.040 (€ 20641,99)	40,84	13,81	11,35
	1999	279.590 (€ 20318,60)	42,78	14,0	10,70
Zone I	1998	242.650 (€ 17634,06)	44,88	15,42	13,15
	1999	244.160 (€ 17743,80)	43,67	15,02	12,37
Zone II	1998	231.030 (€ 16789,61)	58,62	15,05	16,39
	1999	232.040 (€ 16863,00)	59,83	15,38	16,95
Zone III	1998	196.590 (€ 14286,75)	56,65	13,33	18,47
	1999	205.600 (€ 14941,54)	56,45	13,38	18,12
Zone IV	1998	164.320 (€ 11941,60)	59,33	11,17	20,58
	1999	168.840 (€ 12270,08)	52,76	11,56	14,97
Tirol	1998	218.140 (€ 15852,85)	53,59	13,82	16,53
	1999	223.221 (€ 16222,10)	52,86	13,98	15,46
Österreich	1998	337.880 (€ 24554,70)	36,37	20,48	11,30
	1999	339.340 (€ 24660,80)	36,67	20,78	11,29

Die Tabelle zeigt, dass im Berggebiet je Betrieb mehr Kulturfläche als in den günstigeren Zonen oder im Bundesmittel vorhanden ist. Die Verringerung der Ertragsfähigkeit mit zunehmender Betriebserschwerung zeigt sich an der zunehmenden Differenz zwischen Kulturfläche und reduzierter landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die geringen Erträge sind durch das Klima (kürzere Vegetationszeit), die teilweise schlechteren Bodenverhältnisse (geringere nutzbare Bodenschicht) und die mangelnde Mechanisierbarkeit (keine Intensivkulturen) bedingt.

5.1 Unternehmensertrag

Der Unternehmensertrag besteht aus:

- den Betriebseinnahmen aus dem Verkauf der Wirtschaftserzeugnisse und Dienstleistungen (inklusive für landwirtschaftlichen Nebenbetrieb und Gästebeherbergung);
- den Geldwert der
 - Lieferungen und Leistungen des Betriebes an den Haushalt der Besitzerfamilie;

- Naturalleistungen an die familienfremden Arbeitskräfte;
- Lieferungen und Leistungen des Betriebes für längerdauernde Anlagen (z. B. Bauholz);
- den Veränderungen von Erzeugungsvorräten und dem Zuwachs an Viehbeständen (Mehrwerte);
- den mit der Bewirtschaftung in Zusammenhang stehenden Geldtransfers der öffentlichen Hand an die Betriebe (z. B. Bergbauernzuschuss, Bewirtschaftungsprämien, ...).

Mit dieser Definition ergibt sich gegenüber dem bis 1992 verwendeten "landwirtschaftlichen Rohertrag" ein wesentlich vollständigeres Bild von den Ertragsmöglichkeiten am Betrieb, da auch die sonstigen betrieblichen Einnahmen, die nicht unmittelbar aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit resultieren, erfasst werden. Auch die öffentlichen Gelder, die an die Bewirtschaftung des Betriebes gebunden sind, werden als Teil des Unternehmensertrages in den Berechnungen erfasst.

Unternehmensertrag je Betrieb und Gliederung nach Bodenerträge, Tierhaltung und Holz

	Unternehmensertrag in Schilling je Betrieb	Bodenerträge		Tierhaltung		Holz	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1998							
Talbetriebe	835.809	71.632	8,57%	385.037	46,07%	55.571	6,65%
Zone I	695.041	15.759	2,27%	318.315	45,80%	27.941	4,02%
Zone II	746.706	23.403	3,13%	276.694	37,06%	46.474	6,22%
Zone III	713.262	24.621	3,45%	245.885	34,47%	71.116	9,97%
Zone IV	486.655	6.199	1,27%	163.942	33,69%	34.884	7,17%
Tirol	696.556	25.401	3,65%	269.518	38,69%	50.084	7,19%
Österreich	865.137	206.520	23,87%	315.412	36,46%	47.206	5,46%
1999							
Talbetriebe	861.616	81.424	9,45%	370.664	43,02%	77.322	8,97%
Zone I	740.005	24.077	3,25%	324.913	43,91%	47.103	6,37%
Zone II	778.736	18.825	2,42%	278.929	35,82%	45.832	5,89%
Zone III	707.575	32.861	4,64%	240.184	33,94%	67.395	9,52%
Zone IV	530.153	5.849	1,10%	189.723	35,79%	24.114	4,55%
Tirol	726.051	30.420	4,19%	276.273	38,05%	53.865	7,42%
	€ 52.764	€ 2.211		€ 20.078		€ 3.915	
Österreich	861.082	205.680	23,8%	305.404	35,5%	49.768	5,8%

Die Unternehmenserträge sind im Vergleich zum Jahr 1998 lediglich in der Zone III geringfügig gesunken. In Landesschnitt sind die Unternehmenserträge 1999 um S 29.495,- (€ 2.144) bzw. 4,2 % höher als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist auf höhere Erträge in den Bereichen Bodenerträge, Tierhaltung und Forstwirtschaft zurückzuführen.

Die Erträge aus der Tierhaltung haben in Tirol relativ gesehen am Unternehmensertrag einen höheren Anteil als im Bundesmittel, was die große Bedeutung der Tierproduktion herausstreicht. Dem gegenüber werden die Erträge aus der Bodennutzung immer geringer. Die Erträge aus der Holznutzung und die sonstigen Erträge (Maschinenringarbeit, Gästebeherbergung, bäuerliches Handwerk, etc.) gleichen diese Erscheinung wieder etwas aus.

Die Unternehmenserträge nehmen mit zunehmender Betriebserschwerung ab und sinken in der Zone IV sehr stark und in der Zone III im Jahr 1999 sogar unter den Landesschnitt ab. In dieser Zone ist der Ertrag aus der Bodennutzung sehr gering, aber auch die Erträge aus der Tierhaltung

liegen deutlich unter jenen der Tallagen. Ausschlaggebend dafür sind niedrige oder fehlende Milchquoten und insgesamt die grundsätzlich extensivere Wirtschaftsweise der Bergbauernbetriebe.

Die Erträge aus der Forstwirtschaft liegen prozentuell zwar über dem Bundesdurchschnitt, sind aber als eher niedrig zu bezeichnen. Trotzdem stellt der Wald für den Einzelbetrieb eine wichtige Finanzreserve dar, welcher große Bedeutung beigemessen werden muss.

Veränderungen des Unternehmensertrages gegenüber 1995

Aufgrund der Umstellung des Auswertungssystems im Jahr 1992 und der damit verbundenen Einführung neuer Erfolgskennzahlen ist ein Vergleich über längere Perioden nicht möglich. Zusätzlich ist durch das "neue" Preisgefüge seit dem EU-Beitritt ein direkter Vergleich mit Ergebnissen vor dem Beitritt problematisch.

Unternehmensertrag je Betrieb - Vergleich zu 1995 und zu Talbetrieben

	Unternehmensertrag in Schilling je Betrieb		Veränderung gegenüber 1995		Vergleich zu den Talbetrieben	
	1998	1999	1998	1999	1998	1999
Talbetriebe	835.809	861.616	- 12 %	- 9 %	100%	100%
Zone I	695.041	740.005	+ 5 %	+ 12 %	83%	86%
Zone II	746.706	778.736	+ 23 %	+ 29 %	89%	90%
Zone III	713.262	707.575	+ 14 %	+ 13 %	85%	82%
Zone IV	486.655	530.153	+ 2 %	+ 11%	58%	62%
Tirol	696.556	726.051	+ 10 %	+ 10 %	83%	84%
	(€ 50.620)	(€ 52.764)				
Österreich	865.137	861.082	+ 4 %	+ 3%	104%	100%

Seit dem EU-Beitritt sind die Unternehmenserträge im Durchschnitt der Tiroler Buchführungsbetriebe um 10 % angewachsen. Auch diese Statistik zeigt deutlich, dass die produktionsintensiveren Talbetriebe vom Rückgang der degressiven Preisausgleiche am stärksten betroffen sind. Die Zuwächse sind grundsätzlich durch direkte Einkommenstransfers, wie etwa der verbesserten Ausnützung des ÖPUL, bedingt.

Die Unternehmenserträge der Betriebe in den Zonen I, II und III nähern sich immer mehr jenen der Betriebe in den Tallagen an. In der Zone IV ist trotz dieser Transferzahlungen der Unternehmensertrag auf Grund der großen natürlichen Nachteile deutlich am geringsten.

5.2 Unternehmensaufwand

Der Unternehmensaufwand ist der zur Erzielung des Unternehmensertrages aufgewendete Wert an Arbeit und Sachgütern. Er setzt sich zusammen aus:

- Kosten für fremde Arbeitskräfte (Barlohn, Sozialversicherung, Verpflegung u. Deputate);
- den sonstigen Ausgaben für den sachlichen Betriebsaufwand (Saatgut, Düngemittel, Futtermittel, Treibstoffe, Reparaturkosten, ...) inklusive Aufwand für landwirtschaftlichen Nebenbetrieb und Gästebeherbergung;
- den Schuld-, Pachtzinsen und Ausgedingelasten;

- den Veränderungen von Zukaufsvorräten (Mehr- oder Minderwerte) und Vieh (Minderwerte) und der wertmäßigen Absetzung für Abnutzung (Afa, Abschreibung).

Unternehmensaufwand je Betrieb - Vergleich zu 1995

	Unternehmensaufwand				davon variabler Betriebsaufwand			
	in S je Betrieb		in % von 1995		1998		1999	
	1998	1999	1998	1999	absolut	in %	absolut	in %
Talbetriebe	553.989	542.164	102%	100%	223.073	40%	217.644	40%
Zone I	469.539	465.710	122%	121%	174.616	37%	176.996	38%
Zone II	481.691	501.235	132%	137%	160.072	33%	164.920	33%
Zone III	429.187	451.134	119%	125%	143.178	33%	150.993	33%
Zone IV	296.073	335.969	115%	131%	102.675	35%	121.218	36%
Tirol	442.421	461.857	120%	126%	155.751	35%	163.328	35%
	(€ 32.152)	(€ 33.564)			(€ 11.319)		(€ 11.870)	
Österreich	600.147	606.278	113%	115%	272.384	45%	270.743	45%

Im Durchschnitt der Tiroler Buchführungsbetriebe ist der Unternehmensaufwand zwischen 1995 und 1999 um 26 % angestiegen, gegenüber dem Vorjahr um + 4,4 %. Der Trend hin zu Investitionen (Steigerungen bei der aufwandswirksamen Afa) und vermehrten variablen Betriebsaufwendungen hat auch im Jahr 1999 angehalten, war aber nicht mehr so ausgeprägt wie in den Vorjahren.

Die Berglandwirtschaft in Tirol hat wesentlich weniger Aufwendungen als der Durchschnitt der österreichischen Buchführungsbetriebe. Der variable Betriebsaufwand in den Erschwerniszonen III und IV ist deutlich geringer als in den günstigeren Lagen, was unter anderem auch auf die geringeren Produktionsintensitäten zurückzuführen ist.

5.3 Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft je Familienarbeitskraft

Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft umfassen den Betrag, der dem Betriebsleiter und den mithelfenden nicht entlohnten Familienangehörigen als Entgelt für die Arbeitsleistung, die unternehmerische Tätigkeit und den Einsatz des Eigenkapitals zufließen, zuzüglich öffentlicher Zuschüsse und Einkünfte aus Nebenbetrieben und Gästebeherbergung.

Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft ergeben sich aus der Differenz zwischen Unternehmensertrag und Unternehmensaufwand.

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft je Familienarbeitskraft (FAK)

	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft in S/FAK		Veränderung	
	1998	1999	1997 zu 1998	1998 zu 1999
Talbetriebe	174.419	189.361	+ 24 %	+ 9 %
Zone I	153.613	177.301	- 3 %	+ 15 %
Zone II	152.591	155.946	+ 1 %	+ 2 %
Zone III	155.102	135.162	+ 6 %	- 13 %
Zone IV	106.704	102.740	- 6 %	- 4 %
Tirol	148.538	148.452	+ 4 %	0 %
	(€ 10.795)	(€ 10.788)		
Österreich	160.533	155.609	- 5 %	- 3%

FAK... (nicht entlohnte) familieneigene Arbeitskraft

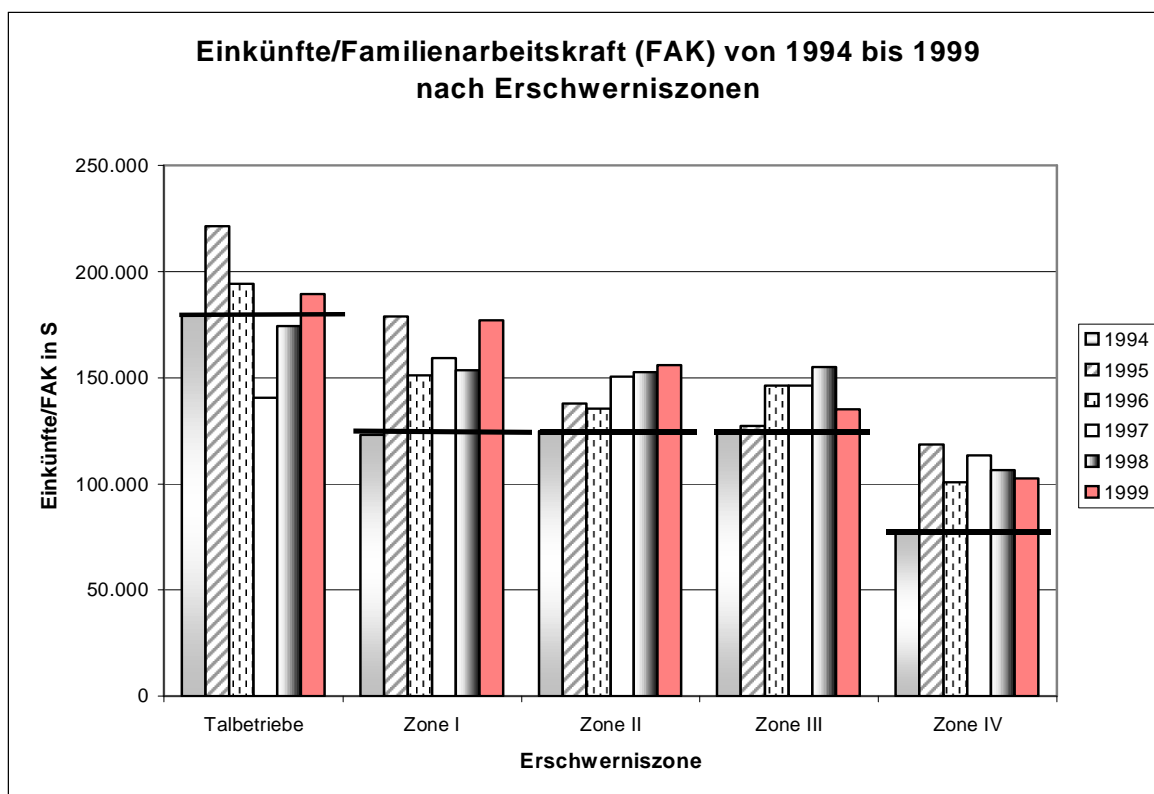
Die Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft je Familienarbeitskraft (FAK) sind 1999 gegenüber dem Vorjahr im Tiroler Durchschnitt unverändert geblieben. Anstiege waren bei den Talbetrieben und den Betrieben der Zonen I und II (nur sehr geringfügig) zu verzeichnen. Hingegen

mussten die Betriebe der Zonen III und IV Rückgänge bei den Einkünften aus der Land- und Forstwirtschaft je Familienarbeitskraft hinnehmen.

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft - Vergleich zu Talbetrieben

	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft		Vergleich zu Talbetrieben		Einkünfte je FAK in S/Monat	
	1998	1999	1998	1999	1998	1999
Talbetriebe	174.419	189.361	100%	100%	14.535	13.761
Zone I	153.613	177.301	88%	94%	12.801	12.885
Zone II	152.591	155.946	87%	82%	12.716	11.333
Zone III	155.102	135.162	89%	71%	12.925	9.823
Zone IV	106.704	102.740	61%	54%	8.892	7.466
Tirol	148.538	148.452	85%	78%	12.378	10.788
	(€ 10.795)	(€ 10.788)			(€ 899,54)	(€ 784,99)

Der letztjährige Trend der Annäherung der Einkünfte der Betriebe in den Erschwerniszonen an die Ergebnisse der Talbetriebe konnte im Jahr 1999 nur mehr in der Zone I festgestellt werden. Die Abstände der Einkünfte der Betriebe in den Zonen II bis IV zu den Talbetrieben haben sich 1999 wieder vergrößert.



Der Vergleich der Einkünfte je Familienarbeitskraft von 1994 bis 1999 nach Erschwerniszonen zeigt, dass in der Entwicklung der Einkommen über diese fünf Jahre ein deutlicher Unterschied zwischen den Talbetrieben und den Betrieben in den Erschwerniszonen besteht. Bei den Talbetrieben sind die im Zuge des EU - Beitrittes höheren Einkünfte in den beiden Folgejahren deutlich stärker zurückgegangen, als bei den Betrieben in den Erschwerniszonen. In den Jahren 1997 und 1998 lagen diese sogar unter dem Ausgangswert des Jahres 1994. Die Betriebe in den Erschwerniszonen konnten im Durchschnitt eine merkliche Verbesserung der Einkünfte je Familienarbeitskraft von 1994 erzielen.

5.4 Einkommensvergleich

Der Vergleich der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft mit den durchschnittlichen Einkommensverhältnissen der unselbständig Erwerbstätigen ist grundsätzlich schwierig, da er sich rein auf das monetäre Ergebnis bezieht. Dabei werden Werte wie Qualität des Arbeitsplatzes, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Gestaltungsmöglichkeiten im Arbeitsablauf, Eigenverantwortung und unternehmerisches Risiko, Ausmaß der sozialen Absicherung, etc. nicht berücksichtigt. Zusätzlich sind die Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen anderen steuer- und sozialrechtlichen Regelungen unterworfen.

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft je Familienarbeitskraft (FAK)

	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft in S je FAK		in % des Arbeitnehmerbruttoverdienstes	
	1998	1999	1998	1999
Talbetriebe	174.419	189.361	63%	67%
Zone I	153.613	177.301	56%	63%
Zone II	152.591	155.946	55%	55%
Zone III	155.102	135.162	56%	48%
Zone IV	106.704	102.740	39%	36%
Tirol	148.538	148.452	54%	52%
	(€ 10.795)	(€ 10.788)		

Aus der Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol ergibt sich für 1998 ein mittlerer Bruttoverdienst für alle Beschäftigten von S 23.015,--(€ 1.673) pro Monat (Jahresbruttoeinkommen von S 276.180,--(€ 20.071)) und für 1999 von S 23.602,--(€ 1.715) pro Monat (Jahresbruttoeinkommen von S 283.224,--(€ 20.583)).

Im Jahr 1999 hat sich der Abstand des landwirtschaftlichen Einkommens (bzw. der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft) zu den Arbeitnehmerlöhnen nur geringfügig verändert und liegt somit im Schnitt der letzten drei Jahre. Bei den Talbetrieben und den Betrieben der Zone I hat sich zwar eine Verbesserung um 4 bzw. 7 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr ergeben, die Verluste seit dem EU-Beitritt können dadurch aber bei weitem nicht ausgeglichen werden. Im Durchschnitt der Tiroler Buchführungsergebnisse liegt das land- und forstwirtschaftliche Einkommen bei nur 52 % der Bruttolöhne im unselbständigen Bereich.

5.5 Einkommensergebnisse je Betrieb

Während die Einkünfte je Familienarbeitskraft eine Darstellung des "Arbeitsertrages" ergeben, sind die betriebsbezogenen Ergebnisse für die Beurteilung der Einkommenskomponenten von Interesse. Gerade mit dem Beitritt zur EU und mit der Gesamtausrichtung der europäischen Agrarpolitik sind deutliche Verschiebungen im Einkommensgefüge eingetreten, die die wirtschaftliche und gesellschaftliche Absicherung der Landwirtschaft in einen anderen Kontext stellen.

Mit den Einkünften je Betrieb muss der Unterhalt von mehr als einer Arbeitskraft, im klassischen Haupterwerbsbereich sogar von zwei Familien, bestritten werden. Dadurch wird die Höhe dieser Einkünfte relativiert.

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft je Betrieb und Familienarbeitskräfte je Betrieb

	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft in S je Betrieb		Familienarbeitskräfte je Betrieb	
	1998	1999	1998	1999
Talbetriebe	281.820	319.452	1,61	1,68
Zone I	225.502	274.295	1,46	1,54
Zone II	265.015	277.501	1,73	1,77
Zone III	284.075	256.441	1,83	1,89
Zone IV	190.582	194.184	1,78	1,89
Tirol	254.135	264.194	1,71	1,77
	(€ 18.469)	(€ 19.200)		

Die Familienarbeitskräfte werden als Summe der für die Land- und Forstwirtschaft eingesetzten Arbeitstage (270 Arbeitstage = 1 Arbeitskraft) ermittelt. Daraus ist ersichtlich, dass auch nicht ständig am Betrieb vorhandene Arbeitskräfte (z.B. Jungbauer mit Nebenerwerb) mit ihrer effektiven Einsatzzeit in der Landwirtschaft dem Betrieb zugerechnet werden. Beim Gesamteinkommen der Arbeitskräfte auf dem Betrieb müssen auch deren außerlandwirtschaftliche Einkünfte dazugerechnet werden.

5.6 Öffentliche Gelder

Öffentliche Gelder sind finanzielle Unterstützungen, die dem Betrieb seitens der EU, des Bundes, der Länder und der Gemeinden gewährt werden (z. B. Ausgleichszulage, Marktordnungsprämien, Prämien im Rahmen des ÖPUL, ...). Diese öffentlichen Gelder sind Einnahmen des Betriebes und stellen damit einen Teil des Unternehmensertrages dar.

Unternehmensertrag je Betrieb und öffentliche Gelder

	Unternehmensertrag in S je Betrieb		davon öffentliche Gelder			
	1998	1999	1998 absolut	1999 absolut	1998 in %	1999 in %
Talbetriebe	835.809	861.616	124.262	127.974	15%	15%
Zone I	695.041	740.005	141.423	137.553	20%	19%
Zone II	746.706	778.736	149.280	139.573	20%	18%
Zone III	713.262	707.575	164.265	142.095	23%	20%
Zone IV	486.655	530.153	159.585	176.671	33%	33%
Tirol	696.556	726.051	151.232	143.630	22%	20%
	(€ 50.620)	(€ 52.764)	(€ 10.990)	(€ 10.438)		
Österreich	865.137	861.082	178.872	166.032	21%	19%

Gemessen am Unternehmensertrag erhielten Tirols Buchführungsbetriebe 1999 mit S 143.630,-- (€ 10.438) rund 20 % öffentliche Gelder. Der Anteil der öffentlichen Gelder beträgt um 2 Prozentpunkte bzw. S 7.602,-- (€ 552,46) weniger als im Vorjahr. Darin sind sowohl die Marktordnungsprämien als auch die Ausgleichszulage und die Prämien im Rahmen des ÖPUL enthalten.

Im Bundesmittel sind die öffentlichen Gelder je Betrieb mit S 166.032,-- (€ 12.066) zwar absolut höher als in Tirol, der Anteil am Unternehmensertrag ist allerdings beinahe gleich (19 %). Während in Tirol schwerpunktmäßig die Ausgleichszulage und das ÖPUL wirken, profitieren die Ackerbauregionen stärker von der Marktordnungsprämien.

Entwicklung der öffentlichen Gelder im Durchschnitt der Buchführungsbetriebe

	1994	1995	1996	1997	1998	1999
1 Unternehmensertrag in S	559.415	632.327	643.458	685.431	696.556	726.051
2 Öffentliche Gelder in S	57.776	146.546	160.575	163.231	151.232	146.630
2 in % von 1	10%	23%	25%	24%	22%	20%

Durch die Übernahme der EU-Markordnung bzw. der EU-Agrarpolitik im Jahr 1995 kam es zu einem sprunghaften Anstieg der öffentlichen Gelder. Dieses System beruht stärker auf Ausgleichszahlungen (Marktordnungsprämien, Unterstützung von Umweltsleistungen,...) als das vor 1995 in Österreich praktizierte System. Der Unternehmensertrag ohne öffentliche Gelder (=Ertrag aus der Produktion) ist mit dem EU-Beitritt auf Grund der geringeren Produktpreise deutlich gesunken.

Im Berichtsjahr zeigt sich in Tirol ein deutlicher Rückgang bei den öffentlichen Geldern. Dies resultiert aus den immer kleiner werdenden degressiven Preisausgleichen, welche 1998 zum letzten Mal gewährt wurden, aus dem Wegfall der Sonderzahlungen für BSE und Hartwährungsausgleich und aus der Tatsache, dass bei den anderen Maßnahmen wie dem ÖPUL kaum noch Steigerungspotentiale bestehen. Zu den degressiven Preisausgleichen ist anzumerken, dass diese aufgrund der geringen Produktionspotentiale bereits 1995 nur einen geringeren Anteil an den gesamten öffentlichen Geldern darstellten.

5.7 Die Zusammensetzung des Gesamteinkommens je Betrieb

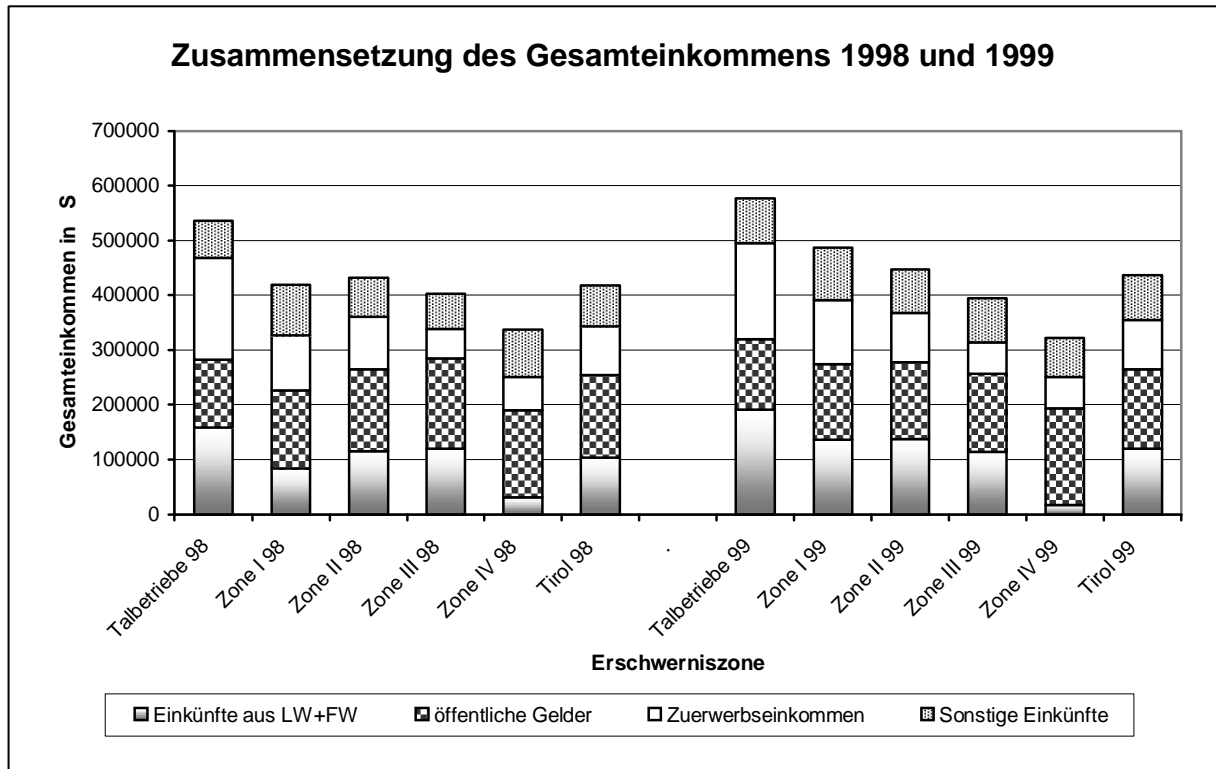
Das Gesamteinkommen entspricht der Summe von Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft und nicht landwirtschaftlichen Erwerbseinkommen (Gehälter, Löhne, Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit) sowie von Renten, Familienbeihilfen und sonstigen Sozialtransfers. Die Entwicklung beim Gesamteinkommen zeigt im Jahr 1999 eine leichte Zunahme im Durchschnitt der Buchführungsbetriebe.

Zusammensetzung des Gesamteinkommens in der Land- und Forstwirtschaft

	Jahr	Gesamteinkommen		davon		Zuerwerbseinkommen	sonstige Einkünfte
		absolut	Änderung gegenüber	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft			
			1995	gesamt	davon öff.Gelder		
Talbetriebe	1998	536.421	-9%	281.820	124.262	186.615	67.986
	1999	576.758	-2%	319.452	127.974	175.224	82.082
Zone I	1998	419.208	-11%	225.502	141.423	101.371	92.335
	1999	486.542	+3%	274.295	137.553	116.615	95.632
Zone II	1998	431.588	+3%	265.015	149.280	95.327	71.246
	1999	446.819	+6	277.501	139.573	89.850	79.468
Zone III	1998	403.805	+10%	284.075	164.265	54.307	65.423
	1999	402.510	+10%	256.441	142.095	57.775	79.504
Zone IV	1998	336.328	-9%	190.582	159.585	60.608	85.138
	1999	322.015	-13%	194.184	176.671	56.459	71.372
Tirol	1998	418.027	-1%	254.135	151.232	88.932	74.960
	1999	439.069	+4%	264.194	143.630	90.744	81.377
		(€ 31.908)		(€ 19.200)	(€ 10.438)	(€ 6.595)	(€ 5.914)
Österreich	1998	445.521	-7%	264.900	178.872	111.133	69.488
	1999	445.502	-7%	254.804	166.032	118.009	72.689

Gegenüber 1995 hat sich das Gesamteinkommen im Durchschnitt der Tiroler Buchführungsbetriebe um 4 % verbessert. Bedingt ist dies durch Zuwächse in den Zonen I, II und III. Den stärk-

ten Rückgang weisen die Betriebe der Erschwerniszone IV mit minus 13 % auf. Nach einem starken Rückgang im Jahr 1998 von minus 9 % ist bei den Talbetrieben das Gesamteinkommen mit minus 2 % im Jahr 1999 nur leicht rückgängig.



Aus der Abbildung ist ersichtlich, dass die Tiroler Buchführungsbetriebe den überwiegenden Einkommensanteil aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft einschließlich öffentlicher Gelder) erzielen. Die Betriebe der Tallagen verfügen über einen höheren außerlandwirtschaftlichen Zuerwerb als jene der Extremzonen. Günstige Arbeitsmöglichkeiten mit entsprechenden Arbeitszeiten in angemessener Entfernung dürften dazu beitragen.

Im Jahr 1999 hat bei den Talbetrieben hat das Zuerwerbseinkommen und den Betrieben der Zone IV haben das Zuerwerbseinkommen und die sonstigen Einkünfte auffallend stark abgenommen.

5.8 Vermögensrente

Die Vermögensrente stellt die Verzinsung des im Betrieb investierten Eigenkapitals dar; sie errechnet sich aus den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft abzüglich des Familienlohnes (Lohnansatz).

Vermögensrente je Betrieb

	Vermögensrente je Betrieb 1998	Vermögensrente je Betrieb 1999
Talbetriebe	- 73.980	- 54.628
Zone I	- 88.387	- 66.764
Zone II	- 91.940	- 98.278
Zone III	- 80.966	- 127.578
Zone IV	- 156.224	- 181.804
Tirol	- 95.869 (€ - 6.967)	- 108.051 (€ - 7.852)
Österreich	- 124.826	- 140.681

Für die Berechnung der Vermögensrente wird der Lohnansatz, differenziert nach Eignungs- bzw. Ausbildungsgrad für die landwirtschaftliche Tätigkeit, ermittelt und von den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft abgezogen. Im Durchschnitt ergibt sich dabei ein Bruttolohnansatz von S 256.500,- (€ 18.641) je Arbeitskraft und Jahr. Eine negative Vermögensrente drückt aus, dass bei angemessener Anrechnung des Lohnanspruches die Substanz des Betriebes angegriffen wird. In der Praxis bedeutet dies allerdings, dass keine angemessene Entlohnung der Arbeit möglich ist.

5.9 Die Verschuldung in der Landwirtschaft

Über den gesamten Fremdkapitaleinsatz in der Tiroler Landwirtschaft liegen keine statistischen Unterlagen vor, weshalb auf die Auswertung der Buchführungsbetriebe zurückgegriffen wird. Diese ist aber für die Beurteilung der Gesamtsituation nur bedingt geeignet, da die Buchführungsbetriebe auf Grund vorhandener Entscheidungsgrundlagen aus ihrer Buchführung bei der Aufnahme von Fremdkapital gewissenhafter handeln.

Schulden je Betrieb und Veränderung zum Vorjahr

	Schulden in S je Betrieb		Veränderung	
	1998	1999	1997 zu 1998	1998 zu 1999
Talbetriebe	432.736	418.432	- 1%	- 3%
Zone I	726.159	712.278	+ 14%	- 2%
Zone II	578.477	654.250	%	+ 12%
Zone III	501.408	450.505	+ 9%	- 11%
Zone IV	225.489	248.170	+ 1%	+ 9%
Tirol	507.816 (€ 36.904)	512.982 (€ 37.280)	+ 6%	+ 1%
Österreich	458.875	492.024	+ 10%	+ 7%

Der Schuldenstand beträgt durchschnittlich S 512.982,- (€ 37.280) je Betrieb und ist gegenüber 1998 um 1 % gestiegen. Gegenüber 1998 sind im Landesdurchschnitt die Investitionen in bauliche Anlagen um 12 % angestiegen und jene in Maschineninvestitionen um 15 % gesunken.

5.10 Eigenkapitalbildung und Verbrauch

Die Eigenkapitalbildung errechnet sich aus der Differenz zwischen Gesamteinkommen und Verbrauch, wobei sich der Verbrauch aus den Verpflegungskosten, dem Wohnungsmietwert (= kalkulierte Mietkosten für das zum Betrieb gehörige Wohnhaus) und Barauslagen (einschließlich der Beiträge für die bäuerliche Pensions- und Krankenversicherung) ermittelt.

Gesamteinkommen je Betrieb, Verbrauch und Eigenkapitalbildung

	Jahr	Gesamteinkommen	Verbrauch	Eigenkapitalbildung	
		je Betrieb in S	in S	in S	in % des Vorjahres
Talbetriebe	1998	536.421	370.536	165.885	151%
	1999	576.758	344.484	232.274	140%
Zone I	1998	419.208	314.491	104.717	79%
	1999	486.542	301.977	184.565	176%
Zone II	1998	431.588	295.326	136.262	98%
	1999	446.819	297.157	149.662	110%
Zone III	1998	403.805	251.031	152.774	98%
	1999	402.510	287.737	114.773	75%
Zone IV	1998	336.328	245.260	91.068	65%
	1999	322.015	230.587	91.428	100%
Tirol	1998	418.027	285.867	132.160	95%
	1999	439.069	291.860	147.209	111%
		(€ 31.908)	(€ 21.210)	(€ 10.698)	
Österreich	1998	445.521	349.425	96.096	92%
	1999	445.502	349.425	74.517	65%

Aus der Tabelle ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen Gesamteinkommen und Verbrauch je Betrieb bei den einzelnen Erschwerniszonen ersichtlich. Die Eigenkapitalbildung ist das Gesamteinkommen abzüglich des Verbrauchs und dient zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Betriebes (Abzahlung von Fremdkapital, Neuinvestitionen oder auch Bildung von Rücklagen für anstehende Investitionen).

Im Landesdurchschnitt ist die Eigenkapitalbildung im Vergleich zu 1998 angestiegen, österreichweit hat sie hingegen stark abgenommen. In der Erschwerniszone IV ist nach dem starken Rückgang im Jahr 1998 die Eigenkapitalbildung im Jahr 1999 unverändert geblieben. Bei den Talbetrieben war die der Erschwerniszone III Vorjahr leicht und bei den Betrieben der Erschwerniszone III sogar stark rückgängig. Bei den Betrieben der Erschwerniszonen I und II hat sich die Eigenkapitalbildung im Vergleich zum Vorjahr positiv entwickelt.

Die Agrareinkommen 2000

Für das Jahr 2000 liegen noch keine detaillierten Auswertungsergebnisse der Buchführungsbetriebe der Länder vor.

Aus einem Bericht des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) geht hervor, dass sich die Agrareinkommen erstmals wieder seit 1995 positiv entwickelt haben. Dies ist hauptsächlich durch die höheren Direktzahlungen und den Effekt der Reduzierung der Belastung

mit Umsatzsteuer (UstG.-Novelle 1999) zurückzuführen. Bemerkenswert ist, dass diese positiven Effekte trotz der Dürreschäden (vornehmlich im Osten Österreichs), der weiteren Öffnung der "Preisschere" zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft, steigender Energiepreise und Eiweißfutterpreise und der Aufwertung des Dollars zustande kamen.

Bei der Entwicklung des Rohertrages waren bei den einzelnen Produktionssparten deutliche Unterschiede zu beobachten. So zeigte sich in der Tierhaltung ein kräftiger Ertragszuwachs hingegen mussten im Pflanzenbau und in der Forstwirtschaft Einbußen hingenommen werden.

Wie sich dies im Detail auf die Tiroler Betriebe auswirkt, werden die Auswertungen der Buchführungsergebnisse zeigen.

Die weitere Einkommensentwicklung für die Tiroler Bauern im Jahr 2001 hängt sehr wesentlich von den Entwicklungen am Rindermarkt ab. Derzeit können unter den gegebenen Umständen (BSE-Krise und Maul- und Klauenseuche) keine Aussagen getroffen werden, da die Unsicherheiten zu groß sind.

6. Die soziale Lage der Tiroler Landwirtschaft

Die soziale und wirtschaftliche Situation der in der Landwirtschaft Tätigen wird nicht nur durch das Einkommen, sondern auch von verschiedenen anderen Faktoren bestimmt. Ein besonderer Faktor ist dabei die soziale Sicherheit als ein wichtiges Mittel zur Erhaltung des sozialen Friedens und des Zusammenlebens. Die bäuerliche Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung sowie die Mutterschafts- und Betriebshilfeleistung nach dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz haben diesbezüglich zusammen mit der Pflegevorsorge nach dem Bundespflegegeldgesetz eine wichtige Funktion, die soziale Absicherung für die bäuerliche Bevölkerung zu garantieren.

6.1 Die Tätigkeit der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) 1999

Die Sozialversicherungsanstalt der Bauern bietet soziale Sicherheit aus einer Hand. Sie führt alle Aufgaben der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie die Betriebshilfe für die Bauern und ihre Familienangehörigen durch. Weiters ist sie für das Pflegegeld der BauernpensionsbezieherInnen zuständig. Diese Konzentration des Leistungsangebotes ist für die Bäuerinnen und Bauern sehr zweckmäßig, denn das Sozialversicherungsrecht ist für die, die es betrifft – nämlich die Versicherten – leider nur schwer überschaubar. Zum Teil überschneiden sich auch die Aufgaben und Leistungen. Alles, was immer auch der Bauer von seiner Versicherung braucht, findet er „unter einem Dach“. „Allspartenservice“ wird somit von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern bereits seit langem gelebt. Diese versichertennahe Struktur und die schrittweise Entwicklung zum modernen Dienstleistungsunternehmen kennzeichnen die SVB.

Durch den Rückgang der Beschäftigten in der Landwirtschaft sind große Strukturprobleme entstanden. Die SVB nimmt auf diesen Strukturwandel mit laufender Rationalisierung ihres Bürobetriebes und Verringerung ihrer Mitarbeiteranzahl Bedacht. Gleichzeitig muss es Aufgabe der Sozialpolitik in unserem Land sein, für die gegenwärtige und zukünftige Finanzierbarkeit der Sozialversicherung Lösungen zu finden und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der hohe soziale Standard gewahrt und wo es notwendig ist, ausgebaut werden kann.

Entwicklung des Versichertenstandes - Jahresdurchschnitt 1997 bis 1999

JAHR	KRANKENVERSICHERUNG		DIFFERENZ ZUM VORJAHR			
	Gesamt	Betriebsführer	Gesamt		Betriebsführer	
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
1997	12.138	4.554	- 1,20	- 148	- 0,87	- 40
1998	13.887	5.338	+ 14,41	+ 1.749	+ 17,22	+ 784
1999	13.804	5.230	- 0,60	- 83	- 2,02	- 108

Diese Versichertenzahlen ergeben sich auf Grund des in Österreich herrschenden Prinzips der „Pflichtversicherung“. Das heißt, dass unabhängig vom Willen des Einzelnen auf Grund bestimmter gesetzlich geregelter Voraussetzungen Sozialversicherungspflicht entsteht.

In der Krankenversicherung (KV) und in der Bauern-Pensionsversicherung (PV) besteht für den bzw. die Betriebsführer/in eines land(forst)wirtschaftlichen Betriebes nach dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG) eine Pflichtversicherung dann, wenn der Einheitswert (EHW) des bewirtschafteten Betriebes den Betrag von S 20.000,- (€ 1.453,46) übersteigt oder der Lebensunterhalt überwiegend aus den Einkünften der Land- und Forstwirtschaft bestritten wird.

Versichert sind neben dem Betriebsführer auch der Ehegatte (bzw. die Ehegattin), sowie die Kinder, Enkel, Wahl-, Stief- und Schwiegerkinder sofern sie im Betrieb hauptberuflich beschäftigt sind. In der Krankenversicherung sind weiters die Bauernpensionisten pflichtversichert. Für diese Personen ist ein Kranken- bzw. Pensionsversicherungsbeitrag zu bezahlen. Unter bestimmten Voraussetzungen sind Angehörige (z.B. Ehegatte bzw. Ehegattin, Kinder und Enkel) beitragsfrei beim Betriebsführer in der Krankenversicherung mitversichert.

Bei der bäuerlichen Unfallversicherung (UV) handelt es sich um eine Betriebsversicherung, bei der ein Betriebsbeitrag zu entrichten ist. Pflichtversicherung besteht, wenn der Einheitswert S 2.000,- (€ 145,35) erreicht oder übersteigt, aber auch wenn der Lebensunterhalt überwiegend aus den Einkünften aus der Land- und Forstwirtschaft bestritten wird. Der Unfallversicherungsschutz erstreckt sich auch auf die im Betrieb mittätigen Angehörigen (Ehegatte, Kinder, Enkel, Wahl-, Stief- und Schwiegerkinder, Eltern, Wahl-, Stief- und Schwiegereltern, Großeltern sowie Geschwister des Betriebsführers). Pflichtversichert in der Unfallversicherung sind aber auch Jagd- und Fischereipächter.

Anspruch auf Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (Pflegegeld der Stufe 1 bis Stufe 7) haben pflegebedürftige Personen, die entweder eine Pension oder eine Vollrente aus der Unfallversicherung (Minderung der Erwerbsfähigkeit 100 %) von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern beziehen.

Anzahl der Versicherten in der Pensions- und Unfallversicherung und Beitragspflichtigen nach dem "Betriebshilfegesetz" - Jahresdurchschnitt 1997 bis 1999

Jahr	Pensionsversicherung		Differenz zum Vorjahr	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1997	11.940	+ 0,08	+ 9	
1998	11.924	- 0,13	- 16	
1999	11.863	- 0,51	- 61	
Jahr	Unfallversicherung		Differenz zum Vorjahr	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1997	21.349	- 0,74	- 159	
1998	21.265	- 0,60	- 129	
1999	21.084	- 0,85	- 181	
Jahr	Betriebshilfegesetz		Differenz zum Vorjahr	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1997	8.248	- 0,58	- 48	
1998	3.141	- 61,92	- 5.107	
1999	2.487	- 20,82	- 654	

6.2 Gesetzliche Änderungen 2000

Pensions-, Renten- und Richtsatzserhöhung 2000

Die Pensionen wurden ab 01.01.2000 zwischen 0,6 % und 2,5 % (je nach Gesamtpensionseinkommen) erhöht.

Die Unfallrenten wurden wenn der Arbeitsunfall bzw. die Berufskrankheit vor dem 01.07.1998 eingetreten ist mit 0,6 % und ab 01.07.1998 bis 31.12.1998 mit 0,3 % erhöht. Ab 01.01.1999 er-

folgt die jährliche Erhöhung über die Bemessungsgrundlage mit dem Anpassungsfaktor (neue bäuerliche Unfallversicherung).

Die Ausgleichszulagenrichtsätze („garantiertes Mindesteinkommen“ für Pensionisten) betragen seit 1.1.2000 für alleinstehende Personen S 8.312,- (€ 6041) und für Ehepaare S 11.859,- (€ 862).

Änderungen in der Krankenversicherung

Die Rezeptgebühr wurde mit 01.01.2000 auf S 45,- und mit 01.10.2000 auf S 55,- (€ 4,00) angehoben. Der Behandlungsbeitrag pro ausgestellten Krankenschein erhöhte sich mit 01.01.2000 auf S 52,- (€ 3,78) - und mit 01.10.2000 auf S 90,- (€ 6,54).

2000 - keine Beitragsanpassung

Die Sozialversicherungsbeiträge werden jährlich mit der sogenannten Aufwertungszahl erhöht. Die Aufwertungszahl 2000 ist gesetzlich festgelegt und errechnet sich aus der Steigerung der Erwerbseinkommen (Beitragsgrundlagen) der unselbständig Beschäftigten. Auf Grund der allgemeinen schlechten Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft wurde für das Jahr 2000 sowie das Jahr 2001 das Aussetzen der Beitragsaufwertung (mit Ausnahme der Mindest- und Höchstbeitragsgrundlage) gesetzlich festgeschrieben. Für das Jahr 2000 ergibt sich demnach eine Mindestbeitragsgrundlage von S 6.804,- (€ 494,47) (entspricht einem Einheitswert von S 50.000,-) und eine Höchstbeitragsgrundlage von S 50.400,- (€ 3.662,71) (entspricht einem Einheitswert von S 958.000,-).

Mehrfachversicherung in der Krankenversicherung

Mit 01.01.2000 tritt bei gleichzeitigem Ausüben einer landwirtschaftlichen und einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit eine mehrfache Krankenversicherung ein. Früher trat die Bauern-Krankenversicherung bei Vorliegen einer anderen Krankenversicherung in den Hintergrund (Nachrangigkeit bzw. Subsidiarität der bäuerlichen Krankenversicherung). Diese Bestimmung ist nunmehr gefallen. Das bedeutet, dass ein Nebenerwerbslandwirt seit 01.01.2000 sowohl als Bauer als auch auf Grund seiner außerlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit krankenversichert ist. Im Interesse der bäuerlichen Versichertengemeinschaft muss im Jahre 2000 vorerst nur ein Zehntel des Krankenversicherungsbeitrages bezahlt werden. Pro Jahr erhöht sich der Beitrag um ein weiteres Zehntel, sodass erst im Jahr 2009 der volle Beitrag zur Bauern-Krankenversicherung wirksam wird.

Neue Pensionsberechnung ab dem 01.01.2000

Das bereits im Jahre 1997 beschlossene „Arbeits- und Sozialrechtsänderungsgesetz 1997“ hat einige Änderungen im Leistungsrecht der Pensionsversicherung für Bauern, Gewerbetreibende und Unselbständige gebracht. Diese Neuerungen treten allerdings in Etappen in Kraft. Ab dem 01.01.2000 ist eine neue Pensionsberechnungsformel anzuwenden. Generell wird es nunmehr für jedes Versicherungsjahr (12 Versicherungsmonate) zwei sogenannte Steigerungsprozentpunkte geben. Weiters gibt es Abschläge bei „vorzeitigen“ Pensionen. Von einer vorzeitigen Pension spricht man, wenn sie vor dem Erreichen des sogenannten „Regelpensionsalters“ (Frauen 60. Lebensjahr, Männer 65. Lebensjahr) in Anspruch genommen wird. Ab dem 01.01.2000 kommt es in diesem Fall zu einem Pensionsabschlag von 2 Steigerungsprozentpunk-

ten je Versicherungsjahr. Dieser Abschlag darf jedoch höchstens 15 % aller Steigerungsprozentpunkte bzw. insgesamt höchstens 10 Steigerungsprozentpunkte ausmachen. Damit sollen soziale Härten vermieden werden.

Kindererziehungszeiten – neu bewertet

Ab dem 01.01.2000 gibt es für Kindererziehungszeiten eine neue höhere Bemessungsgrundlage, die unabhängig von der Höhe des Einkommens dem Betrag des einfachen Richtsatzes für die Ausgleichszulage entspricht. Diese macht für das Jahr 2000 S 8.312,-- (€ 604,71) aus. Gerade für Bäuerinnen dürfte sich diese Anhebung positiv auf die Pensionshöhe auswirken.

Änderungen im Kurwesen mit 01.07.2000

Bisher war es möglich, dass Versicherte innerhalb von fünf Jahren drei Kurheilverfahren bei entsprechender ärztlicher Begründung in Anspruch nehmen konnten. Seit 01.07.2000 dürfen nur mehr zwei Kurheilverfahren innerhalb von fünf Jahren bewilligt werden. Gleichzeitig wurde die Kurdauer von vier auf drei Wochen verkürzt. Mit dieser Verkürzung kam man insbesondere auch einem Wunsch unserer Versicherten nach, die auf Grund der langen Abwesenheit vom Betrieb eine Kur nicht in Anspruch nehmen wollten.

Änderungen in der Pensionsversicherung ab 01.10.2000

Das Anfallsalter für die vorzeitige Alterspension wurde ab 01.10.2000 schrittweise um insgesamt 18 Monate von 55/60 auf 56 Jahre und 6 Monate bei Frauen bzw. 61 Jahre und 6 Monate bei Männern erhöht. Hat allerdings ein Versicherter bereits 540 bzw. eine Versicherte 480 Beitragsmonate erworben, bleibt es beim 55. bzw. 60. Lebensjahr für die Inanspruchnahme der vorzeitigen Alterspension.

Wird die Pension vor dem Regelpensionsalter (60. bzw. 65. Lebensjahr) in Anspruch genommen, so vermindert sich der Steigerungsbetrag ab 01.10.2000 um 3 Prozentpunkte je 12 Monate der früheren Inanspruchnahme (zuvor waren es noch 2 Prozentpunkte).

Im Bereich der Witwen(Witwer)pension kommt es ebenfalls zu Änderungen. Die Witwen(Witwer)pension beträgt seit 01.10.2000 zwischen 0 und 60 % der Pension des verstorbenen Ehepartners. Um die Höhe zu ermitteln, wird die Berechnungsgrundlage des verstorbenen mit der des hinterbliebenen Ehepartners verglichen. Liegt allerdings die Summe aus Witwenpension und eigenem Einkommen unter S 20.000,-- (€ 1.453,46) wird die Witwenpension solange erhöht, bis sie entweder 60 % der Pension ausmacht oder die S 20.000,-- (€ 1.453,46) erreicht sind.

Neu wurde ab 01.10.2000 auch die Berechnung einer erhöhten Alterspension geregelt. Erfüllt ein Versicherter zwar die Voraussetzungen für eine Alterspension, nimmt er diese allerdings erst nach dem Regelpensionsalter (60. bzw. 65. Lebensjahr) in Anspruch, so gebührt eine „Bonifikation“. Diese Bonifikation errechnet sich von der tatsächlichen Pension und gebührt im Ausmaß von 4 % je 12 Monate der späteren Inanspruchnahme. Die Pension kann allerdings höchstens 90 % der höchsten Bemessungsgrundlage betragen (sonst höchstens 80 %).

7. Die Lage der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft

7.1 Anzahl der Dienstnehmer

Im Sommer des Jahres 1999 (**Stichtag 31. Juli 1999**) standen 3.596 hauptberufliche land- und forstwirtschaftliche Dienstnehmer, davon 2.363 Arbeiter und 1.233 Angestellte in Beschäftigung.

Im Sommer des Jahres 2000 (**Stichtag 31. Juli 2000**) standen 3.581 hauptberufliche land- und forstwirtschaftliche Dienstnehmer, davon 2.350 Arbeiter und 1.231 Angestellte in Beschäftigung.

Diese gliedern sich nach Berufsgruppen in:

1999	2000	Berufsgruppe
591	603	Landarbeiter
479	492	Gärtner
705	691	Forstarbeiter, Forstgartenarbeiter, Sägearbeiter
236	244	Genossenschaftsarbeiter
10	10	Saisonarbeiter
342	310	Arbeiter bei Güterwegbauten und Grundzusammenlegungen, Handwerker, unselbständig Beschäftigte und Sonstige
1233	1.231	land- und forstwirtschaftliche Angestellte (Berufsjäger, Genossenschaftsangestellte, Gutsangestellte, Förster, Waldaufseher, Zuchtwarte, Kammerangestellte)
3.596	3.581	land- und forstwirtschaftliche Dienstnehmer insgesamt

Jahr 1999: Gegenüber Juli 1998 bedeutet dies eine Abnahme um insgesamt 8 Personen (-14 Arbeiter, + 6 Angestellte); das sind minus 0,22 %.

Diesen bei der Tiroler Gebietskrankenkasse angemeldeten vollversicherten Dienstnehmern in der Land- und Forstwirtschaft sind noch 55 vollversicherte beamtete und 310 geringfügig beschäftigte Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft zuzurechnen, sodass mit Stichtag 31.7.1999 **3.961** landarbeiterkammerzugehörige Dienstnehmer in der heimischen Land- und Forstwirtschaft zu verzeichnen waren (um 15 Personen weniger als 1998).

Die Zahl der geringfügig beschäftigten Dienstnehmer nimmt im Bereich der Land- und Forstwirtschaft ebenso zu wie in der übrigen Wirtschaft. Für die Landarbeiterkammer gereicht dabei zum Nachteil, dass nur für einen sehr kleinen Teil der geringfügig beschäftigten Dienstnehmer eine Landarbeiterkammerumlage einbezahlt wird.

Jahr 2000: Gegenüber Juli 1999 bedeutet dies einen Rückgang um insgesamt 15 Personen (-13 Arbeiter, - 2 Angestellte); das sind minus 0,41 %.

Den bei der Tiroler Gebietskrankenkasse angemeldeten vollversicherten Dienstnehmern in der Land- und Forstwirtschaft sind noch 47 vollversicherte beamtete und 335 geringfügig beschäftigte Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft zuzurechnen, sodass mit Stichtag 31.7.2000 **3.963** landarbeiterkammerzugehörige Dienstnehmer in der heimischen Land- und Forstwirtschaft zu verzeichnen waren (um 2 Personen mehr als 1999).

7.2 Durchschnittsverdienste 1999

Im Jahr 1999 betrug der monatliche Bruttodurchschnittsverdienst (errechnet aus den von der Tiroler Gebietskrankenkasse zur Verfügung gestellten durchschnittlichen Beitragsgrundlagen)

- a) der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft Tirols S 20.996,- (€ 1525,84)
(+ S 57,- (€ 4,14) oder + 0,27 % gegenüber dem Jahr 1998);
- b) der Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft Tirols S 28.790,- (€ 2092,25)
(+S 519,- (€ 37,72) oder + 1,84 % gegenüber dem Jahr 1998).

7.3 Lohn- und arbeitsrechtliche Verbesserungen 1999 und 2000

Im Jahr 1999 wurden für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft Tirols 14 neue Kollektivverträge abgeschlossen. Dabei erfuhren die kollektivvertraglichen Löhne und Gehälter der land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer Tirols Erhöhungen zwischen 2 % und 2,2 %.

Die getätigten Lohnabschlüsse bedeuten, dass den nach dem Kollektivvertrag entlohnten Arbeitern und Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft Tirols bei einer Inflationsrate für das Jahr 1999 von 0,6 % die Teuerung voll abgegolten und geringfügige Realloohnerhöhungen zugefallen sind.

Im Jahr 2000 wurden für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft Tirols 13 neue Kollektivverträge abgeschlossen. Dabei erfuhren die kollektivvertraglichen Löhne und Gehälter der land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer Tirols Erhöhungen zwischen 0,6 % (Dienstnehmer, die der in einen Kollektivvertrag umgewandelten Bundesforstediensordnung unterliegen), 1,5 % (Gärtner), 1,6 % (Forstarbeiter, Forstgartenarbeiter), 1,7 % (Waldaufseher), 1,8 % (Berufsjäger), 1,9 % (Landarbeiter, Gutsangestellte), 2,65 % (Käser, Dienstnehmer in Milchsammelstellen) und 3,4 % (Bundesforste-Angestellte mit niedrigen Einkommen).

Die Löhne für die Bundesforste-Angestellten wurden im Durchschnitt um S 560,- (€ 40,70) (entspricht 1,6 % Schnitt) angehoben.

Die Löhne im Genossenschaftsarbeiter-Kollektivvertrag wurden generell um S 1,80 pro Stunde und die kollektivvertraglichen Gehälter der Genossenschaftsangestellten wurden einheitlich um S 300,- (€ 21,80) angehoben.

Die getätigten Lohnabschlüsse bedeuten, dass die Teuerung im Jahr 2000 geringfügig stärker war als der Durchschnitt der kollektivvertraglichen Verbesserungen.

7.4 Berufliche Aus- und Weiterbildung

Im Jahr 1999 wurden 263 Facharbeiterprüfungen und 35 Meisterprüfungen mit Erfolg abgelegt. 178 Facharbeiterbriefe wurden aufgrund des Fachschulbesuches zuerkannt.

Die Zahl der Lehrlinge belief sich auf 134 und lag damit inkl. der Anschlusslehrlinge über dem Lehrlingsstand des Vorjahres (111).

7.5 Sozialpolitische Förderungsmaßnahmen für land- und forstwirtschaftliche Dienstnehmer

Für die Durchführung der agrar-sozialpolitischen Förderungsmaßnahmen für die land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer Tirols standen der Landarbeiterkammer für Tirol im Jahr 1999 Bundes-, Landes- und Kammermittel in der Höhe von insgesamt S 15.644.953,06 (€ 1.136.963) (ohne Einrechnung der Wohnbauförderungsmittel) zur Verfügung.

Verteilung der Gesamtförderungssumme 1998 und 1999 auf die einzelnen Förderungssparten:

	1998			1999		
Landarbeiter-Eigenheimbau	S	10.764.288	65 %	S	10.253.916 (€ 745.181)	66 %
Treueprämien	S	524.727	3 %	S	622.337 (€ 45.227)	4 %
Hilfswerk	S	5.253.700	32 %	S	4.768.700 (€ 346.555)	30 %

Von der Gesamtförderungssumme entfielen 19,97 % auf Zuschüsse und 80,03 % auf Darlehen.

Landarbeiterwohnungsbau

Im Berichtsjahr 1999 wurden 35 Eigenheime und 13 Eigentumswohnungen **erstmalig** gefördert und für **weitere** 18 Bauvorhaben (Eigenheime, Eigentumswohnungen) zusätzliche Förderungs-
mittel aufgewendet.

Treueprämien

Für langdauernde Dienstleistungen in der heimischen Land- und Forstwirtschaft wurden im Berichtsjahr 194 Dienstnehmer ausgezeichnet. Die Überreichung der Ehrengaben (Treueprämien, Diplom, Anstecknadel) erfolgte bei vier Ehrungsfeiern, an denen neben den Jubilaren und deren Dienstgebern auch namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Landwirtschaftskammer teilnahmen.

Land- und Forstarbeiterhilfswerk

Das Land- und Forstarbeiterhilfswerk der Landarbeiterkammer für Tirol hatte im Berichtsjahr, dem 49. Jahr seines Bestehens, wiederum die Aufgabe zu erfüllen, unverschuldet in Not geratene bedürftige land- und forstwirtschaftliche Dienstnehmer und Pensionisten zu unterstützen, die berufliche Aus- und Weiterbildung der Land- und Forstarbeiter und deren Kinder zu fördern und bei der Verbesserung der Existenzgrundlage und der Wohnungsverhältnisse der landarbeiterkammerzugehörigen Dienstnehmer mitzuwirken.

In Wahrnehmung dieser Aufgaben wurden

- 16 Notstandsunterstützungen,
- 127 Lern- und Ausbildungsbeihilfen und
- 91 unverzinsliche Darlehen (verschiedener Höhe und Laufzeit)

gewährt, wofür insgesamt S 4.768.700,-- (€ 346.555) aufgewendet wurden.

7.6 Aktuelle Probleme

Aufgabe der Interessenvertretungen für Dienstnehmer im Allgemeinen und in der Land- und Forstwirtschaft im Besonderen ist vorwiegend auch, daran mitzuwirken, dass Arbeitsplätze im Bereich des ländlichen Raumes und somit auch in der Land- und Forstwirtschaft erhalten und die auf diese Dienstverhältnisse anwendbaren arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen verbessert bzw. zumindest im bisherigen Umfang aufrecht erhalten und von den Dienstgebern auch eingehalten werden.

Um der Land- und Forstwirtschaft weiterhin „qualifizierte“ Arbeitskräfte erhalten zu können, ist es aus Sicht der Landarbeiterkammer notwendig, die in den vergangenen Jahren bereits ohnehin drastisch reduzierten Förderungsmaßnahmen im Bereich des Landarbeiter-Eigenheimbaues nicht zu beschneiden, sondern im Gegensatz entsprechend auszubauen.

Ein dringliches Anliegen ist die Aufrechterhaltung der österreichweit einzigen forstlichen Berufsschule in Rotholz und die Steigerung der Zahl der Forstlehrlinge mit entsprechende Maßnahmen.

Die weitere Ausbildung der Waldaufseher in der bisherigen Form in Rotholz ist sowohl für die Auszubildenden neuen Waldaufseher wie auch für den gesamten Forstdienst unumgänglich.

Nach wie vor wird der Personalpolitik der Österreichischen Bundesforste AG nach ihrer Ausgliederung in eine operative Aktiengesellschaft mit Sorge entgegengesehen. Die diesbezüglichen Feststellungen wurden bereits im Grünen Bericht 1998/99 dargelegt und bleiben weiterhin aufrecht.

Aufrecht bleibt auch die Forderung der steuerlichen Berücksichtigung für die Kosten der Berufsjäger, um diese Arbeitsplätze, die für den für den Tiroler Wald und für die Wildbewirtschaftung notwendig sind, absichern zu können. Ernsthaft in Betracht zu ziehen wäre, diejenigen Jagdausübungsberechtigten von der Landesjagdabgabe zu befreien, die einen Berufsjäger einstellen.

Trotz vieler Bemühungen, Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen und zu erhalten, ist weiterhin die Komprimierung von Arbeitszentren im Ballungsraum zu beobachten. Dieser Entwicklung gilt es, im Zuge der Erstellung und Umsetzung von Strukturverbesserungs- und Umweltschutzprogrammen durch die öffentliche Hand entgegenzusteuern.

Die öffentliche Hand hat die Sozialversicherungsbeiträge für familieneigene hauptberuflich im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern mitarbeitende Kinder übernommen. Das in die selbe Richtung gehende Anliegen, bezüglich der Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge für Almpersonal konnte noch nicht verwirklicht werden.

Der Landarbeiterkammer ist es ein besonderes Anliegen, dass im Rahmen der Landwirtschaftspolitik auch die schwierige Situation der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft entsprechend berücksichtigt wird.

8. Die Förderung der Land- und Forstwirtschaft

Das österreichische Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums

Eine Neuerung der Agenda 2000 war unter anderem die Regulierung der Agrarförderung der Gemeinsamen Agrarpolitik in zwei große Blöcke. Neben dem schon bestehenden Bereich der Marktordnung tritt jetzt jener der ländlichen Entwicklung, welcher auch immer als zweite Säule der gemeinsamen EU-Agrarpolitik bezeichnet wird und gebündelt sämtliche Strukturmaßnahmen beinhaltet.

Das dafür maßgebliche Programm für die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Garantie, basiert auf der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates und der dazugehörigen Durchführungsverordnung (EG) Nr 1750/1999 und ist für den Zeitraum 2000 bis 2006 ausgerichtet. Die wesentlichsten Inhalte sind Direktzahlungen in Form von Ausgleichszahlungen und Leistungsabgeltungen (Ausgleichszulage und Agrarumweltmaßnahmen), Investitionsförderungen bei landwirtschaftlichen Betrieben und Förderung der Erstniederlassung von Junglandwirten, Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie die Berufsbildung, Forstwirtschaft und die Förderung der Anpassung Entwicklung von ländlichen Gebieten als ehemalige Maßnahmen des Zieles 5b.

Das österreichische Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums wurde im September 1999 bei der Europäischen Kommission eingereicht und am 27. Juni 2000 genehmigt. Formell erging die Genehmigung der Kommission mit der Entscheidung vom 14. Juli 2000 an die Republik Österreich. Aufgrund dieser verspäteten Programmgenehmigung kam es zu Verzögerungen bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen und zu Verschiebungen von neuen Verpflichtungen auf das Jahr 2001.

Übersicht über die Kapitel der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 und ein Ausschnitt der Maßnahmen des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums für die Jahre 2000 bis 2006

Kapitel der EU - Verordnung (Artikel)	Maßnahmen des Programmes
I. Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben (Art. 4-7)	Einzelbetriebliche Investitionsförderung bei Wirtschaftsgebäuden, Almgebäuden u. dazugehörige Inneneinrichtungen
II. Niederlassung von Junglandwirten (Art. 8)	Niederlassungsprämie für die erste Niederlassung
III. Berufsbildung (Art 9)	Berufliche Fortbildung (Teilnehmer und Referenten)
V. Benachteiligte Gebiete (Art. 13-21)	Ausgleichszulage für natürliche Nachteile
VI. Agrarumweltmaßnahmen Art. 22-24)	Maßnahmen des österr. Umweltprogramms
VII. Verbesserung der Verarbeitung u. Vermarktung landw. Erzeugnisse (Art. 25-28)	Verarbeitungsbetriebe und Vermarktungseinrichtungen von landw. Erzeugnissen
VIII. Forstwirtschaft (Art. 29-32)	Forstmaßnahmen wie Schutzwalderhaltung und -verbesserung, Erschließung, Holzernte etc.
IX. Förderung der Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten (Art. 33)	Vermarktung landw. Qualitätsprodukte, Dorfentwicklung, Diversifizierung, Biomasse, Verkehrserschließung ländlicher Gebiete, Wasserbauliche und kulturtechn. Maßnahmen etc.

Die Abwicklung der Maßnahmen erfolgt in Tirol über die Fachabteilungen des Amtes der Tiroler Landesregierung und die Landeslandwirtschaftskammer für Tirol. Alle Förderanträge werden zentral in der Zahlstelle des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft registriert. Die Auszahlung der Förderbeträge an die Förderwerber erfolgt über diese Zahlstelle.

Alle angeführten Maßnahmen können nunmehr horizontal, also im gesamten Land umgesetzt werden und werden bis auf einige Ausnahmen gemeinsam von EU, Bund und den Ländern finanziert.

Den größten Stellenwert nehmen dabei die Agrarumweltmaßnahmen im Form des Österreichischen Umweltprogramms (ÖPUL) ein. Gefolgt wird diese von der für die Berggebiete bedeutenden Ausgleichszulage. Diese beiden Blöcke sind für die Tiroler Bauern von großer Bedeutung und tragen damit wesentlich zum bäuerlichen Einkommen bei.

Bei der Verbesserung und Anpassung der Strukturen im agrarischen Bereich sind Förderungen von Investitionen bei landwirtschaftlichen Betrieben sowohl im Tal- als auch im Almbereich und von Verarbeitungsbetrieben landwirtschaftlicher Erzeugnisse (ex-5a) möglich und auch gezielt nutzbar. Darüber hinaus ist auch die Förderung von gemeinschaftlichen Investitionen in ländlichen Gebieten (ex-5b) im gesamten Tiroler Landesgebiet bedeutend, wobei die Verkehrerschließung ländlicher Gebiete, die Dorfentwicklung und die Vermarktung landwirtschaftlicher Qualitätsprodukte einen besonders hohen Stellenwert einnehmen. Die Dotierung dieses Förderbereiches hängt sehr stark von den Investitionsplanungen und Innovationen der potentiellen Förderwerber ab.

Bei der Zusammensetzung des landwirtschaftlichen Einkommens der Tiroler Bauern nehmen die Bereiche der Strukturförderung, also jenen Maßnahmen, die der ländlichen Entwicklung zugerechnet werden, einen wesentlich stärkeren Stellenwert ein als der Bereich der Marktordnungsmaßnahmen. Werden europaweit ca. 80 % des gesamten gemeinsamen EU - Agrarbudgets für Maßnahmen zur Steuerung und Regulierung des Marktes ausgegeben, so sind das in Tirol vergleichsweise nur 12%.

Positiv wird sich vor allem für kleinere Betriebe die Einführung eines Sockelbetrages bei der Ausgleichszulage für Bergbauern niederschlagen. Zudem wird das bewährte Umweltprogramm auch in einigen Bereichen leichte Aufstockungen bringen. Insgesamt wird noch mehr Wert auf die Einhaltung von Umwelt-, Hygiene und Tierschutzvorschriften sowie Düngestandards gelegt.

Im ersten Programmjahr 2000 hat die späte Genehmigung des Programms durch die EU - Behörden zu Verunsicherungen geführt und die kurze mögliche Umsetzungszeit teilweise eine nur eingeschränkte Ausnützung der Fördermittel ermöglicht. In den folgenden Programmjahren soll aber eine angemessene Ausnützung der kofinanzierten Fördermittel gewährleistet sein.

8.1 Das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen

Berufsschulen

Im Schuljahr 1999/2000 wurden in den Berufsschulklassen 112 Schüler und im Schuljahr 2000/2001 106 Schüler unterrichtet.

In der Gartenbauberufsschule zeigte sich mit 95 Schülern eine beständig konstante Nachfrage für diesen Ausbildungsweg. Die Umstellung auf die lehrgangsmäßige Unterrichtsform (Blockunterricht) von der ehemals ganzjährigen Unterrichtsform brachte für die Lehrbetriebe eine wesentliche Erleichterung.

In der Forstwirtschaftlichen Berufsschule wurden im Schuljahr 1999/2000 17 Schüler und im Schuljahr 2000/2001 11 Schüler unterrichtet.

Fachschulen

Schülerzahlen 1999/2000 und 2000/2001 an den land- und forstwirtschaftl. Fach- und Berufsschulen Tirols

	Imst		Lienz		Rotholz		St. Johann		Breitenwang		Landeck		Gesamt	
	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000
FS Hauswirtschaft														
1. Klasse	66	67	53	37	95	82	87	60	25	20	57	47	383	313
2. Klasse	47	35	24	21	26	38	34	37	-	-	-	-	131	131
3. Klasse	31	33	-	-	14	20	16	20	-	-	-	-	61	73
FSE/1	-	-	-	-	18	-	-	-	-	-	-	-	18	-
Summe	144	135	77	58	153	140	137	117	25	20	57	47	593	517
FS Landwirtschaft														
1. Klasse	120	105	58	47	95	97	78	70	-	-	-	-	351	319
2. Klasse	38	25	25	31	56	56	24	26	-	-	-	-	143	141
3. Klasse	34	32	18	18	47	57	27	24	-	-	-	-	126	131
FSE/1	-	-	-	-	33	-	25	24	-	-	-	-	58	24
FSE/2	15	13	-	30	-	28	17	-	-	-	-	-	32	71
Summe	207	178	101	128	231	238	171	144	-	-	-	-	710	686
Berufsschulen														
Gartenbau	-	-	-	-	95	95	-	-	-	-	-	-	95	95
Forstwirtsch	-	-	-	-	17	11	-	-	-	-	-	-	17	11
Summe	-	-	-	-	112	106	-	-	-	-	-	-	112	106
Gesamt	351	313	178	184	496	484	308	261	25	20	57	47	1415	1309

FSE/1 = Fachschule für Erwachsene (1. Klasse) - zum Facharbeiter-Hauswirtschaft bzw. Landwirtschaft

FSE/2 = Fachschule für Erwachsene (2. Klasse) - zum Meister-Landwirtschaft

Die Schülerzahlen in den landwirtschaftlichen Schulen waren von 1996 an bis zum Schuljahr 1999/2000 mit ca. 1.500 Schülern konstant. Im Schuljahr 2000/2001 ist ein Rückgang zu verzeichnen, welcher sich besonders an den kleineren Schulen verstärkt auswirkt. Gründe für diesen Rückgang sind das Anwachsen der Lehrstellen und die wachsende Konkurrenz anderer Schulen, was sich besonders in den ersten Klassen (neunte Schulstufe) niederschlägt.

Neben der Hauswirtschaftsschule in Imst wird nun auch an den Schulstandorten St. Johann und Rotholz ein dritter Jahrgang geführt.

Entwicklungen im landw. Schulwesen

Im Jahr 2000 erfolgte die Überarbeitung des Lehrplanes für die Fachrichtung Landwirtschaft. An der Landw. Landeslehranstalt St. Johann wurde mit dem Schwerpunkt Pferdewirtschaft begonnen. An der Ldw. Landeslehranstalt Lienz wurde der Schulversuch "Sozial- und Pflegekunde" und Integration abgeschlossen und positive Erfahrungen daraus in den Regellehrplan aufgenommen. Die im Schuljahr 1998/99 gestartete Agrar-HAK Imst wird mit einer ersten, zweiten und dritten Klasse weitergeführt. Für Absolventinnen der dreijährigen Hauswirtschaftsschulen (Imst, St. Johann und Rotholz) wird die Möglichkeit des Ersatzes der Konzessionsprüfung für das Gastgewerbe beantragt.

Organisation und Schulerhaltung

Aufgrund des Rückganges der Schülerzahl in der Haushaltungsschule Breitenwang wird die Schule nicht mehr als eigenständige Schule mit einer eigenen Direktion, sondern als angeschlossene Schule der Landw. Landeslehranstalt Imst fortgeführt werden.

An der Landw. Landeslehranstalt Lienz wurde der "Müllerhof" saniert und eine neue Schulküche für beide Häuser der Haushaltungsschule angebaut. Die Sanierung des Mädchenheimes erfolgt derzeit. Durch die Sanierungen ist es möglich, laufende Personal- und Betriebskosten einzusparen.

Für die Landw. Landeslehranstalt St. Johann wurde im Berichtsjahr ein neuer Laufstall (Kaltstall) errichtet. Der veraltete Stall im Wirtschaftsgebäude wird aufgelassen und für Praxisräumlichkeiten adaptiert. Die Bezirkslandwirtschaftskammer und nunmehr auch die Bezirksforstinspektion Kitzbühel sind im neu sanierten Lehrerwohnhaus untergebracht.

In der Landw. Landeslehranstalt Rotholz wurde ein ungenützter Kellerraum zu einem Medien- und Seminarraum umgebaut. Der Um- und Anbau des Schweinestall gewährleistet jetzt eine biologische Haltung der Tiere.

An der Landw. Landeslehranstalt Imst wurde der aufgelassene Sennereitragt für die Milchverarbeitung adaptiert. Weiters konnte der dritte und vierte Stock des Landesschülerheimes zeitgemäß umgebaut werden. Im Lehrbetrieb wurde eine größere Grundfläche für Betriebsansiedlungen abgetreten.

8.2 Berufsbildung

Lehrlings- und Fachausbildungsstelle

In den Jahren 1999 und 2000 zeigte sich wie in den Vorjahren wiederum eine verstärkte Nachfrage bei der Erlangung einer Berufsqualifikation in der Landwirtschaft. Insgesamt haben im Jahr 1999 447 Personen einen Facharbeiterbrief und 35 Personen einen Meisterbrief erworben. Im Jahr 2000 haben 424 Personen einen Facharbeiterbrief in den verschiedenen landwirtschaftlichen Sparten und 39 Personen einen Meisterbrief erworben.

Mit Stand 31.12.2000 gab es in Tirol 1.019 Meister der Landwirtschaft und 473 Meisterinnen der ländlichen Hauswirtschaft.

Berufsqualifikationen in der Landwirtschaft

1999	2000	Berufssparte
140	179	Facharbeiterbriefe in der Landwirtschaft
128	75	zuerkannte Facharbeiterbriefe aufgrund des FS-Besuches in der Landwirtschaft
-	39	Meisterbriefe in der Landwirtschaft
53	53	Facharbeiterbriefe in der ländlichen Hauswirtschaft
50	100	zuerkannte Facharbeiterbriefe aufgrund des FS-Besuches
16	-	Meisterbriefe in der ländlichen Hauswirtschaft
39	26	Facharbeiterbriefe im Gartenbau
17	-	Meisterbriefe im Gartenbau
-	26	Facharbeiterbriefe im Feldgemüsebau
3	8	Facharbeiterbriefe in der Molkerei und Käseerei
39	50	Facharbeiterbriefe in der Forstwirtschaft
17	-	Meisterbriefe in der Forstwirtschaft
39	50	Facharbeiterbriefe in der Forstwirtschaft
-	11	Facharbeiterbriefe in der Imkerei

Der Lehrlingsausschuss trat im Jahr 2000 einmal zu Vorbereitung der Verordnung über die Verwandtstellung von Lehrberufen, die Anrechnung der Lehrzeiten sowie die Prüfungsvergütung zusammen. Im März 2000 wurde das neue Gesetz über die Berufsausbildung in der Land- und Forstwirtschaft im Tiroler Landtag und im Oktober die Verordnung über die Verwandtstellung von Lehrberufen von der Landesregierung beschlossen.

Berufsbildung und Beratung

Das Ländliche Fortbildungsinstitut (Lfi) der Landwirtschaftskammer hat im Jahr 2000 1.129 Weiterbildungsveranstaltungen mit 37.235 Teilnehmern organisiert. Schwerpunkte der gesamten Bildungsarbeit waren die Stärkung der Unternehmerfähigkeit, die Forcierung der IT-Offensive und die Schaffung von Einkommenskombinationen und -kooperationen. Weiters standen Themen wie die ökologische Produktion und Verarbeitung sowie die Verbesserung der Information zwischen Produzenten, Händlern und Konsumenten auf dem Bildungsprogramm.

Das LFi ist ein vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft anerkannter Bildungsträger. Damit ist diese Einrichtung als Einreichstelle für Förderungsanträge der Maßnahme Berufsbildung (Artikel 9) im Rahmen des Programmes „Ländliche Entwicklung“ zuständig.

Im Jahr 2000 konnten im Richtlinienbereich „Ländliche Entwicklung“ 155 Förderungsanträge bei der Maßnahme Bildungsförderung – Teilnehmer mit einem Zuschuss von S 620.000,- (€ 45.057) und 16 Anträge der Maßnahme Bildungsförderung – Veranstalter mit einem Zuschuss von S 4 Mio. (€ 0,29 Mio.) abgeschlossen werden.

8.3 Landwirtschaftlicher Bodenschutz

Die Kontrolluntersuchungen von Gras- und Bodenproben im Raum Reutte sowie im Raum Brixlegg werden weiter fortgesetzt. Weiters wurde in diesen Gebieten im Zuge der Einrichtung von Bodendauerbeobachtungsflächen jeweils eine landwirtschaftliche und eine forstwirtschaftliche Bodendauerbeobachtungsfläche in das Untersuchungsprogramm aufgenommen. Die Durchführung von Untersuchungen auf diesen Flächen in periodischen Intervallen gewährleistet eine ge-

naue Beobachtung des Bodenzustandes. Die Einrichtung von weiteren repräsentativen Flächen ist geplant.

8.4 Amtlicher Pflanzenschutzdienst

In Wahrnehmung der weiteren Aufgaben des amtlichen Pflanzenschutzes gemäß Pflanzenschutzgesetz 1995 wurden für Exporte von Pflanzen und pflanzlichem Material in Drittländer bei Tiroler Exportbetrieben über 200 Untersuchungen durchgeführt und die entsprechenden phytosanitären Zeugnisse ausgestellt.

Die Bekämpfung der 1998 in Tirol ausgebrochenen Pflanzenkrankheit "Feuerbrand" war weiterhin das zentrale Anliegen des amtlichen Pflanzenschutzdienstes. Es mussten wieder mehrere tausend stark befallene Apfel- und Birnbäume sowie Zier- und Wildpflanzen vollständig gerodet werden; durch radikale Rückschnitte wurde weiterhin auch versucht, schwächer befallene, hochstämmige, landschaftsbestimmende Apfel- und Birnenbestände zu retten. Betroffen waren bereits 169 Gemeinden in allen Tiroler Bezirken mit Ausnahme des Bezirkes Lienz. Ein konzentriertes Auftreten der Krankheit wurde auch heuer wieder in allen Bezirken mit Streuobstanbau gefunden, allerdings mußte erstmals auch das Vordringen der Pflanzenseuche in den Erwerbsobstbau, insbesondere in die gewerblichen Anlagen des Raumes Innsbruck und des Oberlandes festgestellt werden. Auch in den Nachbarländern Tirols ist der Feuerbrand heuer extrem stark aufgetreten, wobei besonders Vorarlberg und Salzburg betroffen waren. Auch in Südtirol wurden Feuerbrandfälle bekannt. In eine Novellierung der Feuerbrandverordnung im März 2000 wurde das Auspenden von feuerbrandgefährdeten Ziergehölzen in Hausgärten und in öffentlichen Grünanlagen untersagt. Vereinzelt wurden in besonders sensiblen Gemeinden mit größeren Erwerbsobstanlagen sogar Präventivrodungen von feuerbrandgefährdeten Zierpflanzen von den Gemeinden angeregt und durchgeführt. Mit landesweiter Öffentlichkeitsarbeit, mit Vorträgen und Druckwerken, mit Beiträgen im Radio und im Fernsehen wurde die Sensibilität und Aufmerksamkeit der Bevölkerung für das Problem Feuerbrand wach gehalten. Ein zukunftsgerichtetes Programm zur Auffindung und Vermehrung widerstandsfähigerer Wirtschaftsobstsorten für den Streuobstanbau wurde in Angriff genommen.

Im Jahr 2000 waren die Kontrollen im Rahmen der Amtlichen **Futtermittelkontrolle** bei Verfüterern erstmals nach einem vom Bundesministerium vorgegebenen Schema durchzuführen, das bereits an das Berichtswesen des Bundes an die Kommission in Brüssel angeglichen ist. Nach diesem Schema erfolgten in Zusammenarbeit mit den Amtstierärzten der Bezirkshauptmannschaften 90 Betriebskontrollen, die im Sinne der Vorgaben ausgewertet wurden. Schwerwiegende Übertretungen wurden nicht festgestellt. Beanstandungen erfolgten im Wesentlichen nur wegen Falschbezeichnungen bzw. überschrittener Ablaufdaten.

8.5 Landwirtschaftliches Versuchswesen

Das Landwirtschaftliche Versuchswesen bearbeitet Fragestellungen der Tiroler Landwirtschaft in den Bereichen Grünlandwirtschaft, Ackerbau und Alternativen. In der ARGE Landwirtschaftliches Versuchswesen haben sich die Landeslandwirtschaftskammer für Tirol, die Abteilung Landwirtschaftliches Schulwesen - Fachbereich Landwirtschaftliches Versuchswesen sowie die Landwirt-

schaftlichen Landeslehranstalten Imst und Rotholz zusammengeschlossen. In gemeinsam erarbeiteten Jahresprogrammen werden die Arbeitsschwerpunkte festgelegt. Besonderes Augenmerk wird einer umweltschonenden Landwirtschaft mit standortangepassten Sorten, der Hochlagenvegetation und alternativen Produktionsmöglichkeiten zur herkömmlichen Landwirtschaft in Tirol geschenkt.

Genbank

Durch die Errichtung des Kühllagers kann das qualitativ entsprechende Saatgut eingefroren werden. Im Rahmen eines Monitoring wird die Erhaltung der Keimfähigkeit überprüft. Zur Gewinnung entsprechender Saatgutmengen wurde ein Teil der Landsorten auf größerer Fläche angebaut, sodass auch das international übliche Sicherheitslager beschickt werden kann. Im Berichtsjahr wurden von 5 Getreidearten und 8 Sonderkulturen, Mais und Kartoffeln insgesamt 194 Landsorten regeneriert. Wegen mangelnder Keimfähigkeit durch ungünstige Witterungs- und Standortbedingungen muss jedoch der Anbau vieler Landsorten wiederholt werden.

Ackerbauversuche

Im Rahmen der Getreidesortenprüfung wurden als Registerprüfung 5 Wintergetreide- und 3 Sommergetreidearten mit insgesamt 151 Sorten und Zuchtstämmen auf ihre Eignung im inneralpinen Raum überprüft. In Versuchen mit mehrfacher Wiederholung zur Ertragsauswertung wurden 4 Wintergetreidearten und 3 Sommergetreidearten mit insgesamt 82 Prüfnummern in 8 Versuchen angebaut, bonitiert und geerntet. Dazu kommen noch 2 Maisversuche mit insgesamt 38 Prüfnummern. In Imst wurde ein Tastversuch zur Produktion von Polentamais angelegt.

Futterbau

Die Versuchstätigkeit im Bereich der Grünlandwirtschaft konzentrierte sich auf die Futterpflanzen-Sortenprüfung. Die Bonitur und Beerntung von 5 Versuchen mit 30 Sorten wurde fortgesetzt; ein Versuch mit 13 Sorten wurde nur noch bonitiert. Neu angelegt wurde ein Luzerne-Versuch mit 14 Sorten und ein Mischungs-Versuch mit 16 Saatgutmischungen aus verschiedenen EU-Staaten. Schließlich erfolgten noch Untersuchungen über die Auswirkung unterschiedlicher Schnitthöhen in Zusammenarbeit mit der Landw. Landeslehranstalt Imst.

Hochlagenversuche

Die Untersuchungen im Bereich der Hochlagenvegetation wurde mit 3 Düngungsversuchen und 10 Begrünungsversuchen fortgesetzt, wobei auf die Nachhaltigkeit besonderer Wert gelegt wird. Geprüft wurde die Düngerwirkung von 25 organischen bzw. mineralischen Düngern, sowie Bodenhilfsstoffen. Im Rahmen der Begrünungsversuche wurden auf 4 Standorten 117 Sorten bzw. Zuchtstämme verschiedener Arten auf ihre Eignung zur Hochlagenbegrünung untersucht. Auf 6 Standorten wurden Mischungsversuche mit 39 Varianten zur Optimierung der Zusammensetzung von Saatgutmischungen unter Einbindung der Saatstärke betreut. Ein Versuch mit verschiedenen Begrünungsverfahren und Mischungen wurde von der EU mitfinanziert.

Laborbereich

Im Laborbereich wurden 317 Genbankproben auf ihre Keimfähigkeit untersucht. Die Aufarbeitung der Ernteproben aus dem Versuchswesen konzentriert sich auf das Winterhalbjahr und umfasst bei Getreide die Ermittlung von Wassergehalt, Tausendkorngewicht und Siebung; bei

Grünland- und Maisversuchen den Wassergehalt. Von den Futterbauversuchen sind rund 350 Proben zu bearbeiten, aus den Getreide-Leistungsversuchen sind es über 250 Proben. Vom Genbank-Saatgut sind weitere Keimfähigkeitsprüfungen erforderlich.

Ausblick auf 2001

Die Regeneration der Landsorten wird fortgesetzt, um qualitativ entsprechendes Saatgut einfrieren und das Sicherheitslager aufbauen zu können. An der Landw. Landeslehranstalt Imst werden im Rahmen der ARGE-Landwirtschaftliches Versuchswesen die Winter- und Sommergetreideversuche durchgeführt, ebenso Mais- und Kartoffelversuche. In Absprache mit der Landeslandwirtschaftskammer wird eine Auswahl von Landsorten bzw. alten Zuchtsorten für die Förderungsaktion gemäß ÖPUL 2000 getroffen (Präsentation im Rahmen eines Feldtages). Die Futterbauversuche an der Landw. Landeslehranstalt Rotholz werden fortgesetzt; die Sortenprüfung von 3 Arten werden nicht mehr bearbeitet. Etwaige Neuanlagen sind noch zu planen. Von den Hochlagenversuchen werden zwei Düngungsversuche und Begrünungsversuche auf mindestens 5 Standorten weiterbetreut. Weitere Versuche werden nur noch jedes zweite Jahr bonitiert. Ein genaues Jahresprogramm wird im Rahmen der ARGE Landwirtschaftliches Versuchswesen festgelegt.

8.6 Land- und Forstwirtschaftsinspektion

Sicherheitstechnische Überprüfung der bäuerlichen Betriebe

Im Berichtsjahr 1999 kontrollierten die Organe der Land- und Forstwirtschaftsinspektion 477 Betriebe in 499 Kontrollen im Folgejahr 2000 waren es auf 511 Betrieben 549 Kontrollen. Der Schwerpunkt war wie bisher die Besichtigung von Neu- und Umbaumaßnahmen. Im Zuge dieser Begehungen wurde in diesen beiden Jahren auch Augenmerk auf die Ausstattung der landwirtschaftlichen Treibstofflager gerichtet.

Sicherheitstechnische Gutachten zu Bau- und Benützungsbewilligungen

Im Jahr 1999 wurden 465 Stellungnahmen zu Ansuchen um Bau- oder Benützungsbewilligung abgegeben, im Jahr darauf 510. Zirka die Hälfte dieser Stellungnahmen erfolgte schriftlich.

Schwerpunktprogramm

1999 und 2000 war als Österreich-Schwerpunkt für die Arbeit der Land- und Forstwirtschaftsinspektionen die Waldarbeit vorgesehen. Die Ausstattung der Forstfacharbeiter mit persönlicher Schutzausrüstung ist im Allgemeinen sehr gut. Die Forstfacharbeiter wurden allerdings Großteils nur von Gemeinden oder Agrargemeinschaften beschäftigt. Bei den Beschäftigten im Bauernwald, meist familieneigene Arbeitskräfte, konnte ein klaren Zusammenhang zwischen Ausbildungsniveau und Verwendung von Schutzausrüstung erkannt werden. Auch die Qualität der Arbeitsorganisation und -technik hängt von den besuchten Aus- und Weiterbildungsprogrammen ab.

Unfallstatistik

1999 wurden von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern 442 Arbeitsunfälle (5 tödliche) und 39 Fälle von Berufskrankheit (Farmerlunge, Asthma bronchiale, Borreliose) anerkannt. Die All-

gemeine Unfallversicherungsanstalt meldete 94 Arbeitsunfälle im Bereich der unselbständig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft, davon einen mit tödlichem Ausgang.

Im Jahr 2000 ging die Anzahl der von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern gemeldeten Arbeitsunfälle auf 413 zurück, allerdings stieg die Zahl der tödlichen auf 7. Bei den 26 Fällen von Berufskrankheiten waren diesmal, neben Fällen von Farmerlunge und Asthma Bronchiale, eine Hauterkrankung und eine Erkrankung durch chemisch-irritativ wirkende Stoffe gemeldet. Von der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt wurde der Rückgang auf 72 Arbeitsunfälle bekanntgegeben, von denen keiner tödlich war.

8.7 Agrarmarketing Tirol

Das Gütesiegel „Qualität Tirol“ als Marke der Tiroler Bauern wurde konsequent weiterausgebaut. Lizenzvergaben erfolgten im Jahr 2000 neu an Milch (Tiroler Alm Milch und Tiroler Alpen Milch), an Butter (Tiroler Bergbauern Butter), sowie Tiroler Äpfel.

Sämtliche Produkte profitierten vom Start weg vom positiven Image der Dachmarke durch überdurchschnittliche Akzeptanz auf anspruchsvollem Preisniveau.

Besondere Bewährung zeigte die Markenstrategie am krisengeschüttelten Fleischmarkt. Mit dem bestehenden Qualitätsmanagement, das im Zuge der Fleischkrise in einigen Punkten entscheidend verbessert wurde, konnte das Vertrauen der Tiroler Bevölkerung in heimisches Fleisch durch überzeugende Argumente größtenteils und sehr rasch wieder hergestellt werden. Dieser Überzeugung folgten auch die TILAK sowie eine Vielzahl von Landeseinrichtungen durch Umstellung der Beschaffung auf „Qualität Tirol“ geprüfte Ware.

Bei der Käsevermarktung erfuhr das „Qualität Tirol“-Käsesortiment mit der Prämierung des Käsekaisers, sowie als innovativste Neueinführung des Jahres 2000 österreichweit höchste Anerkennung. Mehr als 500.000 kg konnten im Jahr 2000 zu überdurchschnittlichen Preisen vermarktet werden. Die Entwicklung in diesem Segment zeigt stark steigende Tendenz, wobei höchste Aufmerksamkeit auf die Qualitätsverbesserung bei den einzelnen Käsereien geschenkt werden muss. Auch Bio-Käse der Sennereien Hatzenstädt, Walchsee, Prutz und Tirol Milch werden unter dem Gütesiegel vermarktet.

Deutlich erweitert werden konnten die Anbauflächen und der Absatz von 1.350 Tonnen für „Qualität Tirol“-Erdäpfel im Jahr 2000. Erfolgreich erprobt und umgesetzt wurde der Einsatz von Tiroler Erdäpfeln in der Gastronomie durch eine Kooperation mit der Tiroler Wirtshauskultur. Auch die Initiative „Qualität Tirol“-Blumen hat mit rund 4.000.000 verkauften Töpfe im Jahr 2000 alle Erwartungen übertroffen.

Im fünften Bestandsjahr der Agrarmarketing Tirol kann die Zielsetzung, nämlich Aufbau einer Marke als prinzipiell gelungen angesehen werden. Die höheren Erlöse aus „Qualität Tirol“-Produkten für die Bauern erreichten im Jahr 2000 annähernd die vom Land Tirol eingesetzten Mittel für das Agrarmarketing.

8.8. Die betriebswirtschaftliche Förderung und Beratung

8.8.1 Pflanzenbau

Der sich im **Grünland** vermehrt auf Wiesen und Weiden ausbreitende Stumpfblätrige Ampfer wurde vom BMLFUW zum Anlass genommen, den Ampfer zu einem Beratungsschwerpunkt zu machen.

Die Zunahme des Ampfers wird im Zusammenhang mit dem ÖPUL gesehen. Zum einen führen Extensivierungsprämien dazu, dass dem Grünland nicht der notwendige Stellenwert beigemessen wird. Zum anderen hat förderungsbedingt der Einsatz chemischer Mittel zur Ampferbekämpfung stark nachgelassen. In früheren Jahren konnten Bewirtschaftungsfehler mit Herbiziden ausgeglichen und die Ausbreitung des Ampfers eingebremst werden.

Verschärft wird die Ampferproblematik durch Wühlmaus, Maulwurf und Engerling insofern als die von diesen verursachten Lücken in der Grasnarbe Eintrittspforten für Ampfer sein können.

Relevant ist auch der Einsatz sogenannter Billig- oder Standardsämereien, die nach EU-Norm bis zu 5 Ampfersamen pro 60 Untersuchungsprobe enthalten dürfen. Die Verunkrautung der Grünlandbestände führt letztlich auch zu Qualitätsproblemen bei der Futtermittelkonservierung.

Im Hinblick auf eine ökologisch ausgerichtete und ökonomisch sinnvolle Milchwirtschaft muss dem Grundfutter verstärkte Bedeutung kommen. Qualitätsverbessernde Maßnahmen im Futterbau und in der Futtermittelkonservierung zur Erhöhung der Grundfutterleistung sind ein vorrangiges Ziel der pflanzenbaulichen Produktionsberatung.

Die Herausforderung in der Beratung liegt im einzelnen darin, entartete Wiesen und Weiden wieder flott zu machen, gute Grünlandbestände ohne chemische Korrekturmaßnahmen durch vorbeugende Bewirtschaftungsmaßnahmen zu erhalten, Einkommensreserven im Grünland durch höhere Milchleistungen aus dem Grundfutter zu mobilisieren, den Saatgutkauf von sogenannten Billig- oder Standardmischungen hin zu Qualitätsmischungen der ÖAG zu lenken und die Bekämpfung von Wühlmaus und Maikäferengerling forcieren.

Mit gezielten Beratungen, Informationen und Kursen wurde zur Erreichung dieser Ziele beigetragen.

Bei den Grünlandsämereien steigt der Anteil der ÖAG-Mischungen weiter. Für das Berichtsjahr meldet der Fachhandel einen Marktanteil von bereits rund 60 % der ÖAG-Mischungen. Im Jahr zuvor lag der Höchstwert noch unter der 50 %-Marke.

Seit dem Start der biologischen Maikäferbekämpfung mit Melocont-Pilzgerste im Jahre 1998 wurden in Tirol 4.184 kg dieses Produktes ausgebracht (pro ha 30 – 50 kg). Der Einsatz konzentrierte sich auf das Grünland und den Kartoffelbau im Oberland mit besonderem Schwerpunkt im Oberen Gericht. Die Wirkung von Melocont-Pilzgerste wird von der Universität Innsbruck laufend bonitiert. Melocont-Pilzgerste erhält im Frühjahr die Registrierung gemäß Pflanzenschutzmittelgesetz bis 30.06.2002.

Bei den **Alternativen im Ackerbau** ist zunehmendes Interesse insbesondere bei Kräutern erkennbar. Der Anbau von Mohn hat sich in den letzten Jahren in kleinem Umfang etabliert. Im

Versuchswesen werden neue und alte neue Kulturen auf ihre Anbaueignung geprüft. Information und Beratung erfolgte im Rahmen von Schauversuchen mit verschiedenen Mohnsorten.

Im Zuge der Beratung des Kräuteraanbaues wurden Bildungsveranstaltungen (Produktion, Verarbeitung, Vermarktung durchgeführt und der Aufbau einer Interessentengemeinschaft und einer Vermarktungskoooperation in die Wege geleitet.

Im Zuge der Beratung im **Ackerbau** war das neue ÖPUL-Programm ein Schwerpunkt. Starke Änderung gab es hinsichtlich Fördersystem und Produktionstechnik im Ackerbau. Der Kartoffelanbau ist erstmals im Rahmen des ÖPUL förderbar.

Auflagen des ÖPUL mussten in verständlicher Form den Ackerbauern erklärt werden. Weiters waren Zusammenhänge auszuarbeiten, Unterlagen betreffend Aufzeichnungen zusammenzustellen und die Richtlinie „IP-Kartoffelbau“ praxistauglich mitzugestalten.

Das Vorjahr war durch schwache Erträge im Kartoffel- und Maisbau gekennzeichnet. Die Nachfrage nach Speisekartoffel konnte nicht gedeckt werden.

In zahlreichen Vorträgen wurden Bauern informiert, Aufzeichnungsbögen sind in Verwendung, die Pflanzenschutzmittelliste IP-Kartoffel wurde geändert. Der Pflanzenschutzwarndienst auf FAX konnte erweitert werden. Felderbegehungen und Fachartikel ergänzen das Beratungsangebot im Ackerbau. Erste Fachartikel sind über das Internet abrufbar und Feldtage und Ackerbautage sollen zu fixen, jährlich wiederkehrenden Terminen werden.

Rekordernten gab es bei Kartoffel und Mais, die im Supermarkt abgesetzten Speisekartoffelmenge wurde um 30 % erhöht.

Die **Vermarktung von Tiroler Erdäpfel mit Gütesiegel „Qualität-Tirol“** wurde als gemeinsames Projekt mit der Agrarmarketing Tirol initiiert. Seit dem EU-Beitritt findet auf dem Kartoffelmarkt ein dramatischer Preisverfall statt, Produktstützungen sind nicht mehr möglich. Die Erdäpfel sind nicht Gegenstand der EU-Markordnung, das heißt, die Bauern bekommen keine Ausgleichszahlungen und die Preisbildung erfolgt nach ausschließlich marktwirtschaftlichen Kriterien. Die genossenschaftliche Vermarktung von Speisekartoffeln musste eingestellt werden.

Der Verein „Agrarmarketing Tirol“ hat die Erhöhung der Wertschöpfung landwirtschaftlicher Produkte aus Tiroler Herkunft als Aufgabe. Er vergibt für gewisse Produkte ein Gütesiegel (Marke). Diese Vorgabe musste auch für Erdäpfel umgesetzt werden.

Die Vermarktung Tiroler Erdäpfel in Supermarktketten erfolgt seit 4 Jahren nach dem System einer Vertragslandwirtschaft. Die Bauern produzieren nach einer genau festgelegten Erzeugerrichtlinie, die auch am Betrieb kontrolliert wird. Sie melden ihre voraussichtliche Ernte bereits im Frühjahr des Anbaujahres an den Vermarkter. Der Vermarkter spricht für diese gemeldete Menge eine Preis- und Absatzgarantie aus.

Die auf diesem Weg vermarkteten Erdäpfel betragen beim Projektstart im Jahr 1996 500 t, aus der Ernte 2000 gelangten 1.300 t in den Supermarkt. Seit dem Projektstart sind die Preise am gesamten Erdäpfelmarkt in Tirol stabiler.

Versuchswesen

Grundlage der Versuche ist nunmehr die „Arge Versuchswesen“. Beteiligt sind neben der Kammer, der Sachbereich Versuchswesen in der Abteilung Landwirtschaftliches Schulwesen beim Amt der Tiroler Landesregierung und die Landwirtschaftlichen Lehranstalten. Die Landeslandwirtschaftskammer für Tirol ist für Mais und Kartoffel und das Landwirtschaftliche Versuchswesen für Grünland und Getreide zuständig. Es werden Sortenexaktversuche und Sortenversuche an den Schulen (Kartoffel und Mais) sowie Feldtage durchgeführt. Versuche wurden bei sieben Mais-Standorten (249 Parzellen), drei Kartoffel-Standorten (152 Parzellen), zwei Getreide-Standorten (80 Parzellen) und 6 Standorten mit Alternativen durchgeführt.

8.8.2 Gemüse-, Obst- und Gartenbau

Gemüsebau

Die Verbesserung der Produktion ist das Hauptanliegen der **Gemüsebauberatung**. Dazu werden zu den Themen Düngung, Pflanzenschutz, Kulturtechnik und Sortenfragen Veranstaltungen und Versuche organisiert und durchgeführt, sowie einzelbetriebliche Beratungen abgehalten.

Durch die Vielzahl der angebauten Kulturen ergibt sich ein hoher Beratungsbedarf hinsichtlich Kulturtechnik, Fruchtfolge, Sortenwahl, sowie Düngungs- und Pflanzenschutzfragen.

Die korrekte **Düngung** ist Grundlage für einen umweltverträglichen, qualitätsorientierten Gemüsebau. Bei einer Bodenprobenaktion wurden Bodenproben von über 70 Parzellen untersucht, so dass inzwischen fast flächendeckend Messwerte vorhanden sind. Anhand der Untersuchungsergebnisse ist eine bedarfsgerechte Düngung möglich. Auch für die Bemessung der Stickstoffdüngung wurden wieder Proben untersucht (ca. 300). In zunehmendem Maße werden die Bauern geschult, die Messungen selbst vorzunehmen. Eine Düngeberatung wurde mit ca. 80% der Tiroler Gemüsebaubetriebe durchgeführt. Mehrere Versuche bei verschiedenen Gemüsearten wurden angestellt zum Einsatz von stabilisierten Stickstoffdüngern, die das Nitrat-Auswaschungsrisiko verringern.

Mehrere **Sortenversuche** wurden durchgeführt, um die Eignung neuer Gemüsesorten unter Tiroler Bedingungen zu testen und den Produzenten die Sortenwahl zu erleichtern. Unterschiedliche Salate, Radieschen und Vogerlsalat wurden dabei näher untersucht. Ein Schwerpunkt wurde dabei auf neue Resistenzzüchtungen gelegt, da diese für den umweltschonenden Anbau in Zukunft immer wichtiger werden.

Zur Verbesserung der **Kulturtechnik** wurden in Zusammenarbeit mit den Gemüsebaubetrieben verschiedene Versuche angelegt, die sich beispielsweise mit dem Einsatz von Mulchfolie aus Maisstärke im Zucchini-anbau, mit unterschiedlichen Saatstärken bei Zwiebeln oder der Dammkultur von Karotten beschäftigten.

Im Sommer wurde der „**Tiroler Salattag**“ veranstaltet, bei dem zwei Tage lang Vorträge und Versuchsbegehungen zum Thema Salatanbau stattfanden.

Bei einer Informationsveranstaltung zum ÖPUL wurde speziell über die Fruchtfolgestabilisierung und die IP-Richtlinien für Gemüse und Kartoffeln informiert.

Zur Verbesserung der Betriebsorganisation durch den Einsatz einer speziellen Computer-Software wurde ein Seminar und die einzelbetriebliche Anpassung des Programmes organisiert. Sieben Betriebe nutzen die angebotene Software und können dadurch ihren Warenverkehr rationell abwickeln und wichtige betriebswirtschaftliche Ergebnisse auswerten.

Der Verein zur Förderung des Tiroler Gemüsebaus mit 37 Mitgliedern wurde Ende 2000 gegründet. Ziel des Vereins ist es, über die zentrale Organisation von Einkauf, Anbauplanung, Absatz und Logistik Einsparungspotentiale zu nutzen und neue Abnehmer zu gewinnen. Der Austausch von Waren zwischen den Gemüsebauern wird durch eine wöchentlich verschickte Faxbörse erleichtert.

Ergänzend zum Feldgemüsebaufacharbeiterkurs im Herbst 2000 wurden Feldbegehungen, Exkursionen und Projektarbeiten durchgeführt. 27 Gemüsebauern (23 Tiroler und 4 Salzburger) absolvierten den Facharbeiterkurs und bestanden die Abschlussprüfung. Zahlreiche Gemüsebauern nutzten das Bildungsangebot des Kurses und nahmen an einzelnen Veranstaltungen teil. Nach dem großen Erfolg des Kurses wird ein Meisterkurs organisiert.

Beim Gärtner-Meisterkurs wurden 10 Unterrichtsstunden und eine Prüfung zum Thema "Gemüsebau" abgehalten. Im Rahmen von Vorträgen und Artikeln in Fachzeitschriften wurden Konsumenten über den heimischen Gemüsebau informiert. Weitere Informationsveranstaltungen beschäftigten sich mit Sortenfragen und mit Saisonarbeitskräften. Bei zwei Fachexkursionen wurden Vermarktungseinrichtungen, Versuchsanstalten und Praxisbetriebe besucht.

Schwerpunkte für 2001 sind Initiativen bei der Vermarktung, die Abhaltung von Meisterkursen im Feldgemüsebau, Informationen zum Thema Porree sowie verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

Obstbau

Ziel im Kernobst- sowie auch im Steinobstanbau war es, weitere Betriebe zum Umstellen auf niedrigere Baumformen und schwach wachsende Unterlagen zu bewegen. Bei den Zwetschken konnte aufgrund von mangelndem Pflanzenangebot von kleinkronigen Zwetschkenbäumen nur geringfügig um ca. 0,7 ha ausgeweitet werden. Auch beim Beerenobst konnten Flächenausweitungen erreicht werden.

Um die Anforderungen des ÖPUL zu erfüllen, wurde eine Möglichkeit zur Überprüfung der Spritzen (Gebläsespritzen) organisiert. Bis Ende 2000 wurden 80 % der Gebläsespritzen überprüft, mit denen 85 % der Anbaufläche behandelt werden.

Aufgrund des Feuerbrandbefalls in Erwerbsanlagen 1999 wurde eine weitere Ausbreitung dieser Bakterienkrankheit in Tirol befürchtet. Durch intensive Schulungen, Kontrollen und fachgerechten Ausschnitt bzw. Rodung befallener Wirtspflanzen konnte jedoch eine weitere Ausbreitung eingedämmt werden. Die Anlagen blieben bis zum Herbst zu 90 % befallsfrei.

Die bereits gute Qualität der Tiroler Äpfel konnte durch intensivere Fruchtregulierung, Sortierung, aber vor allem durch das Schulen des richtigen Schnitts und ein erhöhtes Qualitätsbewusstsein der Anbauer weiter gesteigert werden.

Durch Besuche von Fachveranstaltungen in anderen Bundesländern konnte der Informationsfluss zum Obstbauern hin aufrecht erhalten werden. Die Aus- und Weiterbildung des Fachreferenten der LLK war im Berichtsjahr ein Schwerpunkt.

Beim Beerenobst bildete die Information der Betriebe über Möglichkeiten des zeitgemäßen Pflanzenschutzes einen Beratungsschwerpunkt. Außerdem wurde über die neuesten Entwicklungen in den Anbaumethoden der Erdbeere, Himbeere und Heidelbeere informiert. In der Praxis wurden Kontrollen auf Milbenbefall und Pilzkrankheiten durchgeführt und ausgewertet. Aufgrund dieser Daten konnten Pflanzenschutzempfehlungen gegeben werden. Über die Daten von Bodenuntersuchungen wurden Düngepläne erstellt. Zu den Anlagenbegehungen sowohl im Beerenobst-, als auch im Kern- und Steinobstbereich wurden Fachreferenten zu aktuellen Themen eingeladen. Diese Veranstaltungen brachten große fachliche Weiterbildung der Obstbauern und man konnte ein sehr starkes Interesse dazu wahrnehmen. Durch vermehrte Veranstaltungstätigkeit im Beerenobstbereich konnte in diesem Jahr die Beerenobst Anbaufläche wieder etwas erweitert werden. Es wurden drei Probeflächen ausgepflanzt, die zu einer Abklärung einer sinnvollen Betriebsumstellung dienen.

Das bereits gestartete Projekt zur Weiterentwicklung der **Obstverarbeitung** in Tirol wurde im Jahr 2000 mit großem Erfolg weitergeführt. Es fanden Veranstaltungen mit 16 Kursen zu den Bereichen Saftbereitung, Mostbereitung, Essigbereitung sowie Likörkurse, Brennkurse und Kosterschulungen statt, wobei besonders auf die Qualität der Produkte Wert gelegt wurde. Großes Interesse war bei den Kursen für die Saft-, Most- und Essigbereitung zu erkennen. Von den über 150 Teilnehmern nutzten viele auch das modulare Angebot und bildeten sich auf allen angebotenen Bereichen weiter. Dass diese Kurse gefördert werden ist einerseits sehr erfreulich, andererseits ist mit der Abwicklung der eingereichten Förderungsanträge wieder ein zusätzlicher Aufwand verbunden. Bei Hauswirtschaftskursen wurden vor allem Themen wie Marmeladen-, Konfitüren- und Geleeerzeugung bzw. das Herstellen von Likören fachlich aufgearbeitet.

An der **Tiroler Landesschnapskost** und **Likörverkostung** nahmen im Jahr 2000 112 Brenner teil, wobei 354 Brände und 78 Liköre für die Bewertung eingereicht wurden. 47 % der eingereichten Brände und 59 % der eingereichten Liköre konnten jene Punktezahl erreichen, ab der ein Brand bzw. Likör ausgezeichnet wird. Die Qualitätssteigerung der heimischen Schnäpse wurde aufgezeigt. Bei der Verkostung der Liköre zeigte sich deutlich, dass die Kurse in den vergangenen Jahren zum Thema Likörbereitung von den Produzenten sehr gut umgesetzt wurden und die Produktion hochwertiger Liköre für viele Brenner an Bedeutung gewonnen hat.

Mit der **Tiroler Hofschank** werden den bäuerlichen Betrieben neue Absatzwege für qualitativ hochwertige Produkte eröffnet. Betriebe, die das Anforderungsprofil hinsichtlich Ausstattung und Produkte erfüllen, erhalten das Recht, das geschützte Logo „Tiroler Hofschank“ zu führen.

Erwerbsgartenbau

Nach dem guten Erfolg der Aktion Qualität Tirol für Topfpflanzen im Jahr 1999 stieg die Zahl der Betriebe, die dieses Gütesiegel führten, auf 33. Die Anzahl der im Qualität Tirol Topf kultivierten Pflanzen betrug im Jahr 2000 über 3,2 Mio. Die teilnehmenden Betriebe wurden regelmäßig in der Umsetzung der Qualitätsrichtlinien beraten. Weiters wurden in mehreren Sitzungen des Werbebeirats die Eckpunkte der Bewerbung des Gütesiegels für Topfpflanzen festgelegt. Aufgrund veränderter Rahmensituationen musste in enger Absprache mit den Betrieben ein Schlüssel zur Einhebung zur finanziellen Eigenbeteiligung der Gärtner für die Aktion erstellt werden.

Der Verband „Die Tiroler Gärtner“ (Erwerbsgartenbauverband Tirol) hatte Ende des Jahres 105 ordentliche Mitglieder. Die Ziele des Verbandes sind die berufsständische Vertretung, die Koor-

dination und Durchführung von Werbemaßnahmen, die Förderung des Zusammenhaltes unter den Gärtnern und deren Weiterbildung.

In der gärtnerischen Produktion treten oft Probleme auf, die eine schnelle Lösung fordern. Hier wurden Ursachen erhoben und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Schwerpunktmäßig geschieht die Beratung im Betrieb, teils auch am Telefon. Im Abstand von je ca. 1 Monat wurden zehn Informationsrundschriften über Neuerungen bei Gesetzen, Produktionsmethoden, Veranstaltungen etc. an die Gärtnereien geschickt. Auch über die Landwirtschaftlichen Blätter und die Internetseite der Landwirtschaftskammern wurden den Produzenten Information vermittelt.

An der Landesberufsschule für Gartenbau wurden im Fach Gartenbautechnik und im Tiroler Gärtnermeisterkurs zum Thema Zierpflanzenbaugrundlagen unterrichtet. Im Gärtnermeisterkurs wurde inhaltlich z. B. bei der Bestellung von Referenten mitgearbeitet, sowie zwei Abschlussarbeiten für Kandidaten des Gärtnermeisterkurses betreut. Für die Facharbeiter erfolgte in Zusammenarbeit mit der Lehrlingsstelle eine zweitägige Facharbeiterprüfung sowie eine Nachprüfung. Erstmals wurde eine Feier zur Überreichung der Facharbeiterbriefe mitorganisiert und durchgeführt.

Die Verkehrserschließungsabgabe belastet derzeit viele Tiroler Gärtnereien. Hier wurden Fakten zur Argumentation zusammengestellt. Stellungnahmen erfolgten zur Novelle der Pauschalierungsverordnung, der Giftverordnung und des Tiroler Pflanzenschutzgesetzes. Seit kurzem wird von den Gärtnern auch eine Werkverkehrskarte verlangt, die Rahmenbedingungen für den Einsatz dieser Karte wurden erhoben und die Gärtnereien darüber informiert. Aufgrund der misslichen Situation bei Pflanzenschutzmitteln wurde für den österr. Zierpflanzenbau eine Liste von Indikationslücken erstellt, die im gärtnerischen Anbau zu großen Problemen führen.

Nach in Kraft treten der neuen Förderungsrichtlinien wurde neben einer allgemeinen Information 14 Betriebe konkret beraten. Mit sieben Betrieben wurden Anträge und Betriebsverbesserungspläne ausgearbeitet. Weitere drei Betriebe stellten Anträge für die Sparte „Abwasserrecycling im Gartenbau“ (ehemaliges Umweltministerium). Die getätigten Investitionen beliefen sich auf ca. S 21 Mio. (€ 1,53 Mio.) . Dafür wurden aus landwirtschaftlichen Mitteln ca. S 2,6 Mio. (€ 100,19 Mio.) an Barzuschuss sowie über S 11 Mio. (€ 0,80 Mio.) an AIK bewilligt.

Über die Faxbörse wurde wöchentlich Angebote von Pflanzen aus heimischer Produktion an ca. 150 Gärtnereien und Blumengeschäfte versandt. Öffentlichkeitsarbeit wurde durch Presstexte und Konsumentenvorträge betrieben. Aus verschiedenen öffentlichen und privaten Institutionen wurde um fachliche Auskunft gebeten. Der Zierpflanzenbaureferent war erster Ansprechpartner bei allgemeinen Fragen wie Ausbildung, Steuerrecht, Raumordnung etc.. Weitere Aufgaben waren die Verbesserung von Weiterbildungsveranstaltungen und die Organisation eines Beraterseminars.

LANDESKULTURELLER AUFGABENBEREICH

Die Beratung für Haus- und Kleingärtner sowie die Unterstützung der angeschlossenen Verbände sind die Arbeitsschwerpunkte dieses Aufgabenbereichs. 100 Tiroler Obst- und Gartenbauvereine mit nunmehr 14.518 Mitgliedern sind im Landesverband für Gartenbau und Landschafts-

pflge organisiert, der Tiroler Baumwärterverband hat derzeit 280 Mitglieder. Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt ist die Gestaltung der Mitglieder- und Fachzeitschrift „Grünes Tirol“ mit rund 15.000 Abonnenten.

Die 100 **Obst- und Gartenbauvereine** werden fachlich und organisatorisch über die Abteilung Obst- und Gartenbau der Landeslandwirtschaftskammer für Tirol betreut. Im Jahr 2000 wurden etwa 300 Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen mit den fachlichen Schwerpunkten Gartengestaltung, Ortsbildpflege, Blumenschmuck am Haus, Gemüsebau im Hausgarten, Grabgestaltung, Obstbaumpflege, Beerenobst, Obstverarbeitung, Kompostierung, Feuerbrand und Pflanzenschutz unter ökologischen Gesichtspunkten über diese Vereine organisiert.

Die Mitglieder- und **Fachzeitschrift „Grünes Tirol“** wird fachlich und inhaltlich zum überwiegenden Teil von den Mitarbeitern der Abteilung Obst- und Gartenbau der Landeslandwirtschaftskammer für Tirol gestaltet und redaktionell betreut. Diese Fachzeitschrift bezogen im vergangenen Jahr 14.866 Abonnenten.

Durch die Obst- und Gartenbauvereine werden 32 vereinseigene **Obstverarbeitungsanlagen** betreut. Die fachliche Beratung wird durch die Abteilung Obst- und Gartenbau und die Mitarbeiter des Tiroler Landesverbandes für Gartenbau und Landschaftspflege übernommen. Bei der Haltbarmachung des Apfelsaftes legt man Wert darauf, dass dies ausschließlich durch Erhitzen erfolgen sollte. In diesem Bereich wurden größere Investitionen getätigt. Im Berichtsjahr wurden ca. 1000 Tonnen Obst aus den Siedlergärten in den Obst- und Gartenbauvereinen verarbeitet. Dies ist mehr als das Doppelte von 1999. Eine neue Anlage wurde in Pfons errichtet, die im Jahr 2001 ihre Arbeit aufnimmt.

Schwerpunkte und Aufgaben des Landesverbandes waren die Beratung und die Information, die Ausarbeitung eines Konzeptes zur Absicherung der Funktionäre, die Schulung der Mitarbeiter in den Vereinen und die Erarbeitung neuer Verbandssatzungen.

Der **Landesverband der Baumwärter Tirols** wird über die Abteilung Obst- und Gartenbau fachlich und organisatorisch betreut. Die geschulten und geprüften Baumwarte sind als Beratungskräfte in den Obst- und Gartenbauvereinen speziell für den Siedlerobstbau ausgebildet. Im Jahr 2000 nahmen rund 90 Personen an den Schnittkursen teil. 25 Personen sind im März 2000 zur Prüfung angetreten und haben die Prüfung abgelegt, um den Befähigungsnachweis zu erwerben. Geprüft werden dabei die Grundlagen des Obstbaumschnittes sowie der Pflanzenschutz, die Boden- und Düngerlehre. Bei diesen Aktivitäten ist bereits eine gute und enge Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden von Tirol, Salzburg und Vorarlberg entstanden.

8.8.3 Biologischer Landbau

Im Jahr 1999 waren in Tirol 4.681 Betriebe (um 279 weniger als im Vorjahr), die nach den Richtlinien des Biologischen Landbaues wirtschaften, gemeldet. Davon gehören ca. 900 Mitglieder dem ERNTE-Verband an. Mit dem Ablauf der fünfjährigen Verpflichtung des ÖPUL 95 Ende 1999 stiegen ca. 700 Biobauern aus diesem Programm aus.

Unzufriedene Biobauern wechselten von der Maßnahme "Biologischer Landbau" zur Maßnahme "Gesamtbetriebsmittelverzicht", was zwar mit etwas geringeren Förderungen verbunden ist, aber auch nicht mit so strengen Auflagen verbunden ist. Gründe für die Austritte waren die nicht er-

reichten Effekte bei der Vermarktung der Produkte und die strengen Auflagen bei der Tierhaltung. Die Tierhalterverordnung für den biologischen Landbau VO (EG) Nr.1804/1999 als Ergänzung zur Bio Verordnung VO (EG) Nr. 2092/91 trat im August 2000 in Kraft.

Das Ziel für die kommende Periode ist, die Zahl der Biobauern im ÖPUL 2000 zu halten. Voraussetzung dafür wird die Verbesserung der Marktsituation für Bioprodukte sein. Zahlreiche Initiativen (Informationskampagnen, Öffentlichkeitsarbeit, Bildungsoffensiven, Marktanalysen etc.) sollen zur Erreichung dieses Zieles beitragen. Durch die Arbeitsgruppe „Biologischer Landbau“ der Landeslandwirtschaftskammer für Tirol soll eine weiterhin verstärkte Zusammenarbeit aller Beteiligten erfolgen.

Jahr	Anzahl geförderte Betriebe	Fördersumme in Mio. S
1992	1.384	28,21
1993	2.253	24,41
1994	3.308	40,70
1995	3.956	95,05 + Kontrollzuschuss 13,94
1996	4.768	111,40 + Kontrollzuschuss 16,40
1997	4.812	112,40 + Kontrollzuschuss 16,60
1998	4.960	inkl. Kontrollzuschuss 129,99
1999	4.681	inkl. Kontrollzuschuss 130,65

Die Förderung der Biobetriebe erfolgt im Rahmen des österreichischen Programms für eine umweltgerechte, extensive und den natürlichen Lebensraum schützende Landwirtschaft (ÖPUL). Im Jahr 1999 wurden laut Aufstellung des BMLF in Tirol S 130,65 Mio. (€ 9,50 Mio.) an Bioförderung ausbezahlt. In diesem Betrag ist der zur Durchführung einer EU-konformen Kontrolle gewährte Zuschuss enthalten. Ab dem Jahr 2001 beginnen die neuen Verpflichtungen im Rahmen des ÖPUL 2000.

8.8.4 Tierzucht

Auf Grund der natürlichen Gegebenheiten ist in Tirol die Tierproduktion in Kombination mit der Grünlandbewirtschaftung der vorrangige Betriebszweig. Besonders die Rinderhaltung und die Milchwirtschaft sind die wesentlichen Einkommenskomponenten. Grundlagen sind gut organisierte Zuchtverbände, die Leistungskontrolle, die fachliche Beratung und auch die Orientierung am aktuellen Fördergeschehen.

Aufgaben- und Tätigkeitsschwerpunkte sind neben den Allgemeinen Aufgaben in der Interessensvertretung vor allem die Spezialgebiete Vermarktung von Zucht- und Nutztieren, Zuchtberatung, Managementberatung, Informationsangebote in Form von Vorträgen und Züchterrundschreiben, das Ausstellungswesen sowie Werbung und Marketing abzudecken.

Rinderzucht

Im Rahmen der **Milchleistungskontrolle** konnte auch in den Jahren 1999 und 2000 eine Leistungssteigerung der unter Kontrolle stehenden Kühe erzielt werden. Im Jahr 2000 erzielten 50.733 Kühe (1999: 50.707) einen Vollabschluß und erreichten dabei einen Landesdurchschnitt von 5.626 (+151) kg Milch, 4,12 % (-0,05) Fett und 3,32 % (+-0,0) Eiweiß (1999: 5.475 (+151) kg Milch, 4,12 % (+0,01) Fett und 3,32 % (+-0,02) Eiweiß).

Seit Dezember 2000 werden die Daten der Milchleistungskontrolle im Rinderdatenverbund verarbeitet. Die Rinderzüchter erhalten jetzt als Service Quartalsberichte als Kontroll- und Planungsinstrument für die Zuchtarbeit. Das Ziel ist, dass jeder Züchter monatlich einen Tagesbericht mit den Ergebnissen der Probenehmerkontrolle und den aktuellen Leistungsdaten seiner Tiere erhält.

Weiters wurde durch die zusätzlichen monatlichen Zellzahl- und Harnstoffuntersuchungen dem Milchproduzenten ein wertvolles Instrument für das Herdenmanagement zur Verfügung gestellt.

Deutlich zugenommen hat im Jahr 1999 die **künstliche Besamung**. Mit 129.810 Besamungen wurden um 8.332 (+6,9 %) mehr als im Vorjahr getätigt. Im Jahr 2000 war der Stand mit 128.233 Besamungen um 1.577 (-1,2 %) geringer. Der Anteil der einzelnen Rassen in Prozent ist im Jahr 2000 wie folgt: Fleckvieh 50,1 %, Braunvieh 31,9 %, Grauvieh 4,5 %, Schwarzbunt 3,8 %, Pinzgauer 1,4 %. Der Rest entfällt auf die Rinderrassen Jersey, Tuxer, Limousin, Blaue Belgier, Blonde d'Aquitain, Angus, Charolais, Piemonteser, Schottische Hochlandrinder, Galloway und Pustertaler Sprinzen.

Der Großteil der Besamungen (ca. 85 %) wurde von den Tierärzten durchgeführt. Der Rest erfolgt durch Besamungstechniker (ca. 5 %) und eine zunehmende Anzahl von Eigenbestandsbesamer (ca. 10 %).

Die Zuchtorganisationen in ganz Österreich sind lokal mit entsprechenden Zuchtprogrammen organisiert. Aufgrund der budgetären Situation werden in Zukunft nur noch Organisationen mit bundesweiten Zuchtprogrammen, die derzeit erarbeitet werden, gefördert.

Im Rinderbereich kamen 1999 und 2000 folgende **Förderungsmaßnahmen** direkt den Bauern zugute: (für das Jahr 2000 liegen noch keine endgültigen Daten vor)

Kategorie	Prämiensumme in Mio. S				
	Österreich		2000 *)	Tirol	1998
	1999	1998		1999	1998
männliche Rinder	459,8	491,94	8,64 *)	11,3	12,85
Mutterkühe	596,2	511,28	48,75 *)	55,8	49,89
nat. Mutterkuhzusatzprämie	102,0	106,47	5,16 *)	9,6	10,38
Extensivierungsprämie	204,4	212,80	-	20,5	22,06
Mutterschaftprämie und Mutterziegenprämie	62,9	65,78	13,67 *)	15,8	17,21

Quelle: Grüner Bericht 1998 und 1999, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft *) AMA Ausgleichszahlungen, Stand 31.03.2001 – Die Daten für das Jahr 2000 sind noch nicht vollständig, da im Laufe des Jahres 2001 bis zur Jahresmitte noch Nachberechnungen und Nachzahlungen erfolgen.

Im Jahr 2000 wurde die Mutterkuhprämie für Kalbinnen eingeführt. Der in der Prämie für die Mutterkühe enthaltene Anteil für die Kalbinnen beträgt S 13,14 Mio. (€ 0,95 Mio.). Ebenfalls neu seit dem Jahr 2000 sind die Kalbinnenprämie für Milchrasen (S 1,09 Mio. bzw. € 79.213) und die Schlachtprämie (S 4,25 Mio. bzw. € 0,31 Mio.)

Die für die Tierzucht im Rinderbereich bedeutenden stabilen Marktordnungsprämien für Mutterkühe, Kalbinnen und männliche Rinder ermöglichen in Kombination mit der Extensivierungsprämie die Aufrechterhaltung einer ökologischen Bewirtschaftung mit geringer Viehdichte.

Milchwirtschaft

Im milchwirtschaftlichen Bereich waren die wesentlichsten Schwerpunkte bei den Beratungen Qualitätsmilchgewinnung, Referenzmengenregelung, Mutterkuhprämie, Direktvermarktung inklusive Lebensmittelrecht und Milchhygieneverordnung. Um künftig Problemen im Zusammenhang mit Direktverkaufs-Referenzmengen verstärkt entgegenwirken zu können, wurde das Aufzeichnungsheft für Direktvermarktung von Milch- und Milchprodukten neu aufgelegt und mit aktuellen Kurzartikeln in den verschiedensten Bereichen ergänzt.

Im Rahmen der 5. internationalen Käsiade in Hopfgarten im Brixental wurde heuer erstmals der Tiroler Milchbauerntag abgehalten. Neben aktuelle Informationen stand dabei die Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen Erzeuger- und Verarbeitungsbetrieben im Vordergrund. Bei Veranstaltungen im Rahmen von Facharbeiterkursen, Meisterkursen, Versammlungen von Molkereien und Käsereien wurden wichtige Informationen an die Milchbauern weitergegeben.

Gegenüber den Vorjahren ist der Beratungsaufwand in Referenzmengenangelegenheiten deutlich zurückgegangen. Dadurch freiwerdende Zeitkapazitäten können vermehrt in die im Jahr 2001 im Aufbau befindenden Milch-Arbeitskreise investiert werden. Arbeitskreise Milchviehhaltung laufen seit einigen Jahren in verschiedenen Bundesländern mit unterschiedlichem Erfolg und sollen ein fachübergreifendes Forum für milchwirtschaftliche Fragen bilden.

Zur Verbesserung der Qualität und hygienischen Wertigkeit von Milch und Milchprodukten wurde den Be- und Verarbeitungsbetrieben auf Grund einer Landesrichtlinie ein Beitrag in Höhe von 10 g/kg Milch gewährt.

Schafzucht

Die Einführung eines gemeinsamen Zuchtprogrammes ist leider aufgrund unterschiedlicher Auffassungen innerhalb der österreichischen Verbände noch nicht gelungen. Die Arbeit im Schaf und Ziegenzuchtverband ist vor allem durch die Vorbereitungen für die 2. Bergschafinteralpin und die 3. Bundesausstellung gekennzeichnet.

Im Rahmen der Marktordnungsprämien wurden 1999 für 40.943 Mutterschafe (1998: 43.299) EU-Mittel in Form von Direktzahlungen an 2.069 Betriebe (1998: 2.166) im Umfang von S 15,8 Mio. (€ 1,15 Mio.) (1998: S 13,7 Mio.) ausbezahlt.

Im Jahr 2000 waren es 38.258 Mutterschafe (inkl. Mutterziegen), für welche an 2.048 Betriebe insgesamt S 13,7 Mio. (€ 1,00 Mio.) ausbezahlt wurden (AMA Ausgleichszahlungen, Stand 31.03.2001).

8.8.5 Maschinenwesen und Landtechnik

Der Maschinenring-Landesverband Tirol verzeichnete bei der Mitgliederzahl in seinen neun Maschinenringen eine Steigerung von 5.516 (1999) auf 5.750 (Ende 2000) Mitglieder. Der Verrechnungswert stieg von S 124,59 Mio. (€ 9,06 Mio.) auf S 133,80 Mio. (€ 9,72 Mio.) Durch Unsicherheiten im Rechtsbereich (Pauschalierungsverordnung, Versicherungspflicht Nebentätigkeiten) gab es Rückschläge bei der Abrechnung - und somit keine Steigerung beim Verrechnungswert im ursächlichen Maschinenring-Bereich. Der gewerbliche Bereich MR-Service und MR-Personalleasing konnte jedoch stark ausgebaut werden.

Tätigkeiten und Schwerpunkte im Jahr 2000

Aus- und Weiterbildungen für MR-Geschäftsführer und Mitglieder sowie die Optimierung der immer umfangreicheren und anspruchsvolleren Organisationsarbeit zählten zu den zentralen Schwerpunkten. Laufende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und verstärkte Kommunikation und Information für die Geschäftsstellen haben sich als Garant für eine gute Weiterentwicklung herauskristallisiert. Die Entwicklung von neuen Aufgabenbereichen und Strategien (Vorbereitungen und Aufbau der Haushaltshilfe, Umsetzung MR-Büro Oberland, Bezirk Schwaz, Region Kufstein, Vorbereitung, Gründung Bioenergie Tirol und MR-Computerdienst) erweitert die Vielfalt und stärkt die Organisation zusätzlich.

Die Dienstleistungsunternehmen der Maschinenringe, die tirolweit operierende Firma „**MR-Service Tirol**“ und die österreichweit tätige „**MR-Personalleasing**“, nahmen auch im Jahr 2000 wieder einen erfreulichen Aufwärtstrend: Während MR-Service seinen Umsatz um ca. 20 % steigerte, konnte der Umsatz der bäuerlichen Arbeitskräfteüberlassungsfirma in Tirol sogar fast verdoppelt werden.

Insgesamt konnte im gewerblichen MR-Bereich ein Umsatz von ca. S 45 Mio. (€ 13,27 Mio.) erwirtschaftet werden, was für zahlreiche Tiroler Landwirte ein Zusatzeinkommen bedeutet.

Allein über MR-Service kamen im vergangenen Jahr mehr als 800 Bauern zum Einsatz. Schwerpunkte im Jahr 2000 waren Weiterbildungsmaßnahmen einerseits für Bauern (Durchführung von zwei Lehrgängen zum geprüften Grünraumpfleger in Imst und St. Johann; Ergänzungskurse) und andererseits für die MR-Geschäftsführer und Mitarbeiter.

Weiters standen der Ausbau der Beratungsleistungen für Auftragnehmer (u. a. Umsetzung des Projektes „MR-Steuerberatung“), der Ausbau des Projektes „MR-Bioenergie“ und die Organisation der Sonderschau „Bauern: Innovation und Vielfalt“ im Rahmen der Innsbrucker Herbstmesse sowie die Gewinnung von Großkunden im Mittelpunkt der Tätigkeiten.

Die **tirolweit organisierte Agrarfoliensammlung** wird in vielen Gebieten zweimal jährlich, in Osttirol und im Oberland einmal jährlich organisiert. Immer mehr Bauern nehmen das Sammelsystem an und entsorgen damit ihre Altfolien ordnungsgemäß. Um die Sammlung noch besser und effizienter zu gestalten, wurden im Jahr 2000 30.000 Sammelsäcke ausgegeben. Dies erleichtert die Sammlung vor Ort und beschleunigt die Verpressung bei der Sammlung. Dass einige Bauern ihre Rundballen schlampig lagern, wird kritisch gesehen. Mit positiver Argumentation und Aufklärung wird versucht, das Lagerproblem zu entschärfen. Im Frühjahr 2000 lieferten 2.074 Teilnehmer 226.100 kg Folien ab, im Herbst 2000 wurden von weiteren 519 Teilnehmern

67.955 kg an Agrarfolien in der Sammelaktion abgeliefert. Insgesamt haben 2.593 Teilnehmer im Jahr 2000 Agrarfolien im Ausmaß von 294.055 kg abgeliefert.

Die **Maschineneinsatzförderung im Berggebiet „MEFIB“** hat sich zu einem unverzichtbaren Instrument entwickelt. 2.043 landwirtschaftliche Betriebe beteiligten sich im Jahr 2000 an der „MEFIB“. Wie dieses Ergebnis beweist, ist die Maschineneinsatzförderung für tatsächlich erbrachte Leistung das einzig sinnvolle Modell, um die Arbeit im Berggebiet zu optimieren und wirtschaftlich zu gestalten. Bei ständig steigenden Maschinenpreisen und damit zunehmender Unwirtschaftlichkeit ist der überbetriebliche Maschineneinsatz im Berggebiet eine absolute Notwendigkeit. Daher stellt auch künftige Absicherung der Finanzierung der „MEFIB“ ein für die Bewirtschaftung der Bergbauernbetriebe wichtiges Anliegen dar.

Im Jahr 2000 standen tirolweit in der Landwirtschaft zwischen 14 und 16 **Zivildienereinsatzstellen**. Durch die Zivildienereinsatzstellen konnte 70 bäuerlichen Betrieben in Tirol geholfen werden. Mit verstärkter Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Vorstellung des Zivildienstes in Landwirtschaftsschulen sollte es künftig möglich sein, den landwirtschaftlichen Zivildienst zu sichern. Die Zivildienst-Novelle sichert das System insgesamt und eine Gleichstellung mit anderen Zivildienst-Sparten.

Bei der **sozialen Betriebshilfe**, welche für die Maschinenringe eine umfassende Aufgabe darstellt, zeigt sich ein stetig steigender Bedarf. Im Jahr 2000 wurden 274 Fälle bearbeitet und abgeschlossen, wovon zwei Drittel der Antragsteller MR-Mitglieder waren. In einigen Gebieten ist es schwierig, geeignete Betriebshelfer und -helferinnen für den Sozialeinsatz zu mobilisieren. Nur mit verstärkter Information, Aufklärung und Solidarität wird es möglich sein, das derzeit kostengünstige System der sozialen Betriebshilfe aufrecht zu erhalten.

Im Jahr 2000 wurden, zwecks Zusammenarbeit bei der sozialen Betriebshilfe, Kooperationsverträge mit Caritas und Sozialsprengel abgeschlossen. Diese ermöglichen es, gerade im Bereich der Bäuerinnen das Angebot zu ergänzen und den Bedürfnissen anzupassen. Durch die Zusammenarbeit mit den beiden Institutionen müsste es gelingen, die Gesundheitsvorsorge zu verbessern und die Bereitstellung von Hilfe in Notfällen zu sichern. In Osttirol wurde ein Fachkurs zur Haushaltshilfe für Bäuerinnen abgeschlossen. In Rotholz und Imst wurde ein neuer Kurs gestartet.

Betriebshilfe- Leistungen und Kosten im Jahr 2000 und Gesamtergebnis 1999

Bezirk	Einsatzstunden	Gesamtkosten in S	Eigenleistung in S	Förderung in S		
				SV der Bauern	Land Tirol	Maschinen- ringe
Imst	2.722	308.617	105.9170	165.205	27.952	9.543
Innsbruck	5.832	653.067	223.087	271.145,	137.729	21.107
Kitzbühel	5.377	585.355	173.410	298.166,	96.718	17.062
Kufstein	10.451	1.197.930	443.843	444.914	266.368	42.805
Landeck	1.758	164.725	76.105	38.882	42.497	7.241
Lienz	3.821	407.975	147.555	178.066	72.591	9.764
Reutte	573	69.181	27.321	39.631	0	2.229
Schwarz	13.112	1.480.515	418.2915	736.531	276.055	49.637
Tirol 2000	43.646	4.867.365	1.615.528	2.172.540	919.910	159.388
	€ 3.172	€ 353.725	€ 117.405	€ 157.885	€ 66.852	€ 11.583
Tirol 1999	44.735	4.960.411	1.731.897	1.929.653	1.123.733	175.128

ARGE-Kompost - Biogas: Die Abfallmengen sind im Jahr 2000 gestiegen. 60 % bis 65 % des in Tirol anfallenden Bioabfalles wird auf bäuerlichen Kompostieranlagen verarbeitet. Die Anlagenbetreiber werden laufend beraten und kontrolliert. Im Jahr 2000 wurden auf allen Anlagen Proben gezogen. Die Ergebnisse sind regional unterschiedlich. Die Kompostqualität ist gesamt gesehen hochwertig. Kleine Mengen werden an Private und Gärtner abgegeben. Der größte Teil wird in der Landwirtschaft verwertet.

Durch intensive Gespräche und Verhandlungen ist es gelungen, den Einspeistarif für bäuerliche **Biogasanlagen** zu erhöhen. In Zöblen wurde eine Biogasanlage in Betrieb genommen. Drei weitere Anlagen gehen Anfang 2001 in Betrieb. Im Jahr 2001 werden weitere Biogasprojekte erwartet.

Im Jahr 2000 wurden viele der eingereichten **5b-Projekte** abgeschlossen. Dabei gibt es von Seiten der Förderungsstelle die klare Forderung, die Wirtschaftlichkeit und somit Sinnhaftigkeit der Förderung nachzuweisen. Bei künftigen Programmen zur ländlichen Entwicklung sollte es eine verstärkte Beratung und Information geben.

8.8.6 Urlaub am Bauernhof

Im Landesverband Urlaub am Bauernhof in Tirol wurden auf Landesebene 3 Arbeitskreise zum Bereich Bildung, Marketing und regionale Allianzen eingerichtet, um die Effizienz und Effektivität zu steigern. Derzeit gibt es 12 regionale Allianzen, die das gemeinsame Ziel haben, neue Angebote für Gäste zu entwickeln, eine enge Kooperation mit der Gastronomie und dem touristischen Umfeld herzustellen und gemeinsame Marketingakzente zu setzen.

Die Genossenschaft Urlaub am Bauernhof in Tirol startete das Projekt Online-Buchung. 50 Betriebe haben sich zu diesem Schritt entschlossen. Das Ziel ist, bis zum Ende des Jahres 2001 möglichst alle Mitglieder bei Urlaub am Bauernhof online buchbar zu machen. Der Bereich E-Commerce gewinnt auch im Bereich Tourismus immer größere Bedeutung und damit wird diesem Trend Rechnung getragen. Über das Incoming-Büro wurden 1.911 Personen mit insgesamt 10.669 Nächtigungen an Betriebe vermittelt. Ein großer Arbeitsschwerpunkt im Referat Agrartourismus lag im Abschluss von 110 EU-Förderungsprojekten, welche sich insbesondere den Bereichen Bildung, Marketing und einzelbetriebliche Investitionen widmen.

8.8.7 Direktvermarktung

Rund 4.000 landwirtschaftliche Betriebe vermarkten einen Teil ihrer Produkte auf direktem Wege. Davon beschäftigen sich ca. 800 Betriebe regelmäßig und intensiv mit der Direktvermarktung und etwa 3.200 fallweise. Die Vermarktung erfolgt in erster Linie über Bauernmärkte, Bauernläden und den Ab-Hof-Verkauf. Weiters entwickelten sich in den letzten Jahren zunehmend Bauernbuffets, Geschenkservices und Zustelldienste als neue Absatzchancen. Vermarktet wird eine sehr breite Produktpalette vom Apfel bis zum Ziegenkäse, wobei zu den starken Umsatzträgern Milch und Milchprodukte, Eier, Speck, Wurst und Fleischwaren sowie Kartoffel, Obst- und Gemüse zu zählen sind.

Zur Umsetzung des Qualitätssicherungsprogrammes für Direktvermarktung wurde der Verein „Tiroler Speis aus Bauernhand“ gegründet. Nach gründlichen Vorarbeiten präsentierte sich der

Verein am 3. Mai 2000 mit 7 Märkten bzw. Läden erstmals der Öffentlichkeit. Die Ziele des Vereins (Lobbying, Positionierung und Professionalisierung) wurden bei dieser Auftaktveranstaltung dem Publikum vorgestellt. Diese Veranstaltung war in erster Linie für die Vereinsmitglieder sowie für die Vertreter aus der Politik gedacht.

Weiters wurden bei dezentralen Auftaktveranstaltungen des Vereins bei diversen Mitgliedsmärkten und –läden die Marke „Tiroler Speis aus Bauerhand“ den Konsumenten nähergebracht. Diese Veranstaltungen sollten als Orientierungshilfe bei Einkauf von bäuerlichen Spezialitäten dienen.

Der Nutzen für die Vereinsmitglieder liegt in der gemeinsamen und damit günstigeren Anschaffung von Verpackungsmaterial (Tragetaschen, Wickelpapier etc.) sowie verschiedenen Werbematerialien (Bekleidung, Logotafeln etc.) sowie in der erhöhten Wirkung von gemeinsamen Aktivitäten in der Öffentlichkeit.

Die Produktbörse wurde im Juni 2000 gestartet. Sie fördert die Zusammenarbeit der Mitglieder des Vereins und hilft beim Aufbau von Absatzwegen und bei der Suche nach neuen Anbietern. Der Bauer hat so die Möglichkeit, seine Produktpalette durch Kommissionsverkauf zu erweitern und somit dem Konsumenten eine interessante Produktvielfalt zu bieten.

Für die Planung und Durchführung der laufenden Kontrolle wurde eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe hat ein Konzept für die Richtlinienüberprüfung ausgearbeitet. Die Kontrolle der Mitgliedsbetriebe startet im Jahr 2001.

Im Berichtsjahr wurde ein Zweigverein von „Tiroler Speis aus Bauernhand“ gegründet. Die Projektkoordination des „Bauernladens am Stadtturm“ wurde vom Referat für Direktvermarktung übernommen. Dieser Bauernladen befindet sich in der Innsbrucker Altstadt und ist der erste Bauernladen Tirols, der täglich geöffnet hat (Montag bis Samstag). Für die 13 Vereinsmitglieder bietet der Bauernladen eine zusätzliche Absatzmöglichkeit. Der Bauernladen wurde am 17. November 2000 erfolgreich eröffnet. In kurzer Zeit konnte bereits ein kleiner Stammkundenkreis aufgebaut werden.

Im Bereich der Aus- und Weiterbildung wurden die angebotenen Veranstaltungen mit den Schwerpunktthemen Obstverarbeitung, Milchverarbeitung, Fleischverarbeitung und Marketing sehr gut angenommen. Ein Brotbackkurs, Informationen zu steuerlichen Richtlinien sowie der Besuch der Fachmesse für bäuerliche Direktvermarktung Ab-Hof in Wieselburg rundeten das Angebot ab. Der Arbeitskreis Qualitätsmilchprodukte mit nunmehr 87 Mitgliedern veranstaltete regelmäßig Weiterbildungsveranstaltungen zur Qualitätssteigerung der Milchprodukte.

Die Fachzeitschrift „Ab-Hof“ für Direktvermarkter erscheint viermal pro Jahr und behandelt aktuelle Themen der Direktvermarktung. Die Zeitschrift ist eine wichtige Beratungsunterlage für jene, die regelmäßig ihre Produkte auf direktem Wege vermarkten. 710 Abonnenten werden auf diesem Weg regelmäßig über Recht, Produktion, Marketing etc. informiert.

Weiters werden den Direktvermarktern Serviceleistungen wie Milchproduktetiketten, Verpackungsmaterial „Tiroler Bauern“, Lebensmittelkennzeichnungsblätter sowie ein Firmenverzeichnis angeboten.

Im Bereich der Förderungsabwicklung wurden im Jahr 2000 35 Anträge von bäuerlichen Direktvermarktern bearbeitet, die zur Sicherung ihrer Produktqualität freiwillig Proben untersuchen lassen. Im Bereich der Beratung und Betreuung von Ziel 5b-Projekten wurden für die laufenden Projekte insgesamt eine Förderungssumme von S 2.701.100,- (E 196.297) abgerechnet. Weiters wurden für 14 Projekte im Bereich der Be- und Verarbeitung sowie der Verbesserung der Vermarktungsstruktur Unterstützungen gewährt.

8.9 Investitionsförderung

8.9.1 Wegebau 1999/2000

In den Jahren 1999/2000 wurden im Rahmen der einzelnen Programme zur Erschließung des Ländlichen Raumes mit Gesamtkosten von ca. S 195,9 Mio (€ 14,24 Mio.) / S 179,9 Mio (€ 13,07 Mio.) insgesamt ca. 46 km/ 37,2 km öffentliche Interessentenstraßen und Güterwege neu errichtet. Die durchschnittlichen Laufmeterkosten betragen ca. S 4.300 (€ 312,50) / ca. S 6.400 (€ 465,11) . Zur Verringerung der laufenden Erhaltungskosten und zur Verbesserung der Schneeräumung wurden ca. 43,8 km/ ca. 38,1 km Straßen mit einem staubfreien Belag versehen. Durch diese Baumaßnahmen konnten 38/30 Höfe, die bisher noch nicht dauernd mit LKW erreichbar waren, an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen werden. Abgedeckt wurden diese Gesamtkosten zu ca. 6 % aus EU-, 23 % aus Bundes-, 36 % aus Landes-, 26 % aus Gemeinde- und zu 9 % aus Interessentenbeiträgen.

In der Gegenüberstellung beider Jahre ergibt sich ein Rückgang der Baukosten um ca. S 16,0 Mio oder ca. 8,2 %, damit verbunden eine Verringerung der Ausbauleistung um ca. 8,7 km oder 18,9 %, da bei den anstehenden Vorhaben durch Baumaßnahmen in geologisch schwierigem Gelände zusätzlich eine deutliche Verteuerung der durchschnittlichen Laufmeterkosten eingetreten ist. Die Zahl der abgewickelten Bauvorhaben reduziert sich von 165 auf 125 oder um 24 %.

Die Verteilung von Fördermittel der EU bei den 5b-Erschließungsprojekten in den Jahren 1996, bis 2000 in Mio. S:

	1996	1997	1998	1999	2000
EAGFL-Mittel	5,12	7,13	11,55	13,25	12,43
Bundesmittel	5,37	7,48	12,12	13,51	12,03
Landesmittel	0,68	4,99	8,08	9,01	8,02
Sonstige Mittel	2,96	2,64	6,19	4,35	5,72
Interessentenmittel	1,95	3,86	5,06	7,13	5,90
Summe	16,81	26,10	43,00	47,25	44,10

Mit Stand 1.1.2001 wurden in Tirol 431 Höfe ermittelt, die über keine LKW-Zufahrt verfügen. 48 Höfe sind auch mit einem Traktor nicht erreichbar.

Seilwege

Im Jahr **1999** wurden 4 Seilwege fertiggestellt, wovon 1 Anlage zur Almerschließung, 2 Anlagen zur leichteren Bewirtschaftung steiler Hanglagen und 1 Anlage zur Erschließung eines Wirtschaftsgebäudes errichtet wurden. 2 Seilwegvorhaben wurden fortgeführt. Die Jahresbaukosten betragen S 1.405.801 (€ 102.164), wovon 39 % auf Interessenten- und 61 % auf Landesmittel entfallen. 5 Anlagen wurden aus Fördermittel der EU für Ziel 5b-Gebiete mitfinanziert. Die Jahresbaukosten betragen S 2.384.955 (€ 173.324), 26,5 % davon entfallen auf Interessenten-, der Rest auf Bundes-, Landes- und EU-Mittel.

Im Jahr **2000** wurden 7 Seilwege fertiggestellt, wovon 1 Anlage zur Almerschließung, 4 Anlagen zur Hoferschließung und 2 Anlagen zur leichteren Bewirtschaftung steiler Hanglagen gebaut wurden. 4 Seilwegvorhaben wurden fortgeführt. Die Jahresbaukosten betragen S 2.303.813 (€ 167.425), wovon 27 % auf Interessenten-, 45 % auf Landesmittel und der Rest auf Mittel der Bundesstraßenverwaltung entfallen. 3 Anlagen wurden aus Fördermitteln der EU für Ziel 5b-

Gebiete mitfinanziert. Die Jahresbaukosten betragen S 2.002.017 (€ 145.492), 24 % davon entfallen auf Interessenten-, der Rest auf Bundes-, Landes- und EU-Mittel.

Elektrifizierung der Landwirtschaft

Im Jahr **1999** konnten mit Unterstützung der Energieversorgungsunternehmen, unter Mitwirkung der Anschlusswerber und unter Einsatz von Fördermitteln sechs landwirtschaftliche Betriebe durch den Neubau von 700 m Hochspannungsleitung und 1.684 m Niederspannungsleitung an das öffentliche Stromnetz angeschlossen werden. Der Gesamtaufwand betrug S 997.106 (€ 72.463), der auf die Interessenten entfallende Anteil 36 %. Im Jahr **2000** waren es zwei landwirtschaftliche Betriebe, die durch den Neubau von 1.266 m Niederspannungsleitungen an das öffentliche Stromnetz angeschlossen werden konnten. Der Gesamtaufwand betrug S 175.589 (€ 12.761), der auf die Interessenten entfallende Anteil 66 %.

Telefonanschlüsse

Im Jahr **1999** wurden mit einem Aufwand von S 197.480 (€ 14.351) vier Höfe an das öffentliche Telefonnetz angeschlossen. 79 % der Kosten wurden aus Landesmitteln, der Rest durch Interessentenmittel abgedeckt. Im Jahr **2000** wurden mit S 29.502 (€ 2.144) zwei Höfe angeschlossen, wobei 59 % der Kosten aus Landesmitteln abgedeckt wurden.

Vorschau für 2001

Das Bauvolumen für den Bau von öffentlichen Interessentenstraßen, von Güter- und Seilwegen sowie von Strom- und Telefonanschlüssen wird unter Berücksichtigung der bisher vorliegenden Budgetzahlen gegenüber dem Jahr 2000 um ca 15 % verringert. Bei weiterhin ansteigenden Laufmeterkosten ist damit zu rechnen, dass die Ausbauleistung, bezogen auf das Jahr 2000, um weitere 20 % absinken wird. Verbunden damit sind Verlängerungen der Bauzeiten bei den begonnenen Projekten und Rückreihung der bewilligten Vorhaben. Zusätzlich ergibt sich durch Neuansuchen (Hofstellenneubauten, Wiederaufnahme des Betriebes usw.) eine Erhöhung der Anzahl der unerschlossenen Höfe. Eine Stabilisierung zumindest auf den Stand von 2000 ist daher unbedingt anzustreben.

8.9.2 Landwirtschaftlicher Hochbau

Im Bereich der baulichen Investitionen wurden im Jahr 1999 insgesamt 738 landwirtschaftliche Bauvorhaben mit einem Kostenaufwand von S 597,372 Mio (€ 43,39 Mio.) gefördert. Die Summe der direkt ausbezahlten Investitionszuschüsse betrug dabei S 102,503 Mio (€ 7,45 Mio.).

Zusätzlich wurden 52 Düngersammelanlagen über 5b-Mittel mit S 1,94 Mio (€ 0,14 Mio.) an Investitionszuschüssen bedient, sowie im Bereich der Innenwirtschaft für Geräte und Maschinen (141 Fälle) Investitionszuschüsse von S 2,570 Mio (€ 0,19 Mio.) ausbezahlt.

Im Jahr 2000 (Beginn der neuen Programmperiode - Auszahlungen über das BMLFUW) konnte für 228 Fälle ein Investitionszuschuss von S 31,284 Mio (€ 2,28 Mio.) über die zentrale Zahlstelle überwiesen werden.

Wenn man die Jahre 1999/2000 zusammenrechnet, ergibt sich in etwa ein kontinuierlicher Jahresbedarf von ca. 500 Fällen mit einem Finanzbedarf von ca. S 70,0 Mio (€ 5,09 Mio.) jährlich

(davon 20% Landesmittel = S 14,0 Mio). Die Verschiebung 738 Fälle 1999 zu 228 Fälle 2000 hat sich durch den Wechsel der Programmperiode (Überhänge) und die damit verbundene Unsicherheit ergeben.

Im Bereich der Niederlassungsprämien liegt die Abwicklung ab 2000 zur Gänze im Verantwortungsbereich der Landesverwaltung als Förderungsabwicklungsstelle. So konnten 2000 105 Fälle mit einem Investitionszuschuss von S 13,950 Mio (€ 0,98 Mio.) an die zentrale Zahlstelle im BMLFUW zur Auszahlung gemeldet werden. In diesem Bereich war ein weitgehend nahtloser Übergang gegeben, da es für die Antragstellung keine Fallfrist gab. Auch hier wird man zukünftig mit einer weitgehend gleichbleibenden Anzahl von ca. 150 Anträgen rechnen können, was einem Finanzbedarf von ca. S 18,0 Mio (€ 1,31 Mio.) (davon 20% Landesmittel = S 3,6 Mio).

Die einheitliche Förderung in ganz Tirol als „benachteiligtes“ Gebiet und ohne Trennung in nationale und kofinanzierte Maßnahmen stellen einen großen Vorteil dar. Ebenso die Zusammenfassung aller baulichen Investitionen in einer Förderabwicklungsstelle. So konnte man im Bereich der Direktzuschüsse ab 2000 entsprechende Förderungsschwerpunkte setzen, welche hauptsächlich die Stützung und Förderung von reinen Stallbaumaßnahmen betreffen. Dies hat sich in der Praxis als sehr nützlich erwiesen, sodass man die kleinen baulichen Investitionsmaßnahmen bis S 200.000,- (€ 14.535) (Ausnahme Düngersammelanlagen) weiterhin unberücksichtigt lässt.

Verwendung der Fördermittel 1999
(in 1.000 S)

Sparte	Fälle	Jahresaufwand	öffentl. Mittel	
1. EU-Kofinanzierung	365	292.700	49.759	
2. EU-Hofübernehmer	102	139.665	27.993	
3. Nationalprogramm	271	165.007	24.751	
4. Reine Landesförderung	-	-	-	
5. 5b-Düngersammelanlagen (DSA)	52	9.912	2.570	
6. Maschinen, Geräte, Innenwirtschaft	141	21416		
S U M M E	93	526.432	107.014	
	NAT	KOF	DSA	
davon Bundesmittel	16.392	23.325	741	38.916
Landesmittel	10.929	15.551	494	25.946
EU-Mittel	---	38.876	706	39.582
Sparte	Fälle	Gesamtbaukosten	Darlehenssumme	
1. Wohnbauförderung ausbezahlt (TZ)	66	136.703	18.237	
2. Wohnhaussanierung (AZ und EZ)	466	145.319	72.730	
3. Wohnhaussanierungskredit (WSK)	10	12.276	7.274	
AIK - Landeskulturfonds	193	172.130	363.741	
AIK - Hypo und andere Bankinstitute	24	27.705	55.425	

Auszahlung der Fördermittel 2000
(in 1.000 S)

Sparte	Fälle	Jahresaufwand	öffentl. Mittel
1. Zuschüsse für bauliche Investitionen	228	241.997	31.284
2. Niederlassungsprämie	105	118.737	13.950
SUMME	333	360.737	45.234
EU-Mittel (50%): 22.617, Bundesmittel (30%): 13.570, Landesmittel (20%): 9.047			← davon
Sparte	Fälle	Gesamtbaukosten	Darlehenssumme
1. Wohnbauförderung ausbezahlt (TZ)	72	163.345	19.639
2. Wohnhaussanierung (AZ und EZ)	517	172.506	68.269
3. Wohnhaussanierungskredit (WSK)	3	4.254	934
AIK - Landeskulturfonds	240	208.379	434.900
AIK - Hypo und andere Bankinstitute	57	31.625	52.092

8.9.3 Investitionsförderung - Förderungsabwicklungsstelle Landeslandwirtschaftskammer

Im Jahr 1999 wurden auf Grund des geringeren Förderungsbudgets wesentlich weniger Fälle abgewickelt. Anträge aus dem Herbst wurden in das Jahr 2000 überstellt. Die Landeslandwirtschaftskammer für Tirol wickelte im Rahmen der Investitionsförderung vorwiegend folgende Maßnahmen ab: Bäuerlicher Tourismus, Direktvermarktung, Innovationen, Energie aus Biomasse, Technisierung in der Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau, Verarbeitung und Vermarktung, Konsolidierung

Im Jahr 2000 ergaben sich mit der Genehmigung des Programmes für die Entwicklung des ländlichen Raumes aufgrund der notwendigen Konzentration der Förderungsagenden wesentliche Änderungen. So wird als Abwicklungsstelle für Investitionen im land- und almwirtschaftlichen Bereich und für die Niederlassungsprämie künftig nur mehr das Amt der Landesregierung zuständig sein. Weiterhin wird aber die Beratung in diesen Bereichen durch die Landeslandwirtschaftskammer erfolgen und deshalb auch eine intensive Zusammenarbeit zu pflegen sein.

Konkret werden über die Landwirtschaftskammer Förderungsabwicklungen im Programm "Ländliche Entwicklung" für die Bereiche Bildung (Veranstalterförderung, Teilnehmerförderung), Investitionen im Obst- und Gartenbau, Direktvermarktung (Einrichtungen), Bienen und Teilmaßnahmen im Forst durchgeführt. Da die Genehmigung dieses Programmes durch die Europäische Kommission erst zur Mitte des Jahres 2000 erfolgte, konnten in diesem Jahr nur entsprechend wenig Maßnahmen umgesetzt werden.

Agrarkredite

Der Zinssatz für Agrarinvestitionskredite betrug in der 1. Hälfte 1999 4,875% und sank in der 2. Hälfte auf 4,125%. Die Zinsverbilligung betrug in Tirol generell 50%, für Hofübernehmer 75%. Es wurden 90 AIK-Anträge mit einem Kreditvolumen von S 32,0 Mio. (€ 2,25 Mio.) abgewickelt. Im Jahr 1998 waren des 94 Anträge mit einem Kreditvolumen von S 38,96 Mio. (€ 2,83 Mio.).

In der 1. Hälfte des Jahres 2000 betrug der Zinssatz für Agrarinvestitionskredite 5,0 % (Zinsverbilligung generell 50%, für Hofübernehmer 75%). In der 2. Hälfte war der Zinssatz 5,75 %, wobei eine generelle Zinsverbilligung von 50 % möglich war.

Niederlassungsprämie

Es wurden 87 Anträge (1998: 110 Anträge) entgegengenommen, wovon aber der Großteil nicht mehr über die Kofinanzierung abgewickelt werden konnte, da keine EU- und Bundesmittel mehr zur Verfügung standen. Es musste eine ausschließliche Finanzierung mit Landesmitteln erfolgen. Die Daten der Niederlassungsprämie zum Jahr 2000 sind dem Kapitel 8.9.2 zu entnehmen.

Investitionszuschüsse

An Investitionszuschüssen von Bundes-, Landes- und EU-Mitteln und rein nationalen Mitteln wurden im Jahr 1999 im Rahmen von 460 Förderungsanträgen S 9,5 Mio. (€ 0,69 Mio.) abgerechnet.

Im Jahr 2000 konnten im Richtlinienbereich „Ländliche Entwicklung“ zwei Förderungsanträge bei der Maßnahme Direktvermarktung mit einem Zuschuss von S 135.000,- (€ 9.810,83) und sieben Anträge der Maßnahme Investitionen im Obst- und Gartenbau mit einem Zuschuss von S 2 Mio. (€ 0,15 Mio.) abgeschlossen werden.

Energie aus Biomasse

Im Jahr 1999 wurden 157 einzelbetriebliche und 3 überbetriebliche Genehmigungen und Kontrollen von Projektanträgen im Rahmen der Energie aus Biomasse genehmigt und kontrolliert. Dabei konnte nur ein Teil der Fördermittel in Höhe von S 5.297.000,- (€ 384.948) zur Auszahlung gelangen.

Im Jahr 2000 gelangten die Überhänge aus dem Jahr 1999 (75 einzelbetriebliche Holzbiomasseanlagen) mit einem Investitionszuschuss in der Höhe von S 835.000,- (€ 27.979) zur Auszahlung. Für zwei gemeinschaftliche Biomasseanlagen konnte eine Endabrechnung in Form von AIK-Zusagen und Investitionszuschussabrechnungen im Gesamtvolumen von rund S 1,3 Mio. (€ 94.475) erfolgen.

8.9.4 Agrarische Operationen - Aufgaben und Ziele

Zusammenlegungsverfahren haben sich zunehmend zu integralen Strukturmaßnahmen entwickelt, die geeignet sind, wesentliche Rahmenbedingungen für eine sinnvolle Gesamtentwicklung des ländlichen Raums zu schaffen. Moderne Zusammenlegungsverfahren berücksichtigen neben der besseren Strukturierung der Agrarflächen alle anderen Anforderungen einer aktiven Raumordnung. Sie schaffen Siedlungsraum, Gewerbegebiete, Grünbereiche und Erholungsräume, regionale Verkehrsverbindungen und andere Einrichtungen im öffentlichen Interesse, ohne den einzelnen Eigentümer über Gebühr zu belasten.

Ein Ziel der Verfahren ist die **Beseitigung agrarstruktureller Mängel**, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Land- und Forstwirtschaft entscheidend zu verbessern.

Die Maßnahmen führen zu einer Verringerung des Zeit- und Energieaufwandes und damit zu einer nachhaltigen Senkung der Produktionskosten, was in Hinblick auf den verschärften Wettbewerb in der EU von entscheidender Bedeutung ist. Gerade bei den zunehmenden Nebener-

werbsbetrieben wird die Möglichkeit zu einer rationellen, maschinellen Bearbeitung maßgebend dafür sein, ob die Bewirtschaftung noch weiterhin erfolgen wird. Es geht heute nicht mehr um Ertragssteigerung in den Betrieben, sondern um den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und damit den *Erhalt unserer Landeskultur*. Die dafür eingesetzten Mittel haben eine sehr nachhaltige Wirkung und verursachen keinerlei Folgekosten.

Agrarverfahren bringen aber auch **Ordnung in die Besitz- Benützungs- und Bewirtschaftungsverhältnisse** und bewirken damit eine *umfassende Konfliktbereinigung*. Grenzstreitigkeiten sowie Auseinandersetzungen über Zufahrts- Nutzungs- oder Servitutsrechte werden dadurch für die Zukunft ausgeschlossen.

Agrarverfahren gewinnen immer mehr an **umfassender raumordnerischer Bedeutung**:

- sie ermöglichen eine sinnvolle Trennung der Raumfunktionen wie z.B. Freiland, Bauland, Gewerbegebiet oder Sonderflächen und sind damit eine wirksame Maßnahme gegen die Zersiedelung der Landschaft. Im Einvernehmen mit der Raumordnung werden *Baugebiete oder Gewerbegebiete* ausgeschieden, wodurch eine sinnvolle Siedlungsentwicklung bzw. die Ansiedlung von Betrieben ermöglicht wird.

- die im Zuge der Verfahren errichteten Wege sind in den meisten Fällen auch Teil des regionalen Wegenetzes - oft mit Zusatzfunktionen als Wanderwege oder Radwege - weshalb die Gemeinden vielfach bereit sind, einen Teil der Baukosten zu übernehmen.

- der Einsatz von Agrarverfahren wird immer noch *als zielführendster Weg bei der Durchführung von größeren Vorhaben* im Bereich Straßenbau, Eisenbahnbau, Wasserbau Schutzbauten (Dämme gegen Lawinen, Auffangbecken für Murabgänge) usw. betrachtet.

Ihre Stärke liegt in der Möglichkeit, die Flächenaufbringung für diese Anlagen auf eine breite Anzahl von Betroffenen aufzuteilen und damit die Belastung des einzelnen zu minimieren. Gleichzeitig wird durch eine Neuordnung die Zerstückelung der ländlichen Flur vermieden. Als aktuelle Beispiele wären vor allem die Verfahren in St.Anton (Neuordnung infolge Bahnverlegung zur WM 2001) sowie in Nesselwängle (Bau der Umfahrungsstraße) zu erwähnen.

In Hinblick auf den gestiegenen Stellenwert des **Umwelt- und Naturschutzes** wird in modernen Verfahren besonders geachtet auf

- in die Landschaft integrierte, umweltschonende Anlage von Wegen
- Erhaltung der ökologischen Ausstattung bzw. Ersatzvorhaben
- Erosionsschutz (Windschutzgürtel, Aufforstung, Bewässerung)
- Ausscheidung und Erhaltung von Ökoflächen bzw. Schaffung eines Biotopverbunds

Das althergebrachte Klischee der "Landschaftsausräumung durch Flurbereinigung" trifft auf moderne Verfahren in keiner Weise mehr zu. Die Neugestaltung berücksichtigt auch Gesichtspunkte der Landschaftsplanung und erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Umweltschutz, in besonders sensiblen Gebieten wird eine ökologische Bauaufsicht eingestellt.

Der behutsame Umgang mit unserem Lebensraum wird in Zukunft auch gesetzlich stärker abgesichert. Im neuen Flurverfassungsgesetz wird die Erhaltung der naturräumlichen Ausstattung der Landschaft als ein wesentliches Ziel von Agrarverfahren definiert. Weiters ist darin die Durch-

führung einer allenfalls notwendigen Umweltverträglichkeitsprüfung für Agrarverfahren vorgesehen.

Agrarverfahren stellen somit das wirkungsvollste Gestaltungsinstrument für eine gesamthafte aktive Raumordnung dar.

Künftige Entwicklung

Es gibt weiterhin reges Interesse an diesem Raumordnungsinstrument, wie sich aus immer wieder neuen Anträgen in den letzten Jahren ersehen läßt. Meist sind die Verfahren nicht mehr so großflächig wie früher, haben aber - vor allem durch komplexere rechtliche Vorgaben und die bestehende erhöhte Sensibilität gegenüber kulturtechnischen Maßnahmen (Naturschutz, Umweltschutz) - nichts an Arbeitsintensität verloren. Vermehrt haben auch die Gemeinden die raumordnerischen Möglichkeiten dieser Verfahren erkannt, sind daran interessiert und auch bereit, einen beträchtlichen Anteil der Kosten zu übernehmen. Die manchmal kritisierte Verfahrensdauer konnte in den letzten Jahren durch moderne technische Bearbeitungsmethoden wesentlich herabgesetzt werden. Generell kann aber festgestellt werden, dass durch laufende Verfahren weder die Rechtssicherheit beeinträchtigt noch der Grundverkehr behindert wird. Im Gegenteil: solange ein Verfahren läuft, sind Strukturveränderungen und Tauschvorgänge wesentlich einfacher durchführbar, und manche Gemeinden betrachten den Abschluss der Verfahren sogar als Nachteil.

Statistik

Tirol hat eine Gesamtfläche von 12.647 km², ungefähr 10% davon - 1.260 km² - ist landwirtschaftlich genutzter Raum. Seit Beginn der Zusammenlegungsverfahren von 1945 bis heute wurden einschließlich der noch laufenden Verfahren rund 366 km² - das sind ca. 30% der landwirtschaftlichen Fläche Tirols - durch Agrarverfahren neu geordnet und erschlossen. Dennoch gilt noch ein großer Teil des landwirtschaftlichen genutzten Raums - besonders in den Realteilungsgebieten - noch als neuordnungsbedürftig.

Laufende Verfahren

Derzeit sind 62 Zusammenlegungsverfahren mit einer Fläche von rund 8.019 ha Nutzfläche und 6.821 Grundeigentümern in Bearbeitung. Für 13 davon wurde der Zusammenlegungsplan bereits erlassen, sodaß noch 49 Verfahren intensiv bearbeitet werden.

Rechtsschritte 1999/2000

Einleitungen: F. Ahornach II (Brandberg), Z. Bichl/ Ronach (St. Leonhard), F. Bischlang (Roppen), F. Eggenstall (Pitztal), Z. Fischbach-Dorf (Schwendt), Z. Gaicht (Weißbach), F. Hinterspöck (Imsterberg), F. Laubichl (Mayrhofen), F. Valzur (Ischgl), F. Waldele (Roppen), F. Weer III.

Besitzstand und Bewertung: F. Ahornach II (Brandberg), Z. Bichl-Ronach (St. Leonhard), F. Bischlang (Roppen), F. Eggenstall (Pitztal), F. Laubichl (Mayrhofen), Z. Lechaschau, F. Valzur (Ischgl), F. Waldele (Roppen), F. Weer III.

Plan der Gemeinsamen Maßnahmen und Anlagen : F. Ahornach II /Brandberg, F. Bischlang/ Roppen, Z. Galtür-Ost, Z. Imsterberg VI, F. Laubichl/ Mayrhofen, Z. Lechaschau, F. Maloar/ Fließ, Z. Moosfeld/ Voldöpp, Z. MurbachTeil III/ Umhausen, Z. Obsaurer Bergwiesen II, Z. Piller IV, F. Tulfes, Z. Unterschwendt II Schwendt, F. Valzur Ischgl, Z. Wängle-Lechaschau Wängle, F. Weer III.

Planaufgaben

Die Bestrebungen der letzten Jahre, die alten Zusammenlegungsverfahren vordringlich zu bearbeiten und zum Abschluß zu bringen, haben gute Erfolge gebracht, der bestehende Überhang wurde zum größten Teil abgebaut. So konnten 1999/ 2000 folgende Zusammenlegungspläne aufgelegt werden:

F. Agrargemeinschaft Gschnitz, F. Breitenbach-Oberberg (Breitenbach, Einleitung 1998), F. Egg / Jerzens (Einleitung 1989), Z. Sonnenberg/ Fließ (Einleitung 1964), F. Gschnofls/ Pfunds (Einleitung 1998), Z. Haus/ Breitenbach (Einleitung 1969), Z. Holzgau (Einleitung 1980), Z. Mieming (Einleitung 1974), Z. Oberhofen (Einleitung 1969), Z. Schönwies (Einleitung 1968), Z. Stanz (Einleitung 1987), Z. Steinig - Pettneu (Einleitung 1991), F. Unterrain (Einleitung 1987), F. Waldele (Einleitung 2000) und Z. Zaunhof (Einleitung 1970).

Die technischen Unterlagen zur Auflage der Zus. Münster (Einleitung 1976) sind bereits fertiggestellt, die technische Fertigstellung des Verfahrens Z. Bärenstetten-Litzlfelden/ KG. Kirchdorf (Einleitung 1971) steht unmittelbar bevor.

Vorläufige Übernahme: Z. Hochgallzein, F. Maloar/ Fließ, F. St. Anton, F. Valzur/ Ischgl, F. Weer III, und F. Rehwald/ St. Leonhard wurde die vorläufige Übernahme der neuen Grundstücke angeordnet.

Verbücherungen: F. Agrargemeinschaft Gschnitz, F. Breitenbach/ Oberberg, Z. Bschlabs, F. Gschnofels, Z. Haus/ Breitenbach, Z. Oberhofen, Z. Pfunds, Z. Stanz, Z. Stanzach, Z. Steinig/ Pettneu, Z. Stillebach/ St. Leonhard, Z. Thaur - Innauen, F. Unterrain/ St. Leonhard, F. Waldele.

Verfahrensabschlüsse: F. Agrargemeinschaft Gschnitz, F. Breitenbach-Oberberg (Einleitung 1998), Z. Bschlabs (Einleitung 1961), Z. Freitz-Langwiesen - Ried i. O. (Einleitung 1983), F. Gschnofels (Einleitung 1998), Z. Oberperfuß (Einleitung 1969), F. Oberreit/ Zams (Einleitung 1993), Z. Piösmes/ St. Leonhard (Einleitung 1979), F. Ramsau/ Breitenbach (Einleitung 1965), Z. Schattwald (Einleitung 1968), Z. Stillebach/St. Leonhard (Einleitung 1986), Z. Thaur - Innauen (Einleitung 1991).

Entwicklung der Baukosten in den Jahren 1991 bis 2000

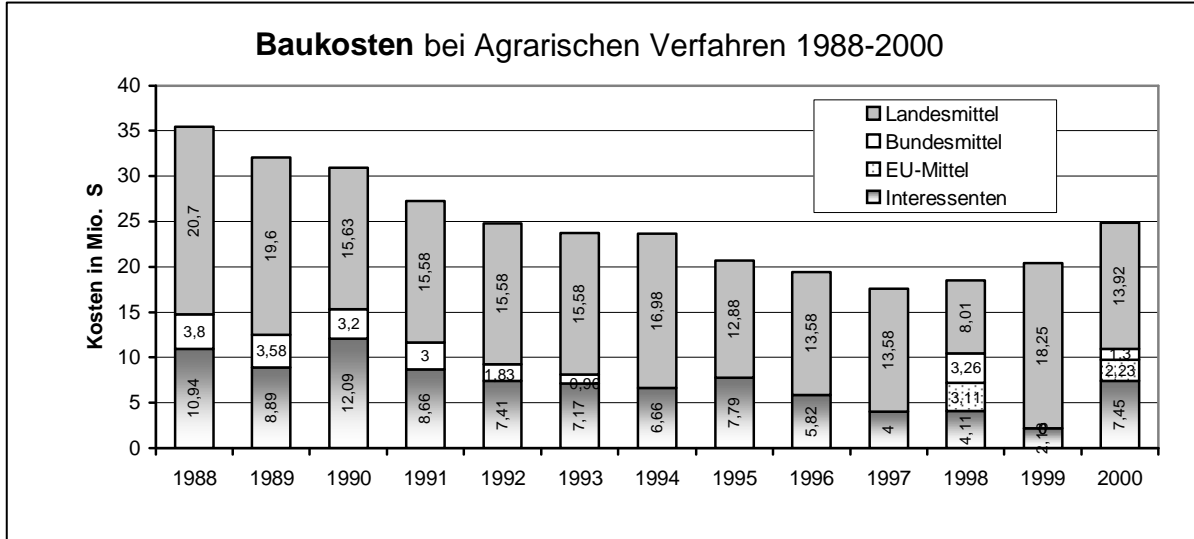
Die derzeitige Dotierung der Agrarischen Operationen mit einer Landesförderung von 10,90 Mio S stellt ein absolutes Minimum dar. Bei einer weiteren Einschränkung der Mittel würde es zu unververtretbaren Verzögerungen im zeitlichen Ablauf der Verfahren kommen.

Im Jahr 1991 wurden noch 15,58 Mio S an Landesmitteln für Agrarische Operationen bereitgestellt, im Jahr 2000 betragen die entsprechenden Landesmittel nur noch 10,90 Mio S.

Im Rahmen der EU-Förderung nach Art. 33 können zwar Förderungen für verschiedene Maßnahmen wie Wegbauten, Landschaftsgestaltung usw. angefordert werden. In welchem Ausmaß dadurch Budgetkürzungen abgefangen werden können, kann noch nicht genau abgeschätzt werden, da Förderungshöhe und Zuteilungen auf die jeweiligen Kontingente variieren.

Aufgrund der späten Bekanntgabe der Sonderrichtlinien bzw. infolge der geänderten Durchführungsbestimmungen (Strukturfonds > Garantiefonds) hatte sich die Anforderung von Fördermitteln der EU für das Jahr 2000 erheblich verzögert, die vollständige Auszahlung der Förderungen wurde erst für den April 2001 zugesagt.

Die Fördermittel wurden hauptsächlich für Gemeinsame Maßnahmen und Anlagen im Rahmen von Agrarverfahren - vorwiegend in den Realteilungsgebieten Reutte, Landeck und Imst - aufgewendet.



Teilungen und Regulierungen

In den Arbeitsjahren 1999 und 2000 setzte sich im Bereich Teilungen und Regulierungen der Trend der letzten Jahre mit einer hohen Anzahl von Neuanträgen fort.

Es wurden 32 Verfahren eingeleitet, was im Wesentlichen auf die neuen Schwerpunkte und Förderansätze in der Landwirtschaft zurückzuführen ist. Damit verbunden ist die Umstellung der Bewirtschaftungsformen in allen landwirtschaftlichen Bereichen, vom Heimhof bis zur Alm.

Um die Kontinuität der Bewirtschaftung sicherzustellen und eine zweckmäßigere Nutzung - vor allem der Almen - zu erzielen, wurden oftmals Anträge auf Teilungsverfahren (teilweise oder gänzliche Auflösung gemeinschaftlichen Eigentums, Trennung der Bewirtschaftungsgebiete) oder Regulierungsverfahren (Wald-Weidetrennung, Ablösung, Neuregelung und Sicherung von Einforstungsrechten usw.) gestellt. Damit sollen bessere Bewirtschaftungsbedingungen geschaffen und Nutzungskonflikte vermieden werden. Bei größeren Agrargemeinschaften werden vorwiegend Nutzungsteilungen in Form einer Zuweisung von Bewirtschaftungsgebieten durchgeführt, bei kleineren Agrargemeinschaften wird häufig die Auflösung der Gemeinschaft und Überführung ins Privateigentum angestrebt. (Einzelteilung).

In Sonderteilungsverfahren werden einzelne Mitglieder aus der Agrargemeinschaft ausgeschieden und Teilflächen ins Privateigentum übertragen. Zunehmend werden auch Verfahren zur Klärung und Ablösung von Einforstungsrechten bzw. Trennung von Wald und Weide beantragt. Verfahrensanträge zur Klärung von Teilwaldgrenzen betreffen vorwiegend die Gemeinden Leutasch, Scharnitz und Haiming.

Teilungs- und Regulierungsverfahren sind sehr arbeitsintensiv, besonders bei der Klärung der rechtlichen Verhältnisse. Zudem hat sich der Aufwand besonders bei Verfahren, die auf die Schaffung von großen Weideflächen durch Rodung im Zuge eines Servitutenverfahrens abzielen, durch neue rechtliche Vorgaben (UVP-Gesetz) beträchtlich erhöht.

Der finanzielle Aufwand für die technische Durchführung der Verfahren ist eher gering und erstreckt sich in der Regel nur auf die Kosten der Neuvermessung, die als Grundlage für die Durchführung der Neuordnung in den öffentlichen Büchern dient.

Auch in den Jahren 1999 und 2000 wurde die Vorgangsweise beibehalten, durch ein Vorziehen von Verfahren, in denen die Parteien einen praktikablen Konsens gefunden hatten, den Verfahrensablauf zu beschleunigen. Es sind nur mehr einige wenige alte Verfahren anhängig, sodass die Neuansprüche rasch bearbeitet und innerhalb kurzer Zeit erledigt werden können. Die rasche Abwicklung in der technischen Bearbeitung wird aber auch durch laufende Optimierung von EDV und Anwendung moderner Technologien in der Vermessung wie beispielsweise die GPS-Ortsbestimmung durch Satelliten beschleunigt. Folglich konnte in den Jahren 1999 und 2000 eine Eigentums- und Nutzungsregelung für eine Gesamtfläche von ca. 4.600 ha erreicht werden.

Verfahrenseinleitungen in den Jahren 1999/2000

Bez. Reutte: Reg. Waldint. Brettner / KG. Hinterhornbach, Landw. Bring.Recht Partl-Hofherr / KG. Bichlbach, Reg. Agrargem. Nesselwängle / KG. Nesselwängle

Bez. Imst: 2 Teilwaldfeststellungen in der KG. Haiming, Reg. Teilwälder Silz-Mittergern / KG. Silz, Reg. Agrargem. Weissland / KG. Obsteig, Reg. Teilwälder Nassereith / KG. Nassereith

Bez. Ibk., Ibk.-Land: 5 Teilwaldfeststellungen in der KG. Leutasch, 1 Teilwaldfeststellung in der KG. Seefeld, 2 Teilwaldfeststellungen in der KG. Scharnitz, Agrargemeinschaft Grünberg / KG. Navis, Reg. Haglachalpe / Großvolderberg, Reg. Agrargemeinschaft Birgitz / KG. Birgitz, Reg. Milderaunalpe / KG. Neustift

Bez. Schwaz: Reg. Kapauns-Legerl / KG. Stummerberg, SA. Kainzenhüttenalm / KG. Brandberg, Reg. Oberbödenalpe, Kröll Erich / KG. Finkenberg

Bez. Kufstein: Weideregulierung Burgstaller Georg / KG. Brandenburg, Weideregulierung Weißbacher Anton / KG. Brandenburg, Serv.Neuregulierung Weittal-Alm / KG. Brandenburg, Serv.Neuregulierung Baumbach-Alm / KG. Brandenburg, Reg. Kühlechner Adolf / KG. Thiersee, SV. Moser Georg, Oberau / KG. Thierbach, Landw. Bring.Recht Seilweg Schmiedl-Demler / KG. Thierbach, ST. Agrargem. Feldberg / KG. Ebbs

Bez. Lienz: Landw. Bring.Recht Lottersberger Irma / KG. St. Jakob i. D.

Verfahrensabschlüsse in den Jahren 1999/2000

Bez. Reutte: Reg. Fallerscheinalpe / KG. Stanzach, Landw. Bring.Recht Partl-Hofherr / KG. Bichlbach

Bez. Imst: 2 Teilwaldfeststellungen in der KG. Haiming, Reg. Agrargem. Weissland / KG. Obsteig, Reg. Teilwälder Nassereith / KG. Nassereith

Bez. Ibk., Ibk.-Land: Reg. Arzler Eggenwald / KG. Arzl, 5 Teilwaldfeststellungen in der KG. Leutasch, 1 Teilwaldfeststellung in der KG. Seefeld, 2 Teilwaldfeststellungen in der KG. Scharnitz, Reg. Agrargemeinschaft Birgitz / KG. Birgitz, Agrargemeinschaft Grünberg / KG. Navis

Bez. Schwaz: Reg. Kapauns-Legerl / KG. Stummerberg, Serv.Neureg. Hansltrett-Leiteneggalpe / KG. Gerlos, Serv.Neureg. bzw. Ablöse Gerlos-Gmünd / KG. Gerlos, Serv.Ablöse Grasegg-Heimweide / KG. Gerlos, Reg. Brandteralpe / KG. Tux

Bez. Kufstein: Reg. Auerfrei / KG. Langkampfen, Reg. Aschermahd-Ascherlahn / KG. Brandenburg, SV. Moser Georg, Oberau / KG. Thierbach, Landw. Bring.Recht Seilweg Schmiedl-Demler / KG. Thierbach, ET. Bergalpe / KG. Münster

Bez. Kitzbühel: Reg. Schafflerkaralpe / KG. Kössen, Reg. Unterschweibergalpe / KG. Hopfgarten-Land, Reg. Winterstelleralpe / KG. St. Ulrich a. Pillersee, ET. Reisenbergalpe / KG. St. Johann

Bez. Lienz: Landw. Bring.Recht Lottersberger Irma / KG. St. Jakob i. D.

8.9.5 Alm- und Weidewirtschaft

Der Almsommer 2000 war durch einen starken Kälteeinbruch gekennzeichnet, welche durch eine schöne Herbstperiode gemindert wurde.

Auftriebszahlen in Stück in den Jahren 1995 bis 2000

Jahr	Rinder unter 2 Jahre	Rinder über 2 Jahre	Milchkühe	Pferde	Schafe	Ziegen	gealptes Vieh	durchschnittl. Viehzahl pro Alm
1995	41.552	28.342	34.343	2.458	56.561	3.538	166.794	79
1996	44.528	27.010	36.205	2.733	62.596	4.336	177.408	81
1997	44.438	29.040	34.181	2.946	61.628	4.477	176.710	81
1998	43.472	29.060	34.324	3.067	61.908	4.377	176.208	80
1999	42.073	27.224	34.711	2.887	59.125	3.958	169.978	78
2000	44.178	27.246	36.986	2.800	57.259	3.699	172.168	79

Im Almbereich gab es im Jahr 1999 auf Grund der geringen zur Verfügung stehenden Finanzmittel wesentlich weniger Förderungsfälle und damit auch ein geringeres Investitionsvolumen verbunden mit geringeren Förderungszahlungen. Zentrale Förderungsziele auf den Tiroler Almen waren die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie eine Verbesserung der Hygienebedingungen in der Tierhaltung. Bei Neu- und Zubauplänen wurde besonders die Errichtung geeigneter Gülle- und Miststätten forciert. Damit trug man zu einer Verbesserung der Umweltsituation, speziell der Wasserqualität, bei.

Investitionen im Almbereich 1999

Maßnahmen	Förderungsfälle	Investitionsvolumen in S	Eigenleistung in S	Förderung in S			
				gesamt	EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
kofinanziert	82	27.885.000	19.285.000	8.600.000	2.150.000	3.870.000	2.577.000
national	79	21.581.000	16.391.000	5.190.000	-	3.114.000	2.076.000
SUMME	161	49.466.000	35.676.000	13.790.000	2.150.000	6.984.000	4.653.000

Investitionen und Erschließungen im Almbereich 2000

Investitionen und Maßnahmen Artikel 33 im Rahmen der "Ländlichen Entwicklung"

Maßnahmen 2000	Stand	Förderungsfälle	Investitionsvolumen in S	Förderung in S			
				gesamt	EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
Investition	abgesch.	80	29.733.000	9.018.000	4.509.000	2.705.400	1.803.600
Investition	offen	90	30.858.000	5.842.000	2.921.000	1.752.600	1.168.400
Artikel 33	abgesch.	13	8.080.941	5.490.000	2.745.000	1.647.000	1.098.000
Artikel 33	offen	13	13.044.000	4.743.000	2.371.500	1.422.900	948.600
Investition/Land	abgesch.	33	7.523.000	2.834.000			2.834.000
SUMME		229	89.238.941	27.927.000	12.546.500	7.527.900	7.852.600

8.10 5b-Förderung - ländliche Entwicklung

Ländliche Regionen mit Entwicklungsrückstand werden europaweit im Rahmen von Strukturprogrammen gefördert. Damit soll eine Heranführung dieser Gebiete an den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt der Union erreicht werden. Gemäß den Vorgaben der EU konnten in Tirol die Bezirke Lienz, Landeck, Imst und Reutte (mit Ausnahme des zentralen Ortes) zur Gänze und die Gebiete Sellrain, oberes Wipptal, Rofangebiet, Pillerseeregion und Wildschönau-Alpbach als 5b-Regionen abgegrenzt werden. Bereits in den Festlegungen der EU wird dem agrarischen Bereich eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung der ländlichen Regionen beigemessen, wobei vor allem Projekte und Programme, die eine stärkere Vernetzung der Land- und Forstwirtschaft mit den anderen Wirtschaftspartnern erzielen, hohe Priorität haben.

Im Tiroler 5b-Programm sind im landwirtschaftlichen Teil verschiedene Maßnahmen vorgesehen, die von produktionsorientierten Zielsetzungen (Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung, Förderung neuer Absatzwege) bis hin zu forstlichen Entwicklungszielen (Aufwertung des Waldes, forstliche Beratung) reichen.

Im Jahr 1999 des fünf Jahre laufenden Programmes zeigt sich folgendes Ergebnis bei der Verteilung der öffentlichen Mittel:

Maßnahme	Öffentliche Mittel in S		
	geplant	bewilligt (bis 31.12.99)	ausbezahlt (bis 31.12.99)
1. Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von land- und forstwirtschaftlichen Qualitätsprodukten, Förderung neuer Absatzwege	95.308.711	92.759.711	83.327.650
2. Diversifikation, Erwerbskombinationen durch Produktinnovation und Dienstleistungen, Urlaub am Bauernhof	27.554.322	29.808.944	13.328.700
3. Dorferneuerung	21.775.285	23.216.564	20.246.700
4. Erhaltung und nachhaltige Verbesserung der Lebens- und Produktionsumstände im ländlichen Raum, Kulturlandschaftspflege, Almschutz	217.226.104	229.565.393	209.655.000
5. Nutzung der regionalen biogenen Rohstoffe, Förderung erneuerbarer Energieformen	51.760.189	48.760.189	48.155.700
6. Entwicklung und Aufwertung des Waldes und seiner Funktionen	78.199.553	83.060.764	71.730.380
7. Entwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Beratung und Verbesserung der land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildung	19.147.189	20.055.189	9.548.590
8. Technische Hilfe	10.354.392	9.854.392	7.332.800
Summe	521.325.745	539.432.904	463.325.520

(Quelle: Bundes-, Landesmonitoring)

Die Maßnahme 4 (Erhaltung und nachhaltige Verbesserung der Lebens- und Produktionsumstände im ländlichen Raum, Kulturlandschaftspflege, Almschutz) wurde auch in diesem Berichtsjahr wiederum besonders gut angenommen. Der große Bedarf an Erschließungen von Flächen mit regionaler Bedeutung zur besseren und ökologisch schonenderen Bewirtschaftung der Höfe und Almen, aber auch der multifunktionalen Wälder kann in Verbindung mit diesem Programm sehr gut abgedeckt werden. Die zeitgemäße Erschließung durch Neuanlagen von Transportwegen bzw. Straßen und deren Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz sichert moderne Bewirtschaftungsformen und eine bessere regionale sowie Vor-Ort-Vermarktung. Insgesamt

können dadurch auf lokaler und regionaler Ebene die Lebensumstände verbessert und die charakteristische bergbäuerliche Kulturlandschaft erhalten werden. Auf gute Resonanz ist auch wieder die Maßnahme 1 (Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von land- und forstwirtschaftlichen Qualitätsprodukten, Förderung neuer Absatzwege) gestoßen. Als wiederum verstärkt angenommene Maßnahmen haben sich 1998 die Maßnahme 5 (Nutzung der regionalen biogenen Rohstoffe, Förderung erneuerbarer Energieformen) und auch die Maßnahme 6 (Entwicklung und Aufwertung des Waldes und seiner Funktionen) herauskristallisiert. Damit wird es auch mittelfristig gelingen, die Wertschöpfung aus der Waldbewirtschaftung zu erhöhen und damit den Wald als Wirtschaftsfaktor interessanter zu machen. Im Jahr 1998 wurde auch die Maßnahme 2 (Diversifikation, Erwerbskombination durch Produktinnovation und Dienstleistungen, Urlaub am Bauernhof) verstärkt angenommen. Damit sollte es auch hier gelingen, die im Programm festgelegten Ziele zu erreichen.

Auf Grund der zunehmenden Umsetzungsdynamik ist insgesamt eine zeitgerechte und vollständige Umsetzung des Ziel 5b - Programmes, ebenso wie auch der Gemeinschaftsinitiative LEADER II, zu erwarten.

8.11 Landwirtschaftlicher Wasserbau

Neben den schutzwasserwirtschaftlichen Maßnahmen einschließlich der Regulierung der Kleinen Gewässer im ländlichen Raum zählt der landwirtschaftliche Wasserbau mit seinen Disziplinen „Regulierung des Bodenwasserhaushaltes“ einschließlich der Bewässerung zur Produktionssicherung sowie der Rutschhangstabilisierung zu den landschaftsgestaltenden und landschaftserhaltenden Aufgaben mit erheblicher Bedeutung.

Im Sinne des Budgetansatzes, landwirtschaftlicher Wasserbau bei der Abteilung Wasserwirtschaft sind die nach den Richtlinien gem. § 9 des Tiroler Landwirtschaftsgesetzes, LGBl. Nr. 3/1975, förderfähigen Kleinanlagen von Entwässerungen, Bewässerungen und Schutzmaßnahmen gegen Bodenabtrag von Bedeutung. Gesondert können Großanlagen von Entwässerungen und Bewässerungen gefördert werden.

Im Berichtsjahr 2000 ergab sich ein Gesamtbauvolumen bei Entwässerungen von rund S 887.000,- (€ 64.460) und ein Gesamtbauvolumen bei Bewässerungen von rund S 2,625.000,- (€ 190.766). An Landesbeihilfen waren insgesamt etwa S 2,007.000,- (€ 145.854) vorgesehen.

Großbewässerungsanlagen sind im Raum Absam, Thaur, Rum in Ausbau und sollen im Jahr 2001 fertiggestellt werden. Die Dringlichkeit zum Ausbau bzw. der Erneuerung verschiedener Entwässerungsanlagen ergibt sich aufgrund der Nutzungsdauer dieser Anlagen.

8.12 Wildbach- und Lawinenverbauung

Im Berichtszeitraum standen mit rd. S 1.201,5 (€ 87,32) Mio. um ca. 30 % mehr Mittel für den Schutz des Siedlungsraumes bzw. von Infrastruktureinrichtungen vor Wildbächen, Lawinen, Erosion und Steinschlag zur Verfügung, als im Zeitraum 1997-98. Dies ist, wie noch dargelegt werden soll, hauptsächlich auf die Katastrophenereignisse vom Februar bzw. Mai 1999 zurückzuführen. Von diesen, von Bund, Land und Interessenten aufgebrachtten Mitteln, wurden 411,5 (€ 29,90) Mio. für Wildbachverbauungen, S 480,7 (€ 34,93) Mio. für Lawinenverbauungen, S

215,7 (€ 15,68) Mio. für die Sanierung geschädigter Wälder und S 68,7 (€ 4,99) Mio. für die Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten aufgewendet. Weitere 24,9 (€ 1,81) Mio. entfielen auf Dotationen, d. h. auf Maßnahmen, die zur Gänze von Interessenten finanziert werden.

Diese Mittel wurden wie folgt aufgebracht: Bund S 669,8 (€ 48,67) Mio. (55,8 %), Land Tirol S 254,0 (€ 18,46) Mio. (21,1 %) und Interessenten S 277,7 (€ 20,19) Mio. (23,1 %). Der Landesanteil von 21,1 % ist ident dem von 1998 und liegt im Bereich der langjährigen diesbezüglichen Aufwendungen von Tirol (1970 bis 2000 20,3 – 21,5 %).

Witterungsverlauf unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes Jänner – Mai 1999:

Das Jahr 1999 kann verbreitet als etwas zu warm und in Nordtirol zu feucht charakterisiert werden. In Osttirol weichen die Jahressummen des Niederschlags nur unerheblich von den mittleren Jahressummen ab. Den größten Niederschlagsüberschuss weisen der westliche Nordalpenraum und das Wipptal mit + 25 - + 40 % auf. In Nordtirol ist vor allem der außergewöhnliche Niederschlagsreichtum des Februar und Mai für das überdurchschnittliche Abschneiden verantwortlich. Das eher ausgeglichene Niederschlagsdargebot in Osttirol wird durch die Kompensation, vor allem des zu feuchten August durch mehrere zu trockene Monate in der übrigen zweiten Jahreshälfte erreicht.

Die erste von drei Großschneefallperioden im Zeitraum Jänner/Februar 1999 begann, als am 26.01 in den Alpen intensive Stauniederschläge in Form von Schnee bis 600 m Seehöhe hinunter auftraten. So wurden beispielsweise im hinteren Paznauntal sowie in den benachbarten Regionen vom 27. – 29. 01 im Mittel rd. 110 cm Neuschnee abgelagert. Ein nachfolgendes Hoch brachte dann kalte Arktikluft in die Alpen und damit für 5 – 6 Tage trockenes Wetter. Ab dem 04.02. verursachte eine zweite Nordstaulage große Schneefälle im zentralen Alpenraum. Bei stürmischen, zum Teil böigen Nordwestwinden fielen vom 05. – 10. 02. im hinteren Paznauntal und im benachbarten Gebiet innerhalb von fünf Tagen 80 – 150 cm Schnee. Ein Hoch über Deutschland sorgte dann wiederum ab dem 11. - 15. 02. für eher kühles und sonniges Wetter bis zum Einsetzen der dritten Großschneefallperiode am 17.02. Die leichte Erwärmung um runde 7° C begünstigte die Setzung der Neuschneemassen. Die dritte, längste und entscheidendste Schneefallperiode für das Lawinengeschehen dauerte vom 17. – 24./25.02. und hatte wiederum ihre Ursache in einer Nordweststaulage, die aber wärmere und feuchtere Luft an die zentralen Alpen heranführte. Bis zum 24.02. fiel insgesamt 165 – 253 cm Neuschnee. Die Gesamtschneehöhen stiegen in den Tallagen auf Werte von 2,0 – 2,5 Meter und in den Anbruchgebieten auf rd. 3,5 Meter. Am 19./20.02. stieg die Lufttemperatur um mehrere Grade an, sodass die Nullgradgrenze zeitweise auf 2.300 m angehoben wurde. Dies führte zu einer kurzfristigen Abnahme der Festigkeit der oberflächennahen Schneeschichten. Dadurch lösten sich schon an diesen beiden Tagen viele Großschneelawinen. Am 23./24. 02. stürzten dann nach wiederum von starken Winden begleitende Schneefällen die zwei Unglückslawinen in Galtür und Ischgl/Valzur jeweils am späten Nachmittag um ca. 16.00 Uhr zu Tal. Es konnte sich also während der drei Schneefallperioden in den zwei großen Anbruchgebieten ohne vorerst die Schneeverfrachtungen und frühen Teilanbrüche zu berücksichtigenden, eine Neuschneesumme von bis zu 440 cm ansammeln, bis es zu den zwei katastrophalen Lawinenabgängen kam. Die Verfrachtung von Trieb Schnee aus den vorgelagerten Luvhängen dürfte in den beiden Anrisszonen über die drei Schneefallperioden bis zum 23./24.2.1999 aufdatiert in der Größenordnung von zusätzlich 200 cm Neuschnee betragen haben. Die starke Erwärmung von 19. - 21.02. bewirkte in tieferen Lagen den Abgang von Lawinen; in höheren Lagen führte sie jedoch zu einer vorübergehenden

Verfestigung der Neuschneesichten, die wahrscheinlich dazu beitrug, dass gewisse Lawinen erst so spät und dem zu Folge auch in so großem Ausmaß abgegangen sind (AMMANN et al, 2000).

Bei einem überdurchschnittlichen Temperaturniveau war der März 1999 in Nordtirol zu trocken und in Osttirol zu feucht. Während im darauf folgenden Monat in Nordtirol verbreitet zu viel Niederschlag zu verzeichnen war, war in Osttirol der April um etwa 1°C zu warm und ebenso weitgehend überdurchschnittlich überregnet.

Der Mai 1999 war in ganz Tirol um 1 – 2°C zu warm und zu feucht, im westlichen Nordalpenraum extrem niederschlagsreich. In Nordtirol lag die Wasserführung der Flüsse bis zu 100 % über dem Monatsmittel. Die größeren Fließgewässer Osttirols überschritten den Durchschnittswert des Mai lediglich um bis zu 40 %. Ab 11.05. gelangten wiederholt Störungen nach Tirol. Die Niederschläge intensivierten sich zum 12. hin und bewirkten im westlichen Nordalpenraum (Außerfern und Raum Arlberg) eine drastische Anhebung der Wasserstände. Am 15. drehte die Höhenströmung und führte zu einer Abkühlung, wobei Gewitter und Schauer die Witterung dominierten. Am 18. d. trat zunächst eine Wetterbesserung ein. Am 20. wanderte ein Höhentief über Österreich hinweg. Die nachfolgenden Störungsdurchgänge aus Nordwest verursachten in Vorarlberg und Tirol weitere Niederschläge von außergewöhnlicher Intensität mit Hochwasser, besonders im westlichen Nordtirol. Nach einem Kaltfrontdurchgang am 23. trat dann eine Wetterberuhigung ein.

Im Mai verzeichnete das Jahr 1999 im Tiroler Nordalpenraum einen weiteren extremen niederschlagsreichen Monat, der den niederschlags- und lawinenreichen Februar zum Teil übertraf oder diesem zumindest gleichzustellen ist. Die ergiebigsten Niederschläge ereigneten sich im westlichen Nordalpenraum mit Zentrum Außerfern. An mehreren Messtellen wurden im Stau der Allgäuer Alpen wie Reuttener Hahnenkamm, Tannheim und Jungholz im Mai 1999 bis zu 500 Liter/m² an Niederschlag gemessen. In abgeschwächter Form setzten sich diese hohen Mengen ostwärts entlang des nördlichen Alpenbogens fort und blieben auch im Tiroler Unterland überdurchschnittlich hoch.

Während der westliche Nordalpenraum von zwei markanten Niederschlagsperioden betroffen war, nämlich am 11./12. Mai sowie vom 20. bis 22. Mai, war für die übrigen Regionen Tirols nur der Niederschlag ab dem 20. des Monats bemerkenswert. Das Niederschlagsmaximum lag jedoch eindeutig am 21. Mai und hier wiederum lagen die Hauptniederschlagsgebiete im Außerfern, im Kühtal und auf der Piller Höhe. An diesem Tag fielen an einigen Messtellen im Außerfern bis zu 200 mm Niederschlag in Form von stundenlangem Dauerregen. Die Zone mit mehr als 100 mm Tagesniederschlag erstreckte sich vom Arlberg bis zum Rofangebirge und führte dort zum Teil zu extremen Hochwasserabflüssen und zahlreichen Murgängen. An mehreren Messstellen im Außerfern und im Bereich der östlich angrenzenden Gebirgsketten stellt der Tagesniederschlag vom 21. Mai 1999 den höchsten Messwert seit Beobachtungsbeginn im letzten Jahrhundert dar. Die Wiederkehrwahrscheinlichkeit dieses Tagesniederschlags ist so gering, dass mit Wiederholungszeiten von weit über 100 Jahren gerechnet werden kann. Bei den Messtellen im Tiroler Unterland verliert die Regenhöhe des 21. Mai rasch an Bedeutung, da sich das Niederschlagsgeschehen zunehmend auf den Zeitraum 20. – 22. Mai ausdehnt. Dadurch wird im westlichen Nordtirol auf den 21. Mai konzentrierte Starkregen in Richtung Unterland zunehmend auf zwei Tage 20. und 21. Mai etwa gleichmäßig aufgeteilt.

Außergewöhnlich starke Niederschläge, verbunden mit einsetzender Schneeschmelze, führten an den Fließgewässern Nordtirols zu deutlich erhöhten Abflüssen. Das überdurchschnittliche Temperaturniveau in diesem Monat begünstigte das Einsetzen der Schneeschmelze und die Ausbildung typischer, sich aufschaukelnder Schmelzwassergänge in den Fließgewässern. Besonders betroffen waren die Einzugsgebiete von Lech, Vils, Loisach, Leutascher Ache, Isar und die Gewässer bis zum Achenal. Das Osttiroler Gewässernetz war von dieser Hochwasserperiode so gut wie nicht betroffen.

Während die nördlichen Landesteile im Jahr 2000 einen Niederschlagsüberschuss zwischen 10 und 30 % aufweisen, liegen in Osttirol und im Brennergebiet die Jahresniederschlagssumme um 30 – 50 % über dem Mittel des Vergleichszeitraumes 1981/1995. Der übertemperierte Dezember 2000 hat den Temperaturvorsprung des Jahres 2000 weiter ausgebaut. Die absummierten Monatsmitteltemperaturen des abgelaufenen Jahres liegen bis zu 15° über der mittleren Jahressummenkurve; das kann als mittlerer monatlicher Temperaturüberschuss von $\geq 1^\circ$ gewertet werden. Damit blieb das Jahr 2000 im eingeschlagenen Trend der seit langer Zeit feststehenden Erwärmung.

Katastrophenereignisse

Im Hinblick auf das Katastrophengeschehen sind im Berichtszeitraum vor allem die **Lawinenergebnisse vom Februar 1999**, die **Hochwasserereignisse zu Pfingsten 1999** sowie der Felssturz am Eiblschrofen in Schwaz, der Hangrutsch in Starkenbach, Gde. Schönwies, und der Bergsturz in Längenfeld zu erwähnen.

Im Winter 1999 lag der Bezirk Landeck im Zentrum des Katastrophengeschehens. Großlawinen waren im Stanzer- (St. Anton) sowie Kaunertal und vor allem Paznauntal (Ischgl und Galtür) zu verzeichnen. Die Lawinenabgänge am 23. Februar in Galtür und am 24. Februar in Valzur/Ischgl waren mit 31 bzw. sieben Toten die Folgeschwersten seit vielen Jahrzehnten. Zahlreiche Wohn- und Wirtschaftsgebäude wurden zerstört oder beschädigt. Im Oberland kam es zu wiederholten, mehrtägigen Sperrungen von wichtigen Verkehrsverbindungen; dies führte vor allem in Verbindung mit dem Tourismus zu erheblichen Problemen. Infolge dieser Sperrungen wurden im Rahmen einer internationalen Luftbrücke Tausende eingeschlossenen Feriengäste vor allem aus dem Paznauntal evakuiert. Im Bezirk Imst gingen Großlawinen im Pitztal ab, wobei hier wohl große Wald- und Flurschäden, jedoch geringe Schäden an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden zu verzeichnen waren. Im Bezirk Schwaz traten große Lawinen im hinteren Zillertal auf.

Zum Schutz vor der Schadlawine in Galtür (Äußere Wasserleiter und Weiße-Riefe-Lawine) wurde noch 1999 im Anbruchgebiet ein Aufschließungsweg errichtet sowie mit der Verbauung des Anbruchgebietes begonnen. Parallel dazu wurden am Talboden zwischen Hang und Siedlungsbereich zwei Lawinenauffangdämme erstellt, wobei in einen davon das neuerrichtete Alpinzentrum integriert wurde. Da geländebedingt im Bereich von Ischgl/Valur keine Schutzmaßnahmen ausgeführt werden konnten, erfolgte ein Umsiedlung dieses Weilers in das unmittelbar in der Nachbarschaft gelegene Obervalzur. Sämtliche Objekte im alten Weiler Valzur, die alle von der Lawine beschädigt oder zerstört wurden, wurden geschliffen.

Als Folgerungen aus dem Lawinenwinter 1999 ist festzuhalten, dass sich Anbruchverbauungen mit Stahlschneestützen bestens bewährt haben und weiterhin ausgeführt werden sollen. Ablenk- und Auffangbauwerke sind kritisch hinsichtlich Ablenkwinkel und Höhe zu hinterfragen. In Bezug

auf die Gefahrenzonenplanung wurde seitens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft die Abgrenzung für die Lawinengefahrenzonen mit Erlass vom 01.07.1999 dahingehend verändert, als dass im Gegensatz zu früher die Abgrenzung zwischen Lawinenrot und Lawinengelb bei nunmehr 10 kN/m² anstelle von 25 kN/m² festgelegt wurde. An der daraus erforderlichen Überarbeitung von knapp 120 Gefahrenzonenplänen in denen Lawinengefahren dargestellt sind - insbesondere in Verbindung mit der Erstellung der örtlichen Raumordnungskonzepte der Gemeinden -, wird derzeit in der Sektion Tirol intensiv gearbeitet.

Ein weiteres markantes Ereignis im Jahr 1999 war der Bergsturz beim sogenannten Rauhen Lehner in der Gemeinde Längenfeld, wobei ca. 120.000 m³ am 12.03.1999 aus einer Felswand abstürzten und die gesamte orographisch rechte Hälfte des Talbodens bei Huben incl. der Bundesstraße bis zur Öztaler Ache verschütteten. Ein neu errichtetes Sägewerk wurde größtenteils durch dieses Bergsturzereignis zerstört. Von der Wildbach- und Lawinenverbauung konnte durch die Einrichtung eines Steinschlagschutzdammes das bestehende Wohngebäude geschützt werden.

Zu Pfingsten 1999 (23. Mai) führten die langanhaltenden Niederschläge in Verbindung mit der Schneeschmelze zu ausgedehnten Hochwasserereignissen. Das Zentrum lag diesmal im Außerfern, jedoch waren auch die Bezirke Landeck, Imst und Innsbruck-Stadt und –Land betroffen. In St. Anton a. A. kam es zum Beispiel infolge eines Hanganbruches im Steißbachtal zu einem Murgang, durch den Wohnhäuser eingeschottert wurden und der zu einer Unterbrechung der Arlbergbahn sowie der Bundesstraße über den Arlberg – letztere für einige Tage - führte. Zahlreiche Verbauungen haben sich sehr gut bewährt. Es mussten jedoch ca. 80 Sofortbauprogramme ausgearbeitet werden, um Ablagerungsbecken zu räumen, geordnete Abflussverhältnisse wieder herzustellen bzw. Rutschungen zu entwässern und zu stabilisieren.

Am 10. Juli 1999 ereigneten sich Felsstürze im und vom Eiblschrofen, die die Evakuierung von ca. 50 Häusern mit mehr als 250 Personen notwendig machten. Im Rahmen eines Bauprogrammes für Sofortmaßnahmen 1999 „Monitoring Eiblschrofen“ wurden alle für die Beobachtungen und Prognose von weiteren Felsstürzen notwendigen Messungen durchgeführt. Im Zuge eines Bauprogrammes für Sofortmaßnahmen „Eiblschrofen Felssturz“ wurden zwei Auffangdämme und 130 lfm. Steinschlag auffangnetze in kürzester Zeit ausgeführt. Die Kosten betragen ca. S 91 (€ 6,64) Mio. Nach Fertigstellung der Schutzmaßnahmen konnten alle Häuser wieder bezogen werden und die Betriebe wieder ihre Arbeit aufnehmen.

Am 29. August 1999 ereignete sich im Starkenbach, Gde. Schönwies, ein Hangrutsch, wobei das Tal durch Materialmassen im Ausmaß von ca. 3 Mio. m³ abgeriegelt wurde. Teile der Siedlung Starkenbach mussten evakuiert und die Bundesstraße gesperrt werden. Nach ersten Sofortmaßnahmen und der Tatsache, dass der Bach nach zwei Tagen unter dem Schuttmaterial durchsickerte, konnte die Evakuierung aufgehoben werden. Es war jedoch davon auszugehen, dass es in Zuge der Schneeschmelze im Frühjahr oder bei Hochwasserabflüssen nach Gewittern im Sommer zu einem Aufstau und in weiteren Folge zu einem Überfließen dieses Materialriegels kommt. In einem solchen Fall wäre wegen Erosionserscheinungen mit tagelangen Murgängen zu rechnen gewesen. Auf Grund der Tatsache, dass der Vorfluter auf Grund der großen Materialmengen nicht fähig gewesen wäre, dieses Material abzuführen, bestand die Gefahr eines Rückstaus des Inns, verbunden mit einer Gefährdung der Autobahn bzw. der Bahntrasse sowie der Siedlung Starkenbach. Durch Sofortmaßnahmen konnte die Gefahr insofern beseitigt werden,

als dass der Bach unschädlich über die Rutschmasse ab- und in das bestehende Bachbett wiederum eingeleitet wurde.

Am 18.03.2000 um 03.30 Uhr löste sich im Bereich des südexponierten Schmirner Berges eine Trockenschneelawine und beschädigte dabei zwei Gebäude leicht, wobei eines davon bewohnt war. Die drei Bewohner kamen nicht zu Schaden, wohl auch deshalb, weil sich in dem der Lawine abgewandten Hausbereich befunden hatten. Am 18.03. löste sich um 11.00 Uhr in der Seehöhe von ca. 2.500 m unterhalb der Kalkwand im Gschnitztal eine Lawine, die den Ortsteil Stadtl taleinwärts von Gschnitz massiv gefährdete. Ein in den 70er Jahren errichteter Lawinenablenkdamm bewährte sich dabei derart, als dass er die Lawine insofern ablenkte, dass zwar die Landesstraße auf eine Länge von etwa 80 m bis zu 6 m hoch verschüttet wurde, Häuser jedoch nur in verhältnismäßig geringem Ausmaße in Mitleidenschaft gezogen wurden. Am 20.03. kurz nach Mittag brach ebenfalls in Gschnitz die Gänsebach-Lawine als nasse Schneebrettlawine ab und drang bis nur wenige Meter entfernt zu einem bewohnten Bauernhaus vor. Die Lawine türmte sich seitlich des Hauses bis zu 6 m Höhe auf. Schäden waren keine zu verzeichnen.

Am 26. September 2000 kam es im Gemeindegebiet von Schwaz zu einem Steinschlag vom sogenannten Moserstein, nachdem im Frühjahr des Jahres bereits eine Geologische Begutachtung dieses Steines vorgenommen wurde. In Folge dieses Ereignisses erfolgte im Rahmen einer Sofortmaßnahme ein Teilabbau des Mosersteins.

Neben den oben geschilderten Ereignissen waren vor allem im Zusammenhang mit den Pfingsthochwässern 1999 Dutzende mittlere und kleinere Schadereignisse zu verzeichnen.

Gutachter- und Bautätigkeit sowie Projektierung

Es wurden im Berichtszeitraum knapp 5.300 Gutachten mit einem Zeitaufwand von rd. 17.500 Stunden erstellt. Insgesamt konnten 23 Gefahrenzonenpläne überprüft und 11 durch den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft neu genehmigt werden. Die vor allem im Jahr 1999 stattgefundenen Katastrophenereignisse schlugen sich deutlich in der Projektierungstätigkeit nieder. So nahm die Anzahl der Sofortmaßnahmen von 1998 auf 1999 von 38 auf 125 um das mehr als dreifache zu, um im Jahr 2000 auf das 1,7-fache (von 1998) zurückzugehen. Die entsprechenden Geldbeträge belaufen sich auf S 168 (€ 12,21) Mio (+ 730 % zu 1998) im Jahr 1999 bzw. S 54 (€ 3,92) Mio (+ 170 % zu 1998) 2000. Im Berichtszeitraum wurden 22 Projekte, davon zwei mit einem Maßnahmenumfang von über S 200 Mio (€ 14,53 Mio) und 270 Bauprogramme mit veranschlagten Verbauungskosten von insgesamt S 1,65 Mrd. (€ 119,84 Mio.) erstellt. 52 Baufelder konnten durch die Durchführung einer Kollaudierung abgeschlossen werden.

Bedingt durch die Lawinenereignisse aber auch durch die Skiweltmeisterschaft 2001 in St Anton bzw. den Bergsturz in Längenfeld und den Hangrutsch in Schönwies lag 1999 der Verbauungsschwerpunkt im Tiroler Oberland. Weitere Verbauungsschwerpunkte lagen durch die Pfingsthochwässer 1999 im Außerfern bzw. im Bezirk Innsbruck-Land. Der Felssturz am Eiblschrofen in Schwaz führte ebenso zu einem erhöhten Geldmittel- und Personaleinsatz. Die Tätigkeitsschwerpunkte des Jahres 2000 sind tabellarisch in einer bezirksweisen Übersicht in Anhang 1 dargestellt.

Die Anzahl der Baufelder betrug 1999 352 (+46 % gegenüber 1998) und im Jahr 2000 283 (+ 17 % gegenüber 1998). In beiden Jahren wurden insgesamt 294 Baufelder neu begonnen und wurden 281 abgeschlossen.

Vor allem die Lawinenereignisse 1999, aber auch die Pfingsthochwässer im selben Jahr haben gezeigt, dass die vom Forsttechnischen Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung in den vergangenen Jahrzehnten errichteten Schutzmaßnahmen zur Sicherung des Siedlungsraumes und von Infrastruktureinrichtungen in Tirol zur vollsten Zufriedenheit funktioniert und, wenn auch insgesamt 38 Tote zu beklagen waren, die in unserem Bundesland lebenden Menschen vor größeren Schäden für Leib und Leben sowie Hab und Gut bewahrt haben.

Bezirkswise Übersicht über die Verbauungsschwerpunkte 2000 mit Baufeldnamen, Gemeinde und Ausgaben in Schilling

Bez. Reutte:

Übelrinner-Lawine (Häselgehr) 12,32 Mio
Ahorntal-Lawine (Pfafflar) 6,83 Mio
Lainbach (Höfen) 6,09 Mio
Sonnenkogel-Lawine (Bach) 5,67 Mio
Lähngraben (Ehrwald) 5,46 Mio
Weißenbach (Weißenbach) 1,90 Mio

Bez. Landeck:

Stockibach-Lawine (St. Anton) 20,39 Mio
Starkenbach (Schönwies) 15,29 Mio
Äußere Wasserleiter- und Weiße Riefe-Lawine (Galtür) 15,12 Mio
Gampberg-Lawine (St. Anton) 12,52 Mio
Gallruthbach-Lawine (Kaunertal) 9,06 Mio
Madlein-Lawine 9,04 Mio
Moosbach-Lawine 6,23 Mio
Böcka-Lawine (Kaunertal) 6,00 Mio
Valriebach-Lawine (Nauders) 5,91 Mio
Kresswald-Lawine (St. Anton) 5,59 Mio

Bez. Imst:

Kar- Neschelbach-Lawine (St. Leonhard) 11,2 Mio
Gafleinbach (Nassereith) 5,91 Mio
Stopferrinnen- und Winkelschrofen-Lawine (Haiming) 4,51 Mio
Murbach (Umhausen) 3,38 Mio
Wassertalbach (St. Leonhard) 2,39 Mio
Holderbach (Ötz) 2,09 Mio
Söllberg-Lawine (St. Leonhard) 2,02 Mio

Bezirke Innsbruck Stadt und –Land:

Sellraintal Schluchtstrecke (Grinzens) 29,14 Mio
Bachertal-Lawine (Neustift) 17,00 Mio
Schmirn-Lawinen (Schmirn) 5,80 Mio
Mühlauerbach/Tuffbach (Ibk) 4,28 Mio
Bärenbach (Fritzens) 3,70 Mio
Kreuzbach (Zirl) 3,56 Mio
Dorfbach (Patsch) 1,99 Mio
Stadt-Lawine (Gschnitz) 1,84 Mio

Bez. Schwaz:

Eiblschrofen (Schwaz) 27,65 Mio
Hangerbach-Lawine (Tux) 8,16 Mio
Schmittenberg-Lawine (Tux) 7,45 Mio
Ahrnbach (Stumm) 6,20 Mio
Moserstein-Felssturz (Schwaz) 4,47 Mio
Talbach (Hippach, Zellberg) 3,35 Mio
Stanserbach (Stans) 1,99 Mio

Bez. Kufstein:

Wörglerbach/Wildenbach (Wildschönau) 9,24 Mio
Aschaubach (Brandenberg) 5,94 Mio
Wörglerbach (Wörgl) 1,72 Mio
Öfen-Lawine (Waidring) 1,56 Mio
Kundler Ache/Schwarzenbach (Wildschönau) 1,5 Mio

Bez. Kitzbühel:

Brummerbach/Astengraben (Hopfgarten i.B.) 5,86 Mio
Griessbach (Kirchdorf) 3,96 Mio
Gansleitbach (Kirchberg i.T.) 3,60 Mio
Rutschung Schullehrer (Hopfgarten i.B.) 1,25 Mio

Bez. Lienz:

Wartschenbach (Nußdorf-Debant) 17,85 Mio
Blusenbach-Lawine – Mattersbergweg (Matrei i.O.) 7,11 Mio
Lailahner-Lawine – Ratzellweg (Hopfgarten i.D.) 6,37 Mio
Blöslahner-Lawine (Matrei i.O.) 5,00 Mio
Gleiersbach (Assling) 4,40 Mio
Gassen (St. Veit i.D.) 3,70 Mio
Schönegg Steinschlag (Innervillgraten) 1,96 Mio
Debantbach (Nußdorf-Debant) 1,50 Mio
Debantbach/Steinerbach (Nußdorf-Debant) 1,50 Mio
Gamsbach (Assling) 1,50 Mio
Pulverbach (Abfaltersbach) 1,50 Mio

9. Direktzahlungen an die Tiroler Landwirtschaft

Mit Direktzahlungen an land- und forstwirtschaftliche Betriebe werden die seit dem EU-Beitritt durch die stark abgesenkten Produktpreise bedingten Einkommensverluste ausgeglichen. Diese Zahlungen aus öffentlichen Geldern sind damit zu einem wesentlichen Einkommensbestandteil (siehe Kapitel 5.6 und 5.7) geworden.

Das System der Direktzahlungen hat ab 1995 das bis dahin gültige Marktordnungssystem, welches vorrangig auf Maßnahmen im Verarbeitungs- und Vermarktungsbereiches abzielte, abgelöst. Auf Grund des EU-Beitrittes mussten die Bereiche der Verarbeitung und des Handels liberalisiert werden, was eine Verlagerung der Förderungen in Form von Flächen- oder Tierprämien direkt zu den Bauern hin bewirkte.

Die direkten Zahlungen an die Tiroler Bauern können für das Jahr 1999 und 2000 in drei Gruppen eingeteilt werden:

- Marktordnungsprämien
- Erschwernisabgeltung
- Maßnahmen zur Förderung einer umweltgerechten Landwirtschaft

Die im Beitrittsvertrag für vier Jahre vereinbarten begleitenden und ergänzenden degressiven Ausgleichszahlungen (Übergangsmaßnahmen) zum Ausgleich bzw. zur Verringerung der Einkommenseinbußen aufgrund der sofortigen Marktöffnung kamen im Jahr 1998 letztmalig zur Anwendung. Im Jahr 1999 wurde die Aufzuchtprämie für Kalbinnen des Landes Tirol in der Höhe von S 36,7 Mio. (€ 2,67 Mio.) letztmalig ausbezahlt.

Die nachstehenden Zahlen sind weitgehend dem Grünen Bericht des Bundes bzw. den Statistiken der Agrarmarkt Austria (AMA) entnommen und durch zusätzliche Zahlen der Landesverwaltung ergänzt. Teilweise finden sich diese Werte bereits bei den fachlich zugehörigen Kapiteln (z.B. Förderung des Biolandbaues als Teil des ÖPUL). Die gemeinsame Darstellung in diesem Kapitel soll einen besseren Überblick über die direkten Zahlungen an die Tiroler Bauern verschaffen.

9.1 Marktordnungsprämien

Schon vor dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wurden im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 1992 die Preise für landwirtschaftliche Produkte in der EU gesenkt. Bei der Übernahme dieser Regelungen durch Österreich erfolgte eine Anpassung hin zu Direktzahlungen, welche als Ausgleich für die Einkommensverluste auf Grund der gesunkenen Richtpreise zu sehen sind.

Die Finanzierung der Marktordnungsprämien erfolgt ausschließlich durch EU-Mittel (Ausnahme: Nationale Zusatzprämie für Mutterkühe). Von Bedeutung ist, dass die Marktordnungsprämien beständige Förderungsmaßnahmen sind.

Marktordnungsprämien werden für verschiedene Ackerkulturen, für männliche Rinder, Mutterkühe und Mutterschafe ausbezahlt. Grundsätzlich bestehen für alle diese Produktionsbereiche

entsprechende Marktordnungen und Kontingente, damit das Prämiensystem nicht zu einem An-kurbeln der Produktion führt.

Seit dem Jahr 2000 werden auch Prämien für Mutterziegen, eine Mutterkuhprämie für Kalbin-nen, eine Kalbinnenprämie für Milchrasen, eine Extensivierungsprämie für Milchkühe und eine Schlachtprämie ausbezahlt.

Die folgende Übersicht zeigt die Mittelflüsse im Jahr 1997 bis 1999 für die einzelnen Marktord-nungsbereiche (für das Jahr 2000 liegen noch keine endgültigen Daten vor)

Kategorie	Österreich		Prämiensumme in Mio. S			
	1999	1998	2000 *)	1999	Tirol	
					1998	1997
männliche Rinder	459,8	491,94	8,64 *)	11,3	12,85	12,68
Mutterkühe	596,2	511,28	48,75 *)	55,8	49,89	52,81
nat. Mutterkuhzusatzprämie	102,0	106,47	5,16 *)	9,6	10,38	10,99
Extensivierungsprämie	204,4	212,80	-	20,5	22,06	22,84
Mutterschaftprämie und Mutterziegenprämie	62,9	65,78	13,67 *)	15,8	17,21	13,72
Kulturpflanzenausgleich	4.961,77	4.870,51	16,35 *)	16,08	16,49	17,55

Quelle: Grüner Bericht 1998 und 1999, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

*) AMA Ausgleichszahlungen, Stand 31.03.2001 – Die Daten für das Jahr 2000 sind noch nicht vollstän-dig, da im Laufe des Jahres 2001 bis zur Jahresmitte noch Nachberechnungen und Nachzahlungen erfol-gen.

Im Jahr 2000 wurde die Mutterkuhprämie für Kalbinnen eingeführt. Der in der Prämie für die Mutterkühe enthaltene Anteil für die Kalbinnen beträgt S 13,14 Mio. (€ 0,95 Mio.). Ebenfalls neu seit dem Jahr 2000 sind die Kalbinnenprämie für Milchrasen (S 1,09 Mio. bzw. € 79.213), die Extensivierungsprämie für Milchkühe (wurde für das Jahr 2000 noch nicht ausbezahlt) und die Schlachtprämie (S 4,25 Mio. bzw. € 0,31 Mio.)

Zusätzlich zu den Tierprämien für männliche Rinder und Mutterkühe erhalten Betriebe mit einem geringen Viehbesatz (max. 1,4 GVE/Futterfläche) eine Extensivierungsprämie für die umwelt-schonende Produktion.

9.2 Erschwernisabgeltung - Ausgleichszulage

Betriebe in Benachteiligten Gebieten (Berggebiete, Sonstige benachteiligte Gebiete und Kleine Gebiete) erhalten aufgrund der ständigen durch die Natur bedingten Nachteile eine Ausgleichs-zulage. Diese ersetzt die bis 1995 gewährten Direktzahlungen des Bundes (Bergbauernzu-schuss) und der Länder (Bewirtschaftungsprämie). Die Ausgleichszulage ist zu 25 % von der EU kofinanziert. Da bei der Umstellung auf dieses System speziell kleinere Betriebe keine oder nur eine im Vergleich zum ursprünglichen System niedrigere Ausgleichszulage erhalten hätten, wur-de vertraglich eine Sonderregelung („Wahrungsregelung“) geschaffen. Diese ermöglicht für 10 Jahre die Gewährung einer nationalen Beihilfe zum Ausgleich von Verlusten, welche sich bei Betrieben auf Grund der Übernahme der Ausgleichszulage ergeben. Gerade in den Extremlagen sind die möglichen Betriebsgrößen so gering sind, dass die Prämien nach der EU-Systematik deutlich unter dem früheren österreichischen Förderungsniveau (Summe aus Bergbauernzu-schuss und Bewirtschaftungsprämien) liegen. Daher hat gerade für die Tiroler Bergbauern die nationale Prämie (Wahrung) besondere Bedeutung.

Im Jahr 2000 erfolgte die Finanzierung der Ausgleichszulage im Rahmen des Programmes "Ländliche Entwicklung" (siehe Kapitel 8). Dabei wurden 50% der Mittel von der EU kofinanziert und 50 % vom Mitgliedstaat aufgebracht (60% Bund und 40 % Land).

Die Höhe der Ausgleichszulage errechnet sich abgestuft nach den Erschwerniszonen aus dem Viehbestand bzw. der bewirtschafteten Fläche. Die Prämie je Förderungseinheit (GVE bei viehhaltenden Betrieben, ha für sonstige Produktion) ist seit 1995 in Abhängigkeit von der Erschwerniszone wie folgt festgelegt:

Basiszone	S 1.000,--
Zone I	S 1.300,--
Zone II	S 1.700,--
Zone III	S 2.100,--
Zone IV	S 2.412,--

Eine Prämiendegression bewirkt, dass die Förderungsmittel nicht von größeren Betrieben in günstigeren Lagen mit viel Fläche übermäßig beansprucht werden. So werden beispielsweise in der Basiszone die Prämien bereits bei 30 ha Futterfläche einer 25 % Reduktion unterworfen.

Betriebsgröße in ha bzw. GVE	Basiszone	Zone I	Zone II	Zone III	Zone IV
bis 30,00 ha	100	100	100	100	100
30,01 - 40 ha	75	100	100	100	100
40,01 - 50 ha	50	75	75	100	100
50,01 - 60 ha	27,5	50	50	75	75
60,01 - 70 ha	27,5	25	25	50	50
70,01 - 90 ha	27,5	25	25	25	25

Insgesamt wurden für die Erschwernisabgeltung 1999 S 439,2 Mio. (€ 31,92 Mio.) in Tirol ausbezahlt. Davon entsprachen S 248,6 Mio. (€ 18,07 Mio.) dem EU-konformen Ausgleichszulagenmodell (7.781 Betriebe), bei 4.883 Betrieben (S 182,0 Mio. bzw. € 13,23 Mio.) kam es zu einer Kombination aus Ausgleichszulage und nationaler Beihilfe und für 744 Betriebe (S 8,7 Mio. bzw. € 0,63 Mio.) konnte nur eine nationale Beihilfe auf Bezugsbasis 1993 bezahlt werden. Von insgesamt S 2,827 Mrd. (€ 205,45 Mio.) Erschwernisabgeltung sind 15,5 % in Tirol zur Wirkung gekommen.

Im Jahr 2000 kamen mit Stand 31.03.2001 insgesamt S 427,7 Mio. (€ 31,08 Mio.) für die Abgeltung der Erschwernisse bei der Bewirtschaftung zur Auszahlung.

Kategorie	Prämiensumme in Mio. S					
	Österreich		Tirol			
Ausgleichszulage	1999	1998	2000	1999	1998	1997
ausschließlich Ausgleichszulage	2.203,1	2.209,7		248,6	245,6	245,2
Ausgleichszulage + Nationale Beihilfe	515,5	524,2		182,0	187,7	191,1
Nationale Beihilfe	109,2	111,9		8,7	9,6	9,6
Gesamt	2.827,8	2.845,8	427,7*)	439,2	442,8	445,9

Quelle: Grüner Bericht 1998 und 1999, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

*) AMA Ausgleichszahlungen, Stand 31.03.2001

9.3 Förderung einer umweltgerechten Landwirtschaft

Das Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL) wurde mit dem EU-Beitritt als neuer Förderungsschwerpunkt eingeführt. Vorher bestanden lediglich Einzelförderungen (Alpungsprämie, Biolandbauförderung,...), die mit der Förderleistung des ÖPUL allerdings nicht vergleichbar sind. Die Teilnahme an diesem Programm ist sehr hoch.

Seit 1998 wird ein modifiziertes Programm (ÖPUL 98) angeboten, in welches die Erfahrungen aus dem ÖPUL 95 eingearbeitet wurden. Damit wurde für Landwirte, die nicht mehr in das ursprüngliche Umweltprogramm einsteigen konnten, eine Möglichkeit für einen Neueinstieg mit einer 5-jährigen Verpflichtung geschaffen.

Im Jahr 2000 konnte auf Grund der späten Genehmigung des Programmes zur Entwicklung des Ländlichen Raumes und dem darin integrierten ÖPUL 2000 dieses noch nicht gestartet werden. Betriebe, bei denen die Verpflichtung aus dem ÖPUL 95-Vertrag abgelaufen war, konnten diese um ein weiteres Jahr verlängern.

Maßnahmen	Prämiensumme Tirol in Mio. S			
	2000	1999	1998	1997
Elementarförderung	82,46	77,35	76,19	62,7
biologische Wirtschaftsweise	106,40	130,65	129,99	112,4
Kontrollzuschuß Biolandbau	-	-	-	16,6
gesamtbetrieblicher Verzicht auf ertragssteigernde Betriebsmittel	78,37	72,76	72,39	67,7
integrierte Produktion im Obstbau	0,63	0,73	0,65	0,5
integrierte Produktion Gemüse	0,08	0,14	0,14	0,00
extensive Grünlandbewirtschaftung	69,00	72,77	70,81	70,5
Fruchtfolgestabilisierung	10,30	10,67	10,45	10,2
extensiver Getreidebau	0	0,01	0,01	0,02
Verzicht auf ertragssteigernde Betriebsmittel im Ackerbau (Einzelflächen)	7,28	7,27	7,32	6,9
Verzicht auf ertragssteigernde Betriebsmittel im Grünland (Einzelflächen)	20,11	19,63	19,33	18,2
Haltung gefährdeter Tierrassen	8,77	8,95	9,03	9,3
Mahd von Steiflächen und Bergmähdern	108,04	127,54	129,62	125,3
Alpungsprämie und Behirtungszuschlag	109,19	111,02	112,98	112,1
SUMME	600,6*)	639,5	638,88	612,5
	€ 43,65	€ 46,47	€ 46,43	€ 44,51

Quelle: Grüner Bericht 1997, 1998 und 1999, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

*) AMA Ausgleichszahlungen, Stand 31.03.2001

In den Jahren 1998 und 1999 wurden in Tirol annähernd gleich hohe Prämiensummen in der Höhe von ca. S 639 Mio. (€ 46,44 Mio.) für Agrarumweltleistungen ausbezahlt. Schwerpunkte waren dabei die Maßnahmen biologische Wirtschaftsweise, die Mahd von Steiflächen und Bergmähdern, die Alpungs- und Behirtungsprämie und die Elementarförderung (Basisförderung). Diese Maßnahmen tragen wesentlich zur Erhaltung der Bewirtschaftung der Berggebiete und somit zur Sicherung dieses ökologisch wertvollen Lebens- und Erholungsraumes bei.

Die Prämienauszahlungen des Jahres 2000 sind teilweise noch nicht abgeschlossen und daher auch nicht direkt mit jenen der Vorjahre vergleichbar, da noch Nachberechnungen durchzuführen sind.

Mit Beginn des Jahres 2001 wurde der Start des ÖPUL 2000 als Folgeprogramm bis zum Jahr 2006 gestartet. Dieses Programm stellt auch in der künftigen Förderperiode einen bedeutenden Schwerpunkt dar und trägt damit wesentlich zu Einkommensabsicherung bei. Erste Evaluierungen sind im Jahr 2003 vorgesehen.

10. Anforderungen an die zukünftige Agrarpolitik

Mit dem Ablauf der ersten fünfjährigen Programmperiode als Mitglied im gemeinsamen europäischen Agrarmarkt mit einer einheitlichen Agrarpolitik wurden bereits eine Reihe von Strukturänderungen vorgenommen. Die verschiedenen Ausgleichszahlungen, verbunden mit den niedrigeren Erzeugerpreisen im Sinne der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten, sind bei den Kalkulationen bereits fixe Bestandteile geworden.

Ver mehrt treten Aspekte des Umwelt- und Naturschutzes bei der Bewirtschaftung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen in den Vordergrund. Die extensive und schonende Bewirtschaftung sowie die Erhaltung von Landschaftselementen sind grundsätzliche Bedingungen für die Teilnahme an differenzierten Umweltprogrammen. Landschaft und Nachhaltigkeit werden zu Produkten umfunktioniert und deren positive Berücksichtigung bei der Bewirtschaftung honoriert.

Bei all diesen Entwicklungen muss aber in der Tiroler Landwirtschaft auch der Produktion der Lebensmittel wie Milch, Fleisch, Obst, Gemüse und Kartoffel großer Stellenwert beigemessen werden. Heimische Qualität aus naturnaher Produktion ist heute mehr denn je in den Mittelpunkt gerückt. Internationale Krisen wie die BSE-Krise auf dem Rindfleischsektor oder Skandale bei der Schweinefleischproduktion, ausgelöst durch industrielle Tierhaltungs- und Fütterungsmethoden, lösen Entsetzen und Unsicherheit bei den Konsumenten aus. Für Konsumenten undurchschaubare Verflechtungen von Märkten, unverständlich weite Transportwege und zum Teil unzureichende Veterinär- und Hygienebestimmungen tragen unter dem Aspekt der Gewinnmaximierung zur raschen Verbreitung solcher Krisen bei.

Tirol ist Dank seiner kleinen aber auch aufwendigen und arbeitsintensiven Agrarstrukturen und der bewährten traditionellen Tierhaltung in solche Krisen nicht direkt involviert, die wirtschaftlichen Auswirkungen bekommen aber auch die Bauern hierzulande auf Grund der offenen Märkte deutlich zu spüren.

Die Erhaltung dieser bewährten Wirtschaftsweisen unserer Bauern muss gerade in der jetzigen Zeit ein grundlegendes Anliegen sein. Daher ist die Absicherung der kleinstrukturierten Betriebe, auch als Produzenten von gesunden Nahrungsmitteln, bei den agrarpolitischen Maßnahmen zu berücksichtigen.

Mit den Beschlüssen der Agenda 2000 wurden sowohl im Bereich der Marktordnung mit der Erweiterung der Tierprämien als auch im Rahmen der "ländlichen Entwicklung" wertvolle Grundbausteine angeboten. Die von den Landwirten sehr gut angenommenen Agrarumweltmaßnahmen werden im Rahmen des ÖPUL 2000 in erweiterter Form weiter angeboten. Die Ausgleichszulage für die ständigen natürlichen Nachteile bei der Bewirtschaftung der Betriebe im benachteiligten Gebiet wird mit der Einführung des Sockelbetrages für kleine landwirtschaftliche Betriebe Verbesserungen bringen. Unter diesen Aspekten und mit dem unternehmerischen und innovativen Einsatz der Landwirte kann einer Weiterentwicklung und Absicherung unserer landwirtschaftlichen Betriebe, trotz verschärfter Bedingungen und einer unbefriedigenden Einkommensentwicklung, zuversichtlich entgegengesehen werden.

Die Beschlüsse zur Agenda 2000 zielen auf einen Zeitraum von mindestens einer Programmplanungsperiode ab und erstrecken sich daher auf mehrere Jahre. Aus diesem Grund sind auch die im vorhergehenden Bericht aufgezeigten Entwicklungslinien, die aus diesen Beschlüssen resultieren, im Prinzip wieder hier angeführt.

Ausbau der Marktordnungsprämien durch die EU

Die bewährten Marktordnungsprämien zur Steuerung der Produktion haben sich als wirksame Regulierungsinstrumente erwiesen. Der Ausbau dieser Mechanismen in der Form von zusätzlichen angepassten Prämienangeboten, speziell im Bereich der Tierhaltung, hilft auch künftig mit, die Unterstützung der Landwirte transparenter zu gestalten und dem Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Produkte näher zu kommen.

Verstärkte direkte Abgeltung von umweltverträglichen Wirtschaftsweisen

Im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik kommt umweltschonenden Maßnahmen und Handlungsweisen immer mehr Bedeutung zu. Ein Großteil der Förderungsmaßnahmen ist an die Einhaltung von Umweltauflagen gebunden. Dabei ist zu bedenken, dass es sich bei den benachteiligten Gebieten sehr häufig um Gebiete mit besonderem ökologischem Wert handelt, die speziell durch die extensive landwirtschaftliche Produktion erhalten und gesichert werden.

Weitere Liberalisierung der Agrarmärkte

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft ist auf Grund der Liberalisierung der Agrarmärkte eine dringend geforderte Notwendigkeit. Diese Forderung trifft auch die Tiroler Landwirtschaft, um in der Konkurrenz auf den heimischen Märkten bestehen zu können. Die Konsequenzen sind eine höhere Marktorientierung und die Eroberung von neuen Absatzmärkten mit spezifischen qualitativ hochwertigen Produkten. Die niedrigeren Produktpreise erfordern um so mehr ein funktionierendes Ausgleichssystem, welches die wirtschaftlichen, umweltpolitischen und gesellschaftlichen Aspekte mit berücksichtigt.

Stärkere Integration der Land- und Forstwirtschaft als Leistungsanbieter im ländlichen Raum

Der Trend zur Erwerbskombination (Zu- und Nebenerwerb, landwirtschaftsnahe Tätigkeiten, bäuerliches Handwerk, Tourismus am Bauernhof, ...) wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Die Schaffung ergänzender oder alternativer Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Landwirte und ihre Familien innerhalb und außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes wird eine der künftigen Herausforderungen sein. Alle Möglichkeiten, die der ländliche Raum in dieser Hinsicht bietet, sind zu suchen und zu nützen.

Aus Sicht des Landes ergibt sich aufgrund der derzeitigen Situation in den nächsten Jahren folgender Handlungsbedarf:

Absicherung der gemeinschaftlichen Programme durch Bereitstellung der Landesmittel

Das österreichische Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes beinhaltet für die Tiroler Landwirtschaft bedeutende Maßnahmen, die von der EU kofinanziert werden. Diese kofinanzierten Mittel werden erst zur Verfügung gestellt, wenn die entsprechenden Landesmittel (und Bundesmittel) für die beantragten Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Mit den auf diese Weise eingesetzten Landesmitteln ist es möglich, hohe Förderwirkungen zu erreichen. Daher muss auch von politischer Seite diese Vorgangsweise zur bestmöglichen Nutzung der Fördergelder unterstützt werden. Schwerpunkte sind dabei die Direktzahlungen im Rahmen des Umweltprogrammes und der Ausgleichszulage. Weitere kofinanzierte Maßnahmen sind die sonstigen Maßnahmen der ländlichen Entwicklung wie die Investitionsförderung, die Niederlassungsprämie, Anpassung und Entwicklung des ländlichen Raumes, Forstwirtschaft, Berufsbildung und Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte.

Schwerpunkt Bildung und Beratung

Die ständigen Änderungen und Neuerungen im landwirtschaftlichen Bereich stellen die Bäuerinnen und Bauern immer wieder vor neue Herausforderungen. Es gilt, rasch zu kalkulieren und zu planen, um die neu angebotenen Maßnahmen optimal entsprechend den betrieblichen Verhältnissen zu nützen und die notwendigen Optimierungen der Produktionstechnik übereinstimmend durchführen zu können. Gerade die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Rinderhaltung (Maul- und Klauenseuche, BSE) haben gezeigt, dass die Bauern Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen sehr intensiv nutzen.

Konsequente Markenpolitik – Qualitätssicherungssysteme

Ergänzend zu den Direktzahlungen muss weiterhin eine konsequente Qualitätspolitik betrieben werden. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen den produzierenden Bauern - über alle Betriebsformen und Produktionsausrichtungen hinweg - und den be- und verarbeitenden Betrieben ist erforderlich, um eine qualitativ hochwertige und gleichmäßige Versorgung der Konsumenten zu gewährleisten. Die immer strenger werdenden Qualitätsbestimmungen im Lebensmittelbereich müssen auch in den bäuerlichen Betrieben umgesetzt werden. Die für die Erzeugung qualitativ hochwertiger Produkte notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen sowie das erforderliche Fachwissen und der arbeitstechnische Mehraufwand stellen eine zusätzliche Belastung für die einzelnen Betriebe dar, sind aber notwendige grundlegende Schritte für eine erfolgreiche Vermarktung. Die konsequente Markenstrategie der Tiroler Bauern muss noch weiter intensiviert und die Bereitschaft zur Mit- und Zusammenarbeit weiter erhöht werden.

Sicherung der Schutzfunktion des Waldes

Die Katastrophen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass neben der technischen Verbauung den natürlichen Sicherungsmaßnahmen besondere Bedeutung zukommt. Arbeitsschwerpunkte sind dabei die Hochlagenaufforstung und die Schutzwaldsanierung, welche die Voraussetzungen für einen sicheren Lebens- und Wirtschaftsraum bilden. Neue Studien und Pilotprojekte (z.B. EGAR-Projekt) zeigen deutlich die Notwendigkeit, durch vorbeugende Maßnahmen (Naturverbauung, Schutzwaldverbesserung,...) den Naturgefahren noch stärker in den Entstehungsgebieten entgegenzuwirken. Ergänzend dazu unterstützen ausreichende Infrastruktureinrichtungen die Bewirtschaftung und damit die Erhaltung funktionstüchtiger Waldbestände wesentlich. Zur Sicherung der kofinanzierten Förderungsmittel ist die Bereitstellung von Landesmitteln eine notwendige Voraussetzung. Gerade durch den wieder verstärkten Einsatz von Holz als Baumaterial

oder für die Energiegewinnung gewinnt dieser wertvolle nachwachsende Rohstoff enorm an Bedeutung. Dabei sind weiterhin Aktivitäten von der Bewirtschaftung der bäuerlichen Wälder bis hin zur gewerblichen Nutzung und Verarbeitung zu setzen.

Ausbau und Erhaltung ländlicher Infrastrukturen

Um die zukünftigen Herausforderungen und Aufgaben des ländlichen Raums als neues Entwicklungspotential bewältigen zu können, ist die langfristige Absicherung der Verkehrswege notwendig. Eine entsprechende Erschließung der landwirtschaftlichen Betriebe und der Ausbau des land-, forst- und almwirtschaftlichen Wegenetzes sichert eine weitere Bewirtschaftung der Höfe und damit die Erhaltung der Kulturlandschaft. Eine gut ausgebaute und funktionierende Infrastruktur ist die Voraussetzung für die Umsetzung der geforderten Verflechtungen zwischen Landwirtschaft, Tourismus und Gewerbe zur Schaffung neuer Impulse im ländlichen Raum. Dabei ist auf die ständige und gefahrlose Benutzung (Wintersicherheit) der Weganlagen besonderes Augenmerk zu legen. Zur Abdeckung der hohen Erhaltungskosten müssen Modelle gefunden werden, die eine Beteiligung der einzelnen Nutznießer an den Erhaltungskosten, gemessen an den für sie bestehenden Vorteilen, vorsehen.